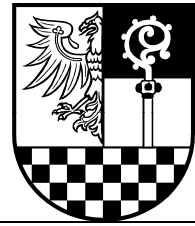


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Informationsvorlage

Nr. 4-0937/11-LR

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Kreistag

23.05.2011

Einreicher: Landrat

Betr.: Tätigkeitsbericht des Landrats über die Arbeit der Kreisverwaltung
Teltow-Fläming 2010

Luckenwalde, den 13.05.2011

Giesecke



Tätigkeitsbericht des Landrates über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 2010

Inhaltsverzeichnis

Landratsbereich.....	5
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	5
Beauftragter für Gefahrenabwehr und Antikorruption	9
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	10
Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte	14
Untere Kommunalaufsicht.....	16
Rechnungsprüfungsamt.....	18
Öffentlichkeitsarbeit	19
Dezernat I.....	25
Hauptamt	25
Amt für Finanzen und Personal.....	27
Straßenverkehrsamt	33
Dezernat II.....	39
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	39
Sozialamt.....	42
Gesundheitsamt.....	47
Dezernat III.....	55
Ordnungsamt	55
Bauamt	62
Umweltamt.....	67
Landwirtschaftsamt	73
Dezernat IV	77
Kreisentwicklungsamt	77
Kataster- und Vermessungsamt.....	83
Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde	85
Dezernat V	94
Jugendamt.....	94
Amt für Bildung und Kultur	104
Staatliches Schulamt Wünsdorf	109

Landkreis Teltow-Fläming

Der Landrat



Luckenwalde, Mai 2011

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

vor Ihnen liegt der Tätigkeitsbericht 2010, der Sie umfassend über die Arbeit der Kreisverwaltung informieren soll. Dazu haben alle Ämter und Bereiche der Behörde gründlich Bilanz gezogen.

Das Material soll Ihnen einmal mehr helfen, die Leistungen der Kreisverwaltung einschätzen und beurteilen zu können. Machen Sie sich ein Bild über das Erreichte, legen Sie den Finger auf Schwachstellen, aber freuen Sie sich vor allem darüber, dass sich unser Landkreis seit vielen Jahren kontinuierlich gut entwickelt hat. Daran haben Sie, sehr geehrte Abgeordnete, einen großen Anteil, für den ich Ihnen im Namen der gesamten Verwaltungsleitung danken möchte.

Für unsere Behörde war das zurückliegende Jahr sehr ereignisreich. Die erneute Umstrukturierung der Verwaltung brachte viele Veränderungen mit sich. Ich bin sehr froh darüber, dass Sie unsere Mitarbeiter unterstützt und diesen Prozess mit Ihren Kenntnissen und Erfahrungen begleitet haben.

Ich gehe davon aus, dass wir auch künftig Hand in Hand arbeiten und dabei stets das Ziel einer effizienten, bürgerfreundlichen Verwaltung vor Augen haben. Nur, wenn wir gemeinsam handeln, sind wir für die Zukunft gut aufgestellt und können unsere Region weiter voranbringen.

Ich wünsche Ihnen für Ihre weitere Tätigkeit zum Wohle unseres Landkreises viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Peer Giesecke
Landrat

Landratsbereich

Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Im Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten (WFB) werden die vier Aufgabengebiete Wirtschaftsförderung, Beteiligungsmanagement, Arbeitsmarktpolitik und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bearbeitet.

Wirtschaftsförderung

Auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung war das Jahr 2010 davon geprägt, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise abzubauen, die im Landkreis aber glücklicherweise wegen der vielschichtigen Branchenstruktur verhältnismäßig gering waren. Die Möglichkeit zur Kurzarbeit hat vielen Unternehmen geholfen, ihren Bestand an Fachkräften zu halten. Gleichzeitig wurde diese Zeit vielfach zur weiteren Qualifizierung der Mitarbeiter genutzt. Die Arbeitslosenquoten haben sich im Laufe des Jahres 2010 äußerst positiv entwickelt (siehe Arbeitsmarktpolitik).

Das Jahr war geprägt von der kontinuierlichen Zusammenarbeit vieler Partner für die weitere erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung des Landkreises. Neben der Arbeit der kreislichen Koordinierungsgruppe und der zielstrebigen Tätigkeit des Investitionsmanagements der Kreisverwaltung leisteten auch die kreislichen Gesellschaften ihren Beitrag. Das „Netzwerk Mittelstand“ der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SWFG) betreut mittlerweile über 2.000 kleine und mittelständische Unternehmen. Die Abteilung Biotechnologie der SWFG kann bedeutende Ansiedlungserfolge im Biotechnologiepark Luckenwalde (BTPL) vorweisen und die engagierte Arbeit der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH führte durch Erweiterungsinvestitionen zu neuen Ansiedlungen. Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises, die in erster Linie natürlich auf das Engagement der Wirtschaft selbst zurückzuführen ist, wird durch den Landkreis und seine auf diesem Gebiet tätigen Partner wie Industrie- und Handelskammer (IHK), Kreishandwerkerschaft, ZukunftsAgentur Brandenburg, Investitionsbank des Landes Brandenburg, Arbeitsagenturen und ARGE Grundsicherung für Arbeitssuchende, die hauptamtlichen Wirtschaftsförderer der Städte und Gemeinden, SWFG, ZAL u. v. m. nach Kräften unterstützt. Diese zielgerichtete Zusammenarbeit trägt wesentlich zu einem positiven Gesamtergebnis bei. Der Ausschuss für Wirtschaft des Kreistages hat diesen Prozess stets aktiv begleitet.

Durch die SWFG wurde der für die Wirtschaftsentwicklung äußerst bedeutsame Ausbau des Breitband-Internets im Landkreis organisatorisch begleitet und bereits wesentlich vorangebracht.

Auch der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Durch vielfältige Aktivitäten des Tourismusverbandes Fläming e. V. und seiner Mitglieder konnten die Übernachtungen um 2,9 % gesteigert werden.

Die internationale Zusammenarbeit mit Partnern aus Polen und Ungarn wurde u. a. durch Besuche in beiden Ländern und durch eine Delegation aus Gniezno im Rahmen der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming im November sowie die gemeinsame Teilnahme an der Wirtschaftspreisverleihung fortgesetzt.

Unter Moderation der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin fanden regelmäßige Treffen der Wirtschaftsförderungen von Steglitz-Zehlendorf, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming zu verschiedenen Themen statt, die neben dem Austausch von Erfahrungen gemeinsame Projekte auf den

Gebieten Fachkräftesicherung, Tourismus, Standortmarketing, Innovation und Betreuung von KMU zum Ziel haben.

Bedeutende Firmenansiedlungen und -erweiterungen gab es zum Beispiel im Güterverkehrszentrum (GVZ) Großbeeren, das seinen 15. Geburtstag feierte. Es gehört mittlerweile zu den Top Ten der europäischen Güterverkehrszentren. Eine Erweiterung ist in Vorbereitung. Die Firmen Pietsch GmbH, Dieringer Fassadenbau, Schenker Deutschland AG und Docdata sollen hier beispielhaft genannt werden.

Die Firma Coca-Cola im Brandenburg Park Genshagen hat Erweiterungsinvestitionen vorgenommen, im Preußenpark Ludwigsfelde entstand ein Asphaltmischwerk und bei MTU Ludwigsfelde gab es Erweiterungsinvestitionen für die Wartung von Industriegasturbinen. Besonders hervorzuheben ist die Neuansiedlung des Siemens Logistikzentrums in Ludwigsfelde, das am 13.10.2010 eröffnet werden konnte. Erwähnenswert sind hier auch der neue Großauftrag an Mercedes Benz Ludwigsfelde über 1.300 Sprinter für die Deutsche Post und die Errichtung eines neuen Seminar- und CNC-Zentrums durch die ZAL.

Im Mai wurde in Dahlewitz ein neues Hightech-Testzentrum bei Rolls Royce und das neue Gewerbegebiet Zülowstraße mit der Ansiedlung der Automobile Zossen GmbH eröffnet. Im April erfolgte die Übergabe eines Lehrgewächshauses an die Lehranstalt für Gartenbau und Floristik in Großbeeren und in Trebbin siedelte sich die Verpackungsfirma ppg-Noltemeyer an. Am Verkehrslandeplatz Schönhagen erfolgte die Vorbereitung auf den Instrumentenanflug und es wurden weitere Einstellhallen gebaut. In Dabendorf gab es eine Erweiterung bei Berolina Schriftbild und das Funkwerk Dabendorf erhielt einen Auftrag zur Ausrüstung aller ADAC-Pannenhelferfahrzeuge mit den dort entwickelten und produzierten Freisprecheinrichtungen. Bei der Mounting Systems GmbH in Groß Machnow gab es Erweiterungsinvestitionen, ebenso in Dahme/ Mark bei der Firma O-Metall.

Erfreuliche Entwicklungen sind auch aus der Kreisstadt Luckenwalde zu berichten. Im Biotechnologiepark Luckenwalde (BTPL) begannen die Bauarbeiten bei Human Biosciences und die russische Firma Astra Biotech GmbH siedelte sich an. Auf dem Nachbargelände starteten die Vorbereitungen für das neue Gewerbegebiet/Gewerbeindustrialgebiet Zapfholzweg. Weiterhin erhielt die Firma Rosenbauer einen Großauftrag zum Bau von 60 Gerätekraftwagen für das Technische Hilfswerk. Die zunehmende Bedeutung regenerativer Energien zeigt sich u. a. an der Erweiterung der Firma Nanosolar in Luckenwalde und dem Bau von Solarparks auf der ehemaligen Mülldeponie in Luckenwalde und in Baruth.

Die beispielhaft genannten Ergebnisse haben mit dazu beigetragen, dass der Landkreis Teltow-Fläming beim Jahresranking von „Focus Money“ einen 5. Platz im Land Brandenburg erreichen konnte.

Beteiligungsmanagement

Die Brandenburger Kommunalverfassung fordert im § 98 die Kommunen auf, zur Steuerung ihrer Beteiligungen eine mit hierzu qualifiziertem Personal ausgestattete Stelle einzurichten. Dies ist zum 01.08.2010 nach einer entsprechenden Ausschreibung geschehen. Als Arbeitsgrundlage wurden zunächst eine Beteiligungsrichtlinie erarbeitet und Festlegungen zum Konzernberichtswesen vorbereitet. Beide Dokumente hat der Kreistag beschlossen. In Umsetzung der Beteiligungsrichtlinie wurde noch 2010 eine erste Zielvereinbarung mit der SWFG mbH erarbeitet, durch den Kreistag bestätigt und inzwischen abgeschlossen. Inzwischen ist die nächste Zielvereinbarung mit der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH durch den Kreistag am 14. Februar 2011 beschlossen worden.

Im Rahmen des Beteiligungsmanagements ist eine Arbeitsgruppe mit benachbarten Landkreisen gegründet worden, um Erfahrungen der Arbeit auf diesem Gebiet regelmäßig auszutauschen.

Arbeitsmarktpolitik

Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik lag der Schwerpunkt in der erfolgreichen Weiterführung des Regionalbudgets (RB). Es handelt sich dabei um ein durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördertes Programm, das durch die Einbeziehung regionaler Entscheidungsträger neue Wege der Beschäftigungsförderung - über die Möglichkeiten des SGB II und III hinaus - ermöglicht. Es soll den Arbeitslosen Perspektiven eröffnen und zugleich die Regionalentwicklung stärken. Das Regionalbudget verfolgt folgende strategische Zielstellungen:

1. Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung von arbeitslosen Frauen und Männern
2. Verbesserung der sozialen Eingliederung von arbeitslosen Frauen und Männern
3. Anregung von Akteurskooperationen und Netzwerkbildung vor Ort

Das Regionalbudget III, das vom 1. März 2009 bis zum 28. Februar 2010 lief, wurde sehr erfolgreich abgeschlossen. Mit 852.500 € ESF-Mitteln und einer Kofinanzierung durch die ARGE Grundsicherung in Höhe von 558.451 € konnten mit neun Projektträgern in elf Teilprojekten 559 Teilnehmer gefördert werden. Im Ergebnis gab es 63 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, acht Übergänge in Selbstständigkeit, 69 Übergänge in arbeitsplatzbezogene Qualifizierung und 22 zusätzliche Ausbildungsverträge.

Im Regionalbudget IV-1, das vom 01.03.2010 bis zum 28.02.2011 geht, sind in der Zielvereinbarung zwischen Landkreis und Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg 470 Teilnehmer/innen, 53 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, 32 Übergänge in eine arbeitsplatzbezogene Qualifizierung und elf Übergänge in Selbstständigkeit. Über eine Kooperationsvereinbarung mit der ARGE Grundsicherung sind wiederum die Kofinanzierungsmittel gesichert worden. Zehn verschiedene Träger führen im Rahmen des Regionalbudgets insgesamt 13 Projekte durch. Dafür stehen 965.155 € an ESF-Mitteln und 652.060 € Kofinanzierungsmittel der ARGE zur Verfügung. Eine Steuerungsgruppe aus Vertretern der IHK, Kreishandwerkerschaft, Kleinen Liga, Arbeitsagentur, ARGE Grundsicherung für Arbeitsuchende, Mitarbeitern der Kreisverwaltung - unterstützt durch einen Vertreter der LASA - begleitet den Prozess von der Festlegung der durchzuführenden Projekte bis zur Abrechnung. Auch für diesen RB-Abschnitt zeichnet sich wieder eine gute Erfüllung der Zielindikatoren ab. Das RB IV geht erstmalig über zwei Jahre, d. h. bis zum 28.02.2012. Über die konkreten Ergebnisse wird im nächsten Tätigkeitsbericht informiert.

Ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik lag auf der Umsetzung des Bundesprogramms Kommunal-Kombi. Die insgesamt besetzten 219 Stellen haben zu einer zusätzlichen Entspannung bei den Arbeitslosenquoten geführt. Bei den Stelleninhabern handelt es sich um Langzeitarbeitslose, die für drei Jahre eine neue Chance am Arbeitsmarkt erhalten haben. Die Weiterleitung der kofinanzierenden Landesmittel und der eingesparten Kosten der Unterkunft an die Träger erfolgt über den Bereich des WFB.

Im Jahr 2010 ist als weiteres Programm „Arbeit für Brandenburg“ dazugekommen, über das zusätzlich 34 Stellen besetzt werden konnten und wo ebenfalls der WFB-Bereich die Weiterleitung der Landes- und Kreismittel organisiert.

Diese Ergebnisse haben mit dazu beigetragen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt wiederum deutlich verbessert hat. Die Arbeitslosenquoten sind im Durchschnitt in der Geschäftsstelle Luckenwalde auf 11,5 % (3.913 Personen) und in der Geschäftsstelle Zossen auf 7,2 %

(3.945 Personen) weiter gesunken. Damit hat die Geschäftsstelle Zossen eine Spitzenposition im Land Brandenburg erreicht.

Eine weitere Aufgabe bestand darin, die Neuorganisation des Job-Centers als Nachfolger der ARGE Grundsicherung vorzubereiten. Hier haben sich der WFB und das Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik aktiv eingebracht.

Der WFB arbeitete aktiv als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Potsdam mit und wurde im Juli für die 12. Amtsperiode erneut berufen. Die Sachbearbeiterin für Arbeitsmarktpolitik wurde inzwischen als stellvertretendes Mitglied berufen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) lag der Arbeitsschwerpunkt auf der Umsetzung des Nahverkehrsplanes, der für die Jahre 2009 - 2013 durch den Kreistag am 15. Dezember 2008 beschlossen wurde. Damit und mit den Ende 2009 nach der EU-Verordnung 1370/2007 überarbeiteten und Anfang 2010 abgeschlossenen Verkehrsverträgen mit allen im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen ist Planungssicherheit sowohl für die Verkehrsunternehmen als auch für den Landkreis als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV lt. ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg für die nächsten Jahre gegeben.

Darüber hinaus wurden mit den benachbarten Landkreisen Verwaltungsvereinbarungen zu den Landkreisgrenzen überschreitenden Linien abgeschlossen und damit eine EU-rechtskonforme Regelung dieser Leistungsaustausche herbeigeführt. Ähnliche Verwaltungsvereinbarungen wurden mit den Kommunen mit Ortslinienverkehr vorbereitet und mit den Städten Luckenwalde und Jüterbog abgeschlossen. Die entsprechenden Vereinbarungen mit Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow wurden vorbereitet und werden Anfang 2011 abgeschlossen.

Zur Verwirklichung von Zielstellungen des Nahverkehrsplanes, der die Erprobung alternativer Verkehrsangebote vorsieht, wurde ein Rufbuskonzept in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal in die Praxis überführt. Die Nachhaltigkeit dieses Angebots wird von der noch steigerungsfähigen Nutzung durch die Einwohner abhängen.

Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg gibt es eine enge Zusammenarbeit. Durch die Tätigkeit des Landrates als Vorsitzender des Aufsichtsrates und des WFB im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH konnte auf die positive Entwicklung des ÖPNV im Verbundgebiet Einfluss genommen werden.

Über die im Nahverkehrsplan enthaltene Investitionsrichtlinie konnten Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur in Höhe von 703.564 € durch die Bereitstellung von 203.570 € aus o. g. Richtlinie unterstützt werden. Es handelte sich dabei insbesondere um Investitionen für den Bahnhofsvorplatz Oehna, eine P+R-Anlage und den Zugang zum Haltepunkt Großbeeren, die Überdachung der Fahrradständer am Bahnhof Mahlow und um elf Bushaltestellen bzw. Aufstellflächen in Blankenfelde, Mahlow, Dahlewitz, Löwenbruch und Schönefeld. Im Rahmen des Projektes „INNOS“ konnten die technischen Voraussetzungen zur Einführung des E-Ticketing bei den Verkehrsunternehmen VTF und Herz gefördert werden.

Der Nahverkehrsbeirat hat die Verwaltung bei aufgetretenen Problemen des ÖPNV engagiert unterstützt.

Beauftragter für Gefahrenabwehr und Antikorruption

Die Aufgaben des Beauftragten für Gefahrenabwehr und Antikorruption sind in drei Schwerpunkte gegliedert:

Gefahrenabwehr

Der Beauftragte ist Leiter des kreislichen Katastrophenschutzstabes.

Vorrangige Aufgabe war die Mitwirkung an der Entwicklung eines Konzeptes für die Erweiterung des Feuerwehrtechnischen Zentrums zu einem Feuerwehrtechnischen Kompetenzzentrum.

Es erfolgte die Teilnahme an der Sicherheitskonferenz in Berlin und fachspezifischen Veranstaltungen zur Einführung des Digitalfunks im Land Brandenburg.

Antikorruption

Aufgabe ist die Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung.

Der Beauftragte ist Ansprechpartner und Vertrauensperson für Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - für letztgenannte in Bezug auf Angelegenheiten der Kreisverwaltung. Der Antikorruptionsbeauftragte ist zur Verschwiegenheit verpflichtet, behandelt alle ihm mitgeteilten Hinweise vertraulich und gewährleistet den Schutz des Informanten. Es gab keine Verdachtsmomente in Bezug auf Korruptionshandlungen.

Es erfolgte die Teilnahme am Informations- und Erfahrungsaustausch der Leiterin der Stabsstelle Korruptionsprävention in der Landesverwaltung Brandenburg, die Teilnahme am Workshop der Transparency International Deutschland e. V. für Antikorruptionsbeauftragte und an der Konferenz „Strafverfolgung der Korruption 2010“ der Friedrich Ebert Stiftung.

Zensus 2011

Geregelt durch Vorgaben der Europäischen Union wird im Jahr 2011 eine bundesweite Volkszählung - „Zensus 2011“ - durchgeführt. Das im Land Brandenburg federführende Ministerium des Innern hat die Aufgaben zur Durchführung des Zensus 2011 an die Landkreise und kreisfreien Städte übergeben.

Grundlagen sind insbesondere das Gesetz über den registergestützten Zensus 2011 vom 8. Juli 2009, das Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Land Brandenburg vom 22. September 2010, eine dieses Gesetz unterstützende Rechtsverordnung sowie - als ergänzende Grundlage - das Gesetz über die Statistik im Land Brandenburg.

Die Leitung zur Vorbereitung und Koordination aller in diesem Zusammenhang stehenden erforderlichen Maßnahmen sind dem Beauftragten als Aufgabe übertragen worden.

Der Zeitplan sah die Einrichtung und Funktionsfähigkeit zweier Erhebungsstellen, entsprechend der Maßgaben des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg (AfS) in Luckenwalde und Ludwigsfelde zum 01.10.2010 vor. Die erforderlichen materiell-technischen und personellen Voraussetzungen wurden termingerecht erfüllt.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Im Landkreis Teltow-Fläming leben laut dem Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus per 31.12.2010 insgesamt 25.278 Menschen mit einer Behinderung. Dies ist ein Anstieg zum Vorjahr um 1.131 Menschen. Dabei nehmen Krebserkrankungen einen wesentlichen Platz ein.

Jahr	Anzahl der Menschen mit Behinderung gesamt	im Vergleich zum Vorjahr
2004	19.975	+ 1.469
2005	21.316	+ 1.341
2006	22.386	+ 1.070
2007	23.204	+ 818
2008	24.206	+ 1.002
2009	24.147	+ - 59
2010	25.278	+ 1.131

Statistik

	gesamt	männlich	weiblich
Anzahl behinderter und schwerbehinderter Menschen (Grad der Behinderung in %)	25.278	12.577	12.701
davon mit GdB			
30	5.129	2.555	2.574
40	2.589	1.308	1.281
50	5.182	2.578	2.604
60	2.808	1.407	1.401
70	1.862	946	916
80	2.287	1.201	1.086
90	1.036	510	526
100	4.385	2.072	2.313
Anzahl als schwerbehindert anerkannter Menschen (Grad der Behinderung ab 50 %)	17.560	8.714	8.846
0 - 6 Jahre	31	14	17
6 - 15 Jahre	185	109	76
15 - 25 Jahre	356	203	153
25 - 35 Jahre	531	321	210
35 - 45 Jahre	764	378	386
45 - 55 Jahre	1.922	999	923
55 - 60 Jahre	1.391	718	673
60 - 65 Jahre	1.437	786	651
älter	10.943	5.186	5.757
<i>Ursache der erheblichsten Beeinträchtigung:</i>			
- anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstschädigung	114	103	11
- angeborene Behinderungen	834	450	384
- Berufskrankheiten und Berufsunfälle	167	137	30
- übrige Unfälle	335	215	120
- allgemeine Krankheiten	14.944	7.162	7.782
- sonstige Ursachen	1.166	647	519

Die finanziellen Leistungen betragen nach dem Landespflegegeldgesetz im Behindertenbereich:

Leistungen	Anzahl der Empfänger	Ausgaben insgesamt
Blindengeld	162	452.060,02 €
Gehörlosengeld	76	72.575,16 €
Pflegegeld	11	18.447,32 €

Darüber hinaus finanzierte der Landkreis Teltow-Fläming Fahrcoupons für den Personenkreis der außergewöhnlich Gehbehinderten (Rollstuhlfahrer) als freiwillige Aufgabe. Insgesamt wurden für den Behindertenfahrdienst 65.472,00 € an 352 Personen ausgereicht. Dies entspricht einem Betrag von 186 € je Anspruchsberechtigten im Kalenderjahr.

Der Landkreis unterstützte 47 Selbsthilfegruppen im Behindertenbereich mit insgesamt 15.348,00 €.

Viele Betroffenen forderten gesetzliche Aufklärung zu den Rechten von Menschen mit Behinderung ein. Dazu zählten u.a. die finanzielle Unterstützung beim behindertengerechten Umbau der Wohnung, Möglichkeiten der Förderung und Bereitstellung von Zuschüssen sowie die Benennung von Ansprechpartnern für bestimmte Problemlösungen.

Die Lebenssituationen von Menschen können sich über Nacht ändern. Die Betroffenen sind oftmals persönlich nicht in der Lage darauf zu reagieren, sie benötigen Hilfe und Unterstützung. So hat die Behindertenbeauftragte im letzten Jahr bei 64 Einsprüchen gegen die Einstufung des Grades der Behinderungen an das Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus den Betroffenen Hilfestellung gegeben. Durch die Kontaktaufnahme und das gute Arbeitsverhältnis der Beauftragten zu den Behörden, wie der BfA oder der LVA, den Hausärzten, den Krankenkassen bzw. dem Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus konnte oftmals eine Lösung im Sinne der Hilfesuchenden gefunden werden. Die Behindertenbeauftragte war darüber hinaus Vermittler für die Hilfesuchenden zwischen den Ämtern Soziales und Gesundheit, sowie den Wohlfahrtsträgern, Versorgungsämtern und dem Integrationsfachamt. Immer mehr wurde die Unterstützung der Beauftragten erbeten, wenn Krankenkassen Hilfsmittel verweigerten.

Mit Unterstützung der Beauftragten konnten acht Hilfesuchende aus einer nicht behindertengerechten Wohnung in einen betreuten Bereich bzw. fünf Familien in eine barrierefreie Wohnung umziehen.

Auf Grund von Hinweisen wurden bei alleinlebenden älteren Menschen 22 Hausbesuche durchgeführt. Davon mussten aus gesundheitlichen Gründen zwölf ältere Menschen kurzfristig in einer Einrichtung eines Wohlfahrtsverbandes bzw. in einem Krankenhaus untergebracht werden. Zehn Senioren konnten weiterhin durch Organisation von Hilfsangeboten im häuslichen Bereich allein bleiben.

Ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit waren die Kontrollen der Einhaltung der DIN 18024 und DIN 18025 "Barrierefreies Bauen". Die baurechtlichen Stellungnahmen der Behindertenbeauftragten zur Barrierefreiheit sind Bestandteil für Baugenehmigungen. Insgesamt wurden 58 dieser Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen abgegeben. Viele Städte und Kommunen bzw. Architekten beziehen bei öffentlichen Bauvorhaben die Beauftragte bereits im Vorfeld ein. Dabei sind Vor-Ort-Termine mit der Bauaufsicht oft unerlässlich. Des Weiteren wurden Stellungnahmen zu Förderanträgen von Gemeinden für Investitionen im Öffentlichen Personenverkehr für das Land Brandenburg angefertigt.

Einen weiteren Platz in der Tätigkeit nimmt die Öffentlichkeitsarbeit ein. So gab es regelmäßig Pressetermine, beispielsweise anlässlich von Sitzungen des Kreisbehinderten- und Kreissenioresenbeirates oder bei anderen relevanten Veranstaltungen, z. B. das traditionelle Behindertenfest. Bei anstehenden

Veränderungen in der Behindertengesetzgebung, wie z.B. den Umtausch der alten Schwerbehindertenausweise zwecks Umstellung für eine einheitliche Europeanorm zur Nutzung von Behindertenparkplätzen, wurden Aufrufe in den Medien organisiert. Außerdem beantwortete die Beauftragte Medienanfragen bzw. verfasste - gemeinsam mit der Pressestelle - Informationen für die regionalen Medien bzw. die Internetseite der Kreisverwaltung.

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte trat bei zahlreichen Veranstaltungen von Organisationen und Einrichtungen der Region als Beauftragte des Landrates auf, informierte über die Behinderten- und Seniorenarbeit des Landkreises und stand für Fragen zur Verfügung.

Weiterhin fanden regelmäßige Gespräche mit Schülern des OSZ und mit Auszubildenden im Pflegebereich der Berufs- und Bildungsgesellschaft zu den Aufgaben einer Behinderten- und Seniorenbeauftragten als eventuelle Ansprechpartnerin statt.

Verstärkt zu verzeichnen waren Anfragen von Jugendlichen mit Behinderung zur Hilfe bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen.

Unter Federführung der Beauftragten wurde das Behinderten- und Skaterfest in Kolzenburg, welches am 5. September zum 10. Mal stattfand, zu einem Höhepunkt für Menschen mit Behinderungen. Über 700 Besucher konnten gezählt werden. Auch zahlreiche Menschen ohne eine Behinderung nehmen dieses Fest von Jahr zu Jahr mehr an.

Großen Wert legte die Behindertenbeauftragte darauf, in den Selbsthilfegruppen bzw. in den Behindertenverbänden präsent zu sein. Nur so kann der Grundstein für eine Vertrautheit gelegt werden, die es den Betroffenen leichter macht, sich in einer Umgebung von Gleichgesinnten den Sorgen und Problemen zu öffnen. Eine enge Zusammenarbeit besteht auch mit den Sozialarbeitern der Behindertenwerkstätten.

Ein fester Bestandteil der Arbeit sind die regelmäßigen Zusammenkünfte der Vorsitzenden der Behindertenverbände in der Kreisverwaltung. Sie dienen nicht nur dem Erfahrungsaustausch untereinander. Die Beauftragte informierte bei diesen Zusammenkünften u. a. auch über neue rechtliche Grundlagen und Förderprogramme für Behinderte und lud dazu kompetente Dozenten ein.

Die regelmäßigen Treffen mit dem Integrationsfachdienst der Arbeitsagentur Potsdam und der Beauftragten ergaben, dass sich die Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen ins Arbeitsleben immer schwieriger gestaltet. Selbst die Fördermöglichkeiten und Finanzierungshilfen von Seiten des Integrationsfachdienstes zeigen bei Arbeitgebern nur wenig Interesse. Dazu wurde erstmals im Mai dieses Jahres eine öffentliche Informationsveranstaltung im Kreishaus mit der Beauftragten und dem Integrationsfachdienst aus Potsdam für Betroffene und Firmen durchgeführt.

Die Mitarbeit der Behindertenbeauftragten im Nahverkehrsbeirat ist für einen barrierefreien Personennahverkehr von großer Bedeutung. Mit dem Gleichstellungsgesetz wird eine zentrale Forderung der Behindertenverbände verwirklicht, einen barrierefreien Zugang zu Bussen, Bahnen und Flugzeugen zu gewähren. Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft vergibt z. B. keine Fördermittel an den Personennahverkehr des Landkreises, wenn keine Stellungnahme der Behindertenbeauftragten zum Förderantrag vorliegt. Sie ist Mitglied des „Netzwerkes Verkehrssicherheit des Landkreises Teltow-Fläming“ und im „Arbeitskreis Verkehr der Stadt Luckenwalde“.

In ganz Deutschland wächst der Anteil an Senioren. Das trifft auch für den Landkreis Teltow-Fläming zu. Rund 27 % der Bevölkerung des Landkreises Teltow-Fläming sind 60 Jahre alt und älter.

Bevölkerung des Landkreises Teltow-Fläming per 31.12.2010:

	gesamt	männlich	weiblich
Bevölkerung insgesamt	161.548	80.229	81.319
<u>darunter</u>			
60 Jahre alt und älter	43.348	18.947	24.001
65 Jahre alt und älter	34.480	14.685	19.795
im Alter von 60 - 65	8.588	4.321	4.267

Der Kreissenorenbeirat des Landkreises vertritt die Interessen der älteren Generation unseres Landkreises. Er besteht - einschließlich des Vorstandes - ausschließlich aus berufenen Seniorenbeauftragten der Städte und Gemeinden. Diese hohe Qualität ist einmalig im Land Brandenburg. Der Kreissenorenbeirat traf sich in regelmäßigen Abständen zu anstehenden Problemen oder organisatorischen Fragen im Beisein der Beauftragten in der Kreisverwaltung.

Die 17. Brandenburgische Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming stand unter dem Motto „Sozial gesichert, aktiv leben – für alle Generationen“. In diesem Zusammenhang fanden in vielen Gemeinden und Städten Veranstaltungen, bei denen die Seniorenbeauftragte präsent war, speziell für Senioren statt. Diese Seniorenwoche für den Landkreis Teltow-Fläming wurde mit 2.700 € vom Land unterstützt. Die zentrale Festveranstaltung des Landkreises fand am 14. Juni im „Berliner Ringhotel“ in Dahlewitz mit 300 Senioren und Gästen aus Berlin-Tempelhof statt.

Die Gemeinden und Städte wurden von Seiten des Landkreises für ihre Seniorenarbeit mit 17.500 € unterstützt.

Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte

Obwohl die Rechtsvorschriften zur Gleichstellung und der soziale Dialog deutliche Fortschritte ermöglicht haben, stehen weiterhin große Herausforderungen an.

Familien- und Frauenpolitik sowie Gleichstellung sind eng mit einander verbunden. Ziel ist es, eine Stärkung der Familien und Chancengleichheit für Frauen und Männer zu erreichen. Um dies zu verbessern und Familien in schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen wurden vielfältige Projekte und Maßnahmen angeboten. Zu den stabilen und verlässlichen Bedingungen für ein Leben mit Kindern und ein familienfreundliches Umfeld gehören in erster Linie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Voraussetzungen sind eine gute Kinderbetreuung und Bildungsinfrastruktur sowie familiengerechte Wohn- und Freizeitmöglichkeiten. Letztgenannte werden im Allgemeinen gut angenommen und Familien somit vielfältig unterstützt. So gibt es u. a. Angebote durch die „Lokalen Bündnisse für Familie“ in den Bereichen Ludwigsfelde und Baruther Urstromtal, das Netzwerk „Gesunde Kinder“ oder im Netzwerk „Perspektive Wiedereinstieg“, dem der Landkreis Teltow-Fläming seit November 2010 angehört. Leider kann der ländliche Raum im Süden des Landkreises nicht überall die gewünschten Strukturen für Frauen und Familien vorhalten. Oft ist der Weg zwischen Wohnort, Kindereinrichtung und Arbeitsplatz so gravierend, dass Schwierigkeiten vorprogrammiert sind. Es ist jedoch zu erkennen, dass immer mehr Möglichkeiten gesucht und auch gefunden werden, diese Probleme zu überwinden.

Durch Maßnahmen der Familienbildung soll die elterliche Erziehungskompetenz gestärkt werden. Aufgabe von Familienpolitik ist darüber hinaus auch die erfolgreiche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften und gleichgeschlechtlicher Lebensweisen.

Zur Sicherung der Chancengleichheit für Frauen und Männer erarbeitet das Ministerium für Arbeit, Soziales und Frauen (MASF) ein Frauen- und Gleichstellungspolitisches Handlungsprogramm, welches als Grundlage für den Landkreis Teltow-Fläming herangezogen werden sollte. Gender Mainstreaming soll als Querschnittsaufgabe fest verankert und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder weiter entwickelt werden. Die Opferausstellung im November im Kreishaus und das sich daran anschließende Theaterstück am Aktionstag „Gegen Gewalt an Frauen“ zum Thema häusliche Gewalt waren herausragende Aktionen, um gegen Gewalt ein Zeichen zu setzen.

Integration – ein Thema, zu dem überall diskutiert und in allen Medien vielfältig berichtet wird. Das ist auch im Landkreis Teltow-Fläming nicht anders. Zwar beträgt der Ausländeranteil nicht einmal 2 % der Bevölkerung des Landkreises, aber es leben fast 100 unterschiedliche Nationen unter uns und mit uns. Eine Vielfalt, die bisher bestimmt noch nicht jedem bewusst war.

Als erfreulich anzusehen ist die Einrichtung einer Sprechstunde des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Übergangwohnheim für Asylsuchende. Diese Sprechstunde wurde gut angenommen und bei gesundheitlichen Problemen von Flüchtlingen kann erheblich schneller reagiert werden, als das bisher der Fall war. Da Deutschkenntnisse Voraussetzung für ein integratives Miteinander sind, kann die immer bessere Annahme des Sprachkurses „Deutsch als Fremdsprache“ als ein richtiger Schritt angesehen werden.

Die Aufhebung der Residenzpflicht innerhalb des Landes Brandenburg für alle Flüchtlinge einschließlich der Geduldeten und die Erweiterung auf Berlin für Flüchtlinge, die noch kein abgeschlossenes Asylverfahren haben, ist als herausragend in der Bundesrepublik Deutschland zu sehen.

Inwieweit Menschen mit Migrationshintergrund im Alltag integriert sind und keine Flüchtlinge sind, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Einen großen Anteil nimmt dabei die sprachliche Integration ein. Sie ist die Voraussetzung für eine Verständigung. Viele Mitmenschen bringen aus ihrem Herkunftsland eine gute Qualifikation mit, die in den meisten Fällen leider nicht anerkannt wird. Somit arbeiten sie entweder in anderen Berufen mit weitaus schlechterer Bezahlung oder sind arbeitslos und können ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten.

Ein großes Problem stellen die fehlenden Integrationsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund dar. Integration sollte in allen Bereichen - beginnend in Kita und Schule - als Notwendigkeit betrachtet und interkulturelle Kompetenz als Chance begriffen werden.

Aufbauend auf diese Erkenntnis konnte im Rahmen der 2. Integrationskonferenz zum Thema „Miteinander leben – heute und vor 20 Jahren“ ein weiterer Schritt diskutiert werden. Fragen, wie ein Zusammenleben und –arbeiten im Landkreis aussehen könnten, standen auf der Tagesordnung. Wie war das so vor 20 Jahren? Wie hat sich unser Leben seither entwickelt? Was ist inzwischen passiert? Ist es besser geworden oder aber gar schlechter? Was hat dazu geführt, dass sich einige so gar nicht wohl fühlen? Oder anders, was kann jeder Einzelne tun, damit - trotz aller Individualität - eine Gemeinsamkeit hergestellt, niemand ausgegrenzt wird und sich alle gegenseitig unterstützen?

Gemeinsam konnte herausgearbeitet werden, dass Integration ein Alltagsthema ist und immer stattfindet. Egal, ob wir uns dessen bewusst sind oder nicht. Integration ist als Prozess demokratischer Auseinandersetzungen zu sehen: zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, ob zugezogen oder einheimisch, zwischen Ost und West und Nord und Süd, zwischen Mann und Frau, zwischen gesund oder krank, Menschen mit oder Menschen ohne Arbeitseinkommen usw. usf. Ziel der Konferenz war es auch, herauszufinden, wo die Probleme liegen und wie das Miteinander im Alltag gestärkt und die vorhandene Vielfalt genutzt werden kann.

Das Vorhandensein von Rechtsextremismus und der Umgang mit ihm ist eine große Herausforderung für die Demokratie. Jeder ist schon einmal in Situationen gewesen, in der es sehr fraglich war, wie man mit Aussehen, Äußerungen, Provokationen rund um die Demokratie umgehen soll. Anders formuliert: Könnte man nicht sagen, dass jeder den Umgang mit Demokratie erst erlernen muss?

Demokratie lebt von Diskussionen unterschiedlicher Interessengruppen und deren aktiver Beteiligung auf „Augenhöhe“. Immer mehr Menschen erkennen, dass Demokratie nicht konflikt- und spannungsfrei ist und auch nicht alle Probleme der Menschen lösen kann. Menschen mit rechtsextremem Gedankengut versuchen verstärkt, sich in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren. Oftmals so geschickt, dass es zunächst gar nicht auffällt. Dabei ist einziges Ziel, die Demokratie zu untergraben.

Aus diesem Grund hat sich in Teltow-Fläming im Jahr 2009 ein Netzwerk für Demokratie gegründet. In diesem Netzwerk können sich deren Mitglieder zu verschiedenen Bereichen rund um Demokratie und Miteinander austauschen und somit das Miteinander zu fördern und die Demokratie zu stärken. Die Mitglieder des Netzwerkes trafen sich monatlich. Es wurden aktuelle Problemlagen diskutiert, Strategien gegen den Rechtsextremismus entwickelt und Weiterbildungen und Informationsaustausche angeboten. Das Netzwerk arbeitet offen. Jeder Interessent ist willkommen. Jeder kann sich nach seinen Möglichkeiten einbringen.

Ohne demokratisches Gegengewicht haben Netzwerke des Rechtsextremismus größte Chancen, sich zu etablieren. Sie verständigen sich untereinander und werden immer versuchen, einen Fuß in die Tür der Gemeinschaft zu bekommen und die Demokratie auszuhöhlen.

Aus diesem Grund hat der Kreistag auf seiner Sitzung am 13.09.2010 beschlossen, für den Landkreis einen lokalen Aktionsplan entsprechend des Bundesprogramms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Motto „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ zu initiieren. Dafür wurde ein Interessenbekundungsverfahren eingeleitet.

Der Landkreis hat sich im November für eine Teilnahme am Bürgerforum 2011 beworben und ist als einziger Teilnehmer im gesamten Land Brandenburg ausgewählt worden. Unter dem Motto "Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen." beschäftigt sich das BürgerForum 2011 mit der Frage, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland künftig gefördert werden soll.

Untere Kommunalaufsicht

Aufgabe der Kommunalaufsicht (Rechtsaufsicht) ist es, im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden in Selbstverwaltungsangelegenheiten im Einklang mit den Gesetzen erfolgt, dass die Rechte der Gemeinden geschützt und ihre Entschlusskraft und Verantwortungsbereitschaft bei der Lösung kommunaler Aufgaben gefördert werden. Neben der Kontrolle der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns der Kommunen berät die Kommunalaufsicht die öffentlich-rechtlichen Körperschaften ihres Zuständigkeitsbereiches insbesondere in Haushalts- und Finanzangelegenheiten, hinsichtlich der formellen und materiellen Rechtmäßigkeit von Satzungen, zu Fragen der wirtschaftlichen Betätigung und des Beteiligungsmanagements, der kommunalen Zusammenarbeit und bei der Veräußerung von gemeindlichem Vermögen und bereitet Entscheidungen zu genehmigungsbedürftigen Angelegenheiten vor.

Zu den wesentlichen Tätigkeitsfeldern gehörte die Beratung der Städte und Gemeinden bezüglich der rechtmäßigen und vollständigen Verwendung von zusätzlich aus dem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ bereitgestellten Bundes- und Landesmitteln zur Bewältigung der Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Mittel sind zusammen mit einem gemeindlichen Eigenanteil zweckgebunden für Investitionen in Bildungs- und sonstige Infrastrukturprojekte nach den Maßgaben des Zukunftsinvestitionsgesetzes zu verwenden. Die Rechtmäßigkeit der Verwendung der Mittel durch die Kommunen und deren finanzielle Abwicklung waren in sechswöchigem Turnus über die Kommunalaufsichtsbehörde gegenüber dem Ministerium für Finanzen des Landes Brandenburg in einer zu diesem Zweck eingerichteten Datenbank nachzuweisen. Per 31.12.2010 waren die für den gemeindlichen Bereich im Landkreis Teltow-Fläming zur Verfügung stehenden Mittel vollständig mit Investitionsmaßnahmen untersetzt. In einem Umfang von 51,2 Prozent der bereitstehenden Mittel konnten die Investitionen bis zum Jahresende bereits fertig gestellt und abgerechnet werden. Im Jahr 2011 können die Finanzhilfen nur noch für Investitionsvorhaben eingesetzt werden, die vor dem 31. Dezember 2010 begonnen wurden.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg verpflichtet alle Städte, Gemeinden, Ämter und Landkreise des Landes ihr Haushalts- und Rechnungswesen spätestens ab dem Jahr 2011 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung zu führen. Rechnungsprüfungsamt und Kommunalaufsicht haben den Umstellungsprozess bis Ende 2010 im Rahmen einer interkommunalen Arbeitsgruppe begleitet. In Absprache mit dem Ministerium des Innern wurden für einige Frühstartergemeinden im Landkreis Übergangslösungen zur Umsetzung finanzstatistischer Zuordnungsvorschriften gefunden. Dies war notwendig, weil die Novellierung der Rechtsvorschriften erst nach erfolgter Umstellung der Haushaltswirtschaft dieser Gemeinden auf das doppelte Rechnungssystem erfolgte.

Zu Anträgen der Gemeinden und Zweckverbände auf Bewilligung von Landeszuwendungen zur Kofinanzierung von Investitionen und Anträgen auf Umwandlung rückzahlbarer in verlorene Zuschüsse

wurden Stellungnahmen für die Entscheidung der Bewilligungsbehörden erarbeitet. Des Weiteren wurden Entscheidungen über die Bewilligung von Krediten und über beantragte Änderungen zu einem Kreditrahmenvertrag über ein umfangreiches Investitionsvorhaben getroffen. Die Kommunalaufsichtsbehörde entsprach im Ergebnis ihrer Prüfung dem Antrag eines Zweckverbandes auf Übertragung von Aufgaben der Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen.

Die Kommunalaufsicht wirkte auf die Ausräumung von Prüfungsfeststellungen des Rechnungsprüfungsamtes aus einer überörtlichen Prüfung und die Veranlassung einer diesbezüglichen Entscheidung des zuständigen Gremiums der betreffenden Kommune hin.

Die untere Kommunalaufsicht hat Gemeinden und Zweckverbände darüber hinaus in Kooperation mit dem Ministerium des Innern und der Landesinvestitionsbank bei der abschließenden Übertragung von Anlagevermögen einiger Mitgliedsgemeinden auf einen Zweckverband zu kommunalrechtlichen und finanziellen Fragen beraten.

In einigen Gemeinden bereitete die notwendige Anpassung ihrer Hauptsatzung an geänderte Vorschriften der Kommunalverfassung Probleme, die zum überwiegenden Teil im Rahmen des Prüfungsverfahrens ausgeräumt werden konnten. Die abschließende Entscheidung zur Rechtmäßigkeit der Hauptsatzung einer Kommune steht noch aus.

Die Regelungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg über die Rechte und Pflichten der Gemeinden im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Betätigung in Eigenbetrieben, Eigengesellschaften oder Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform erfordern ein effektives Beteiligungsmanagement zur Überwachung und Steuerung der wirtschaftlichen Betätigung, um die gemeindlichen finanziellen und strategischen Ziele zu erreichen. Im Rahmen eines durch die Kommunalaufsicht organisierten Seminars wurden die erforderlichen Schritte zur Einrichtung eines Beteiligungsmanagements - angepasst an die jeweiligen Bedürfnisse der Gemeinden und Verbände - anschaulich und praxisnah dargestellt und mit den Teilnehmern erörtert.

Die Vorbereitung von Entscheidungen über die Genehmigungsfähigkeit gemeindlicher Vermögensveräußerungen und Belastungsvollmachten, soweit diese nicht von den Regelungen der Genehmigungsfreistellungsverordnung erfasst waren, bildete einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt.

Die Kommunalaufsicht unterstützte Aufgabenträger bei der Bearbeitung von Petitionen, bearbeitete Fachaufsichtsbeschwerden in gemeindlichen Selbstverwaltungsangelegenheiten und gab Auskünfte zu Fragen des Kommunalwahlrechts.

In Vorbereitung der Novellierung von Rechtsvorschriften regte die Kommunalaufsicht aufgrund praktischer Erfahrungen, Ergänzungen oder Änderungen zu bestehenden Regelungen an (hier: Kommunalabgabengesetz und hierzu erlassene Verwaltungsvorschriften, Kommunalverfassung des Landes Brandenburg). Für Berichterstattungen an den Landtag bzw. die Beantwortung von Fragen der Landtagsabgeordneten, die kommunale Aufgaben betreffen, wurden Zuarbeiten an das zuständige Ministerium erarbeitet.

Rechnungsprüfungsamt

Das Rechnungsprüfungsamt nimmt durch seine unabhängig dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit zur Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit stets konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, des Amtes Dahme/Mark, der Städte und Gemeinden sowie der Zweckverbände. Es unterstützt den Kreistag und seinen Rechnungsprüfungsausschuss bei der Lösung ihrer Kontrollpflichten und gibt den Vertretungskörperschaften der Städte und Gemeinden als Bewertungs- und Entscheidungshilfen fundierte und objektive Prüfungsaussagen über die haushaltsmäßige Zielerreichung.

Aufgrund der durch die Kommunalverfassung gewährleisteten Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit konzentriert sich die Prüfungstätigkeit neben der Durchführung von Ordnungsmäßigkeitsprüfungen auf die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Einsatzes von materiellen und finanziellen Mitteln.

Die Prüfungen, die im Rahmen der Zufallsauswahl durchgeführt werden, erstrecken sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens (kameral und doppisch) einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe konzentrierte sich die Tätigkeit vor allem auf

- die Prüfung von Eröffnungsbilanzen zum 01.01.2008 und 01.01.2009
- die Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse 2009 als Voraussetzung für die durch die Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertretungen zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnung/Jahresabschluss und Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten
- die laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung/Jahresabschluss
- die Durchführung von Kassenprüfungen
- die Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der jeweiligen Verdingungsordnungen bei Vergaben und die zweckentsprechende Verwendung von kommunalen Zuwendungen bei übertragenen Aufgaben
- die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

In die örtlichen Prüfungen wurden 15 Fachämter der Kreisverwaltung und die Verwaltungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und des Amtes Dahme/Mark einbezogen. Alle Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landkreises und Eigenbetriebe für Wasserver- und Abwasserentsorgung unterlagen der überörtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises als zuständige Prüfungsbehörde.

Im Bereich des Vergaberechts und im Rahmen der Umsetzung der Konjunkturpakete wurden in der Kreisverwaltung 49 Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen einschließlich Bauleistungen mit einem Gesamtwert in Höhe von 6.947 T€ sowie der vorgesehene Abschluss von vier Architekten- und Ingenieurverträgen mit einem Gesamtwert von 194,0 T€ entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Verwaltungsbereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Neben den Pflichtprüfungen war das Rechnungsprüfungsamt bei der Umstellung des kameralen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens auf das doppelte Rechnungssystem im Landkreis, im Arbeitskreis der Rechnungsprüfungsämter des Landes Brandenburg und in der interkommunalen Arbeitsgruppe des Landkreises Teltow-Fläming zur Einführung der Doppik beratend tätig.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Aufgaben des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen und Messen
- Partnerschaftliche Beziehungen

Der zuletzt genannte Aufgabenbereich liegt hauptsächlich in der Verantwortung der Europa-beauftragten im Büro des Landrates, die eng mit der Pressestelle zusammenarbeitet.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Mitarbeiterinnen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sind zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen. Im Rahmen der Pressearbeit werden enge Kontakte zu den regionalen und überregionalen Medien gepflegt.

Presseinformationen werden – abhängig von der Zielgruppe – regelmäßig an die lokalen und überregionalen Medien sowie die im Landkreis erscheinenden Amtsblätter und an die Internetredaktionen versendet. Dazu wird der qualifizierte, themenspezifische Medienverteiler ständig aktualisiert und erweitert. Die Presseinformationen sind in einem eigenen Presseservice auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar. Es wurden 235 Presse-Informationen (das sind ca. 20 pro Monat bzw. mehr als eine pro Arbeitstag) erstellt. Sie resultieren aus Zuarbeiten der Ämter oder wurden selbstständig erarbeitet. Dieser Service findet bei den Medien große Resonanz. Darüber hinaus wurden sechs Pressemitteilungen zum Themenkomplex Fläming-Skate herausgegeben und Fragen zur Fläming-Skate beantwortet.

Neben den Presseinformationen wurden 73 Pressetermine und -gespräche zu den unterschiedlichsten Themen organisiert. Auch dieses Angebot nahmen die Journalisten gerne an. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen (durchschnittlich zwei bis drei pro Arbeitstag) wird umgehend reagiert.

Die Mitarbeiterinnen waren im Katastrophenschutz-Stab des Landkreises aktiv. Sie begleiteten presse-technisch Großübungen und standen für die Öffentlichkeitsarbeit in besonderen Situationen bereit. Insbesondere die Waldbrandsaison und das damit verbundene große Medieninteresse erforderten den Einsatz der Mitarbeiterinnen. Vor Ort wie auch vom Büro aus wurden Anfragen von Pressejournalisten, TV-Teams und Radioredakteuren kanalisiert, weitergeleitet und beantwortet. Besonders erschwert wurde die Arbeit beim Einsatz vor Ort durch das große Gefahrenpotenzial der auf den betroffenen Flächen lagernden und explodierenden Altmunition.

Es wurden ca. 30 Ausschreibungen in Auftrag gegeben, die im Ausschreibungsblatt des Landes Brandenburg, in der Märkischen Allgemeinen Zeitung, der Lausitzer Rundschau, auf den Internetseiten des Landkreises sowie in einigen Fällen in Fachzeitschriften veröffentlicht wurden.

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 37 Ausgaben.

Im Berichtszeitraum wurden rund 40 Grußworte, Reden, Laudationes und Präsentationen für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen erarbeitet. In dieser Zahl nicht einbegriffen sind zahlreiche Zusarbeiten für Verlagspublikationen sowie für die Beantwortung von Bürgeranfragen.

Die Mitarbeiterinnen organisierten mehrere Führungen durch das Kreishaus und die Verwaltung, hauptsächlich für Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen und auch Seniorengruppen.

Online-Redaktion

Innerhalb des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit werden auch die Internetseiten des Landkreises und anderer Organisationen erstellt und gepflegt. Zwei Mitarbeiterinnen arbeiten dabei als Online-Redakteurinnen, zwei Mitarbeiter sind als Webentwickler mit dem Ausbau und Relaunch der Seiten betraut.

Betreut werden folgende Seiten:

- www.teltow-flaeming.de
- www.flaeming-skate.de

und seit Dezember 2010

- www.flughafen-beratungszentrum.de.

Auf allen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt, so dass sie neben der Funktion als Nachschlagewerk oder Dienstleistungsserver mit rund 1.000 eingetragenen Dienstleistungen auch die Eigenschaft einer Online-Zeitung haben. Für die Homepage des Landkreises wurden mehr als 600 Meldungen recherchiert und publiziert. Damit enthielt der Internet-Auftritt per 31.12.2010 mehr als 6600 Meldungen, von denen ein Großteil im Archiv der Website nachzulesen ist.

Obwohl die Homepage www.flaeming-skate.de eher saisonabhängig ist, wurden 91 Berichte veröffentlicht. Diese waren größtenteils den Veranstaltungen an der Fläming-Skate, dem Zustand der Bahn und neuen Services, wie z. B. dem Spuren von Skilanglaufloipen im Winter, gewidmet.

Im Dezember wurde von den Mitarbeitern eine Internetpräsenz für das Flughafenberatungszentrum des Landkreises entwickelt, um die Bürger mit den Angeboten des Beratungszentrums vertraut zu machen, Auskünfte zur Fluglärmbelastung des Flughafens Berlin-Schönefeld und des zukünftigen BBI zu erteilen sowie über Lärmschutzmaßnahmen und -programme zu informieren. Die Präsenz wird vorerst von den Online-Redakteurinnen betreut. Ab 2011 soll die Seite durch den zukünftigen Fluglärmschutzbeauftragten selbst gepflegt werden. Möglich macht dies das Content Management System (CMS) infosite.

➤ *Relaunch und Weiterentwicklung der Internetauftritte des Landkreises und angeschlossener Einrichtungen*

Um die Internetpräsenzen der Kreisverwaltung, angeschlossener Einrichtungen und gemeinsamer Projekte zu vereinheitlichen und miteinander zu vernetzen, arbeiten die Online-Redakteurinnen und Webentwickler an einem Relaunch. Ziel ist es, Daten (z. B. Veranstaltungskalender) und Informationen (z. B. Meldungen) gemeinsam zu nutzen und über ein einheitliches Erscheinungsbild die Verbundenheit

mit dem Landkreis zu dokumentieren. So soll infosite als gemeinsames CMS genutzt werden. Wo dies nicht möglich ist, werden entsprechende Schnittstellen entwickelt. Auch das Layout der Internetauftritte soll erneuert werden. Neue Funktionen werden geplant, um die Entwicklungen des Web 2.0 zu berücksichtigen.

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redakteure und unterstützt die Ämter der Kreisverwaltung bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises.

➤ *Einheitliches Corporate Design für den Landkreis Teltow-Fläming*

Die Online-Redaktion überwacht die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs. Es stellt die Vorgaben bei Bedarf den Agenturen zur Verfügung, die in Zusammenarbeit mit Ämtern der Verwaltung Druckerzeugnisse erstellen.

➤ *Dienstleistungen für die Verwaltung*

Die Online-Redaktion unterstützte folgende Ämter der Kreisverwaltung bei der Erstellung von Broschüren, Faltblättern und anderen Publikationen mit Wort, Bild- und Layoutdienstleistungen, inklusive Korrekturlesen:

Amt für Finanzen und Personal	-	Ausbildungsflyer
Integration	-	Europa-Ausstellung Brüssel/ Gniezno (Texte/Layout)
SG Denkmalschutz	-	Kalender Denkmalschutz 2011
SG Denkmalschutz/ Umweltamt	-	Konzeption Kummersdorf
Gesundheitsamt	-	Ausstellung Messergebnisse Badegewässer Gesundheitsbericht Wegweiser Gesundheit und Soziales Faltblatt Fachtag Kinder psychisch kranker Eltern
Jugendamt	-	Familienbroschüre (extern) Flyer Pflegeeltern gesucht Jugendförderplan Broschüre Kita-Praxisberatung und Fortbildung Richtlinie Ferienmaßnahmen Richtlinie Jugendarbeit Richtlinie Förderung der Kindertagespflege
Landwirtschaftsamt	-	Programmbroschüre 2010/2011
Straßenverkehrsamt	-	Ortskundekatalog
Sozialamt	-	Seniorenpolitische Leitlinien Richtlinie Sportförderung
Wirtschaftsförderung	-	Beteiligungsrichtlinie
andere	-	Broschüre Museumsdorf Baruther Glashütte Landkreis-Broschüre (extern, in Zusammenarbeit mit DAKAPO)

Des Weiteren setzten die Redakteurinnen ihre Bemühungen im Kampf gegen „Amtsdeutsch“ bzw. schlechtes Deutsch fort. Dazu gab es regelmäßige Publikationen im Intranet und persönliche Hilfestellung (Beantwortung von Fragen, Korrektur zahlreicher Dokumente).

➤ *Zuarbeiten für Dritte*

Verlage wenden sich immer wieder an die Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises mit Bitte um Bereitstellung von Texten, Fotos, Wappen oder Logo. Die Online-Redakteurinnen arbeiteten diesbezüglich in zahlreichen Fällen externen Projekten zu.

Organisation von Veranstaltungen und Messen

Zu den Aufgaben des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit gehört – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern –

das Organisieren von größeren Veranstaltungen im Landkreis

- Neujahrsempfang zum Thema „Demokratie, Toleranz, Menschlichkeit“ mit begleitender Ausstellung im Kreistags-Saal und Verleihung der „Teltow-Fläming-Preise“
- Übergabe der Denkmalpflegepreise auf dem Gelände des technischen Denkmals „Rieselfeldanlage“ in Großbeeren
- Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“

das Organisieren von Veranstaltungen zu besonderen Höhepunkten

- 20 Jahre Deutsche Einheit

In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow wurde am 2. Oktober eine Gedenkveranstaltung für die Todesopfer an der Berliner Mauer anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit an der Erinnerungsstele für das Maueropfer Herbert Kiebler organisiert.

Am 3. Oktober fand auf dem Marktplatz der Kreisstadt Luckenwalde ein Volksfest statt. Hierzu konnten die Partner aus Paderborn und dem Berliner Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg begrüßt werden.

- Eröffnung des Flughafen-Beratungszentrums in Blankenfelde-Mahlow

Großes Medieninteresse fand die Eröffnung des Flughafen-Beratungszentrums am 4. November in Mahlow. Beratungsdienste für vom Fluglärm betroffene Bürgerinnen und Bürger, aber auch für ansiedlungswillige Unternehmen sind hier nun gebündelt.

- Einweihung des Radweges Diedersdorf – Birkholz

Am 25. August konnte medienwirksam ein neuer Radweg im Norden des Landkreises seinen Bestimmungen übergeben werden.

- Fotoausstellung des Landkreises Teltow-Fläming in der Vertretung des Landes Brandenburg bei der Europäischen Union in Brüssel

Bilder des 1. Fotowettbewerbes des Landkreises Teltow-Fläming unter dem Motto „Landkreis Teltow-Fläming – hier lässt sich's leben, hier bin ich gern“ und der Ausstellung „Europa im Wandel“ wurden in Brüssel präsentiert.

die Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen

- Arbeitsbesuche
 - des Ministers für Infrastruktur und Landwirtschaft, Jörg Vogelsänger,
 - der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dr. Martina Münch,
 - des Ministers für Bildung, Jugend und Sport, Holger Rupprecht und
 - des Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

- Informationsbesuche in der Stadt Trebbin und im Museumsdorf Glashütte

die Unterstützung von Veranstaltungen sowie Messen

- Internationale Grüne Woche in Berlin
- ITB Internationale Tourismusbörse in Berlin
- AERO Friedrichshafen und Internationale Luftfahrtausstellung ILA 2010 in Berlin-Schönefeld (Präsentation Flugplatz Schönhagen)
- BBI-Sommertour 2010
- 15. Buckower Strohballenfest mit dem Landkreis Teltow-Fläming als Partnerregion
- Behinderten- und Skaterfest in Luckenwalde/OT Kolzenburg
- 7. Brandenburger Dorf- und Erntefest und 10. Kreiserntefest in Jänickendorf
- Wirtschaftswoche Teltow-Fläming

Die Medien wurden vorab über Präsentationen des Landkreises auf Messen, insbesondere im touristischen Bereich, und im Anschluss über die Ergebnisse informiert. Bei allen Besuchen, Veranstaltungen und Präsentationen wurden Fotodokumentationen erstellt.

Weiterhin nahm eine Mitarbeiterin regelmäßig an den Sitzungen der Arbeitsgruppe Flaeming-Skate beim Landrat teil.

Eine Mitarbeiterin der Pressestelle ist regelmäßig als Übersetzerin und Dolmetscherin, vorrangig für die polnische Sprache, tätig. Dies betrifft vor allem die Kommunikation mit dem polnischen Partnerkreis Gniezno. Außerdem koordiniert die Mitarbeiterin den fremdsprachlichen Auftritt der Internetseiten www.teltow-flaeming.de und www.flaeming-skate.de sowie der Publikationen des Landkreises und der Flaeming-Skate GmbH.

Partnerschaftliche Beziehungen

Im polnischen Landkreis Gniezno und im ungarischen Komitat Jasz-Nagykun Szolnok fanden im Herbst Kommunalwahlen statt. Neuer Landrat in Gniezno ist Dariusz Pilak und der neue Kreistagsvorsitzende ist Zdislaw Kujawa. Im ungarischen Komitat steht Sándor Kovác der Komitatsversammlung vor.

➤ *Partnerlandkreis Gniezno*

In der Zeit vom 12. bis 14. März 2010 fand in Gniezno der VIII. Gnesener Kongress „Familie der Hoffnung für Europa“ statt. Aus dem Landkreis nahm Herr Pfarrer Carsten Rostalsky vom evangelischen Pfarramt Dahme teil.

Der Landkreis hat auch im vergangenen Jahr den Ausbau der Beziehungen zwischen den Behindertenverbänden Dahme, Jüterbog und Promyk (Gniezno) unterstützt. Hervorzuheben ist das Projekt „Europa im Wandel“. Die dazu gestaltete Ausstellung wurde unter anderem in der Landesvertretung Brandenburg in Brüssel, in Gemeinden beider Landkreise und in den Kreisverwaltungen Gniezno und Teltow-Fläming gezeigt.

Ein besonderer kultureller Höhepunkt war der Besuch des polnischen Chores Metrum beim Luckenwalder Lyra-Chor. Der Landkreis unterstützte diese Begegnung, indem er Unterkünfte und Verpflegung zur Verfügung stellte. Anlass für diesen Besuch war das dritte Luckenwalder Chorfestival. Ein Gegenbesuch des Lyra-Chors in Gniezno ist für 2011 geplant.

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Kontakte zwischen den Feuerwehrverbänden beider Landkreise intensiv gepflegt.

Anlässlich des Landes- und Kreiserntefestes in Jänickendorf konnte eine Delegation aus dem Partnerlandkreis begrüßt werden.

An der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming nahmen - wie in den vergangenen Jahren - Vertreter aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno teil.

➤ *Partnerkomitat Jász-Nagykun Szolnok*

Der Landkreis unterstützte die Teilnahme der Volkstanzgruppe „Die Pflastertreter“ aus Nuthe-Urstromtal am internationalen Volkstanzfestival in Szolnok im September.

Aus dem Partnerkomitat absolvierte eine junge Praktikantin ein dreiwöchiges Praktikum in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming. Schwerpunkt war die Arbeit der Volkshochschule. Das Praktikum wurde über das GRUNDTVIG-Mobilitätsprogramm gefördert.

Dezernat I

Hauptamt

1. Zentralverwaltung und Beschaffung

Die Hauptaufgabe des Sachgebietes Zentralverwaltung besteht darin, die Arbeitsfähigkeit der Fachämter durch die Beschaffung entsprechender Materialien und Ausstattungsgegenstände zu sichern.

Von den im Rahmen der Ersatzbeschaffung erworbenen sieben Kraftfahrzeugen für verschiedene Bedarfsträger der Kreisverwaltung werden zwei mit Erdgas betrieben. Somit befinden sich im Fuhrpark insgesamt 13 erdgasbetriebene Fahrzeuge.

Die Werterhaltungsmaßnahmen am Kreishaus wurden durch umfangreiche Malerarbeiten und eine Neugestaltung des hinteren Eingangsbereiches fortgeführt.

Mitarbeiter des Sachgebietes sicherten mehrere Veranstaltungen im Kreishaus technisch-organisatorisch ab. Weiterhin unterstützten sie Ausstellungen, Messen und Maßnahmen im Rahmen der Partnerschaftsarbeit.

Eine außerordentliche Herausforderung war für die Mitarbeiter mit der Vorbereitung der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Verwaltung verbunden.

Für die Restaurierung historisch wertvoller Schriften aus dem Schlossarchiv Stülpe, die dem Kreisarchiv überlassen wurden und die sich teilweise in einem bedauernden Zustand befanden, konnten Fördermittel in Höhe von 15.000 Euro eingeworben werden. Durch diese Zuwendung war es möglich, den Auftrag zur Konservierung und Nutzbarmachung dieser Unterlagen an eine Spezialfirma in Leipzig zu vergeben.

2. Versicherungsangelegenheiten

Im Bereich Versicherungsangelegenheiten werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises gegen Dritte bearbeitet. Für die dem Anwaltszwang unterliegenden Schadenersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam obliegen der zuständigen Sachbearbeiterin die Sachverhaltsermittlung und die Erarbeitung von Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis in diesen Fällen vertretenden Rechtsanwälte.

Bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) nimmt die zuständige Sachbearbeiterin die Interessen des Landkreises Teltow-Fläming wahr. Darüber hinaus ist sie für Versicherungsangelegenheiten Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis betreffenden Versicherungsbereichen.

Die Tendenz der vergangenen Jahre zu annähernd gleichbleibenden Fallzahlen neu eingehender Schadenfälle setzt sich fort. Gleichzeitig ist festzustellen, dass auf Grund der zunehmenden Komplexität einzelner Schadenfälle die Anzahl der aus Vorjahren fortzuführenden Schadenakten kontinuierlich zunimmt.

Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum gab es in den Sparten Allgemeine Haftpflicht und Dienstreisekasko leicht ansteigende Fallzahlen, in den Sparten Kfz-Haftpflicht und Gebäude sogar nahezu eine Verdoppelung neu gemeldeter Schäden. Dabei fällt bei der Betrachtung der Schadensfälle innerhalb der Gebäudeversicherung auf, dass es im Berichtszeitraum allein im Museumsdorf Glashütte sechs Gebäudeschäden mit einem Gesamtschadenvolumen von über 13.000 EUR gegeben hat. Mit diesem Betrag übersteigt die Schadenssumme den Versicherungsbeitrag für das gesamte Museumsdorf um das 3,25-fache.

Dem entgegen steht die Entwicklung in den übrigen Sparten, in denen eine leichte Rückläufigkeit der Anzahl neuer Schadenfälle zu verzeichnen ist. Dass geringere Fallzahlen nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit geringerem Schadenvolumen sind, zeigt sich im Bereich jener Schäden, die dem Landkreis durch Dritte zugefügt worden sind. Trotz eines geringfügigen Rückganges der im Berichtszeitraum neu gemeldeten Schäden ist hier das Volumen um ca. 10.000 EUR angestiegen. Wie sich bereits in den vergangenen Jahren angedeutet hat, werden vor allem im Norden des Landkreises zunehmend auch Schäden durch im Ausland zugelassene Kraftfahrzeuge verursacht. Hier gestaltet sich die Beitreibung des Schadenersatzes in der Regel langwierig.

Bei den neu anhängigen Schadenersatzklagen hat es lediglich eine Streitverkündung gegeben, für deren weiteren Verlauf der Ausgang eines Klageverfahrens vor dem Verwaltungsgericht Potsdam bzw. in dessen Fortführung vor dem OVG Brandenburg ausschlaggebend ist.

3. Sachgebiet Allgemeine Datenverarbeitung (ADV)

Zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie wurden die technischen Voraussetzungen im Landkreis geschaffen.

Seit Oktober steht den Bürgern das neue E-Governmentangebot des Landkreises „Wunschkennezeichen online“ auf den Internetseiten zur Verfügung.

Auf dem Weg der Schaffung von medienbruchfreien Verwaltungsprozessen konnten weitere Erfolge erzielt werden. Eine Vielzahl von in Papierform vorliegenden Gewerbedaten aus den Kommunen wurde digitalisiert.

Die technischen Voraussetzungen für die 2011 bundesweit beginnende Volkszählung (ZENSUS) wurden für die Erhebungsstellen des Landkreises geschaffen.

Auf dem Weg zur Einführung eines verwaltungsweiten Dokumentenmanagementsystems und zur Vorbereitung des Projektes „Bauen-Online/Virtuelles Bauamt“ erhielt das Bauordnungsamt einheitlich neue PC-Technik. Zur Unterstützung des Gesamtprozesses wurde eine amtsübergreifende Projektgruppe gegründet (Bauordnungsamt, ADV, Amt für Finanzen und Personal), um mit der Erarbeitung einer Leistungsbeschreibung zu beginnen.

Es wurde ein zweiter Zugang zum Landesverwaltungsnetz (LVN) mit größerer Bandbreite eingerichtet. Da der Bedarf an digitaler Kommunikation des Landkreises mit Behörden des Bundes, z. B. Ausländerzentralregister (AZR) und Kraftfahrtbundesamt (KBA), des Landes und anderen Kommunen immer weiter wächst, Softwareanwendungen (z. B. PROFILE) zentral bereitgestellt werden und die Sachbearbeitung fast nicht mehr ohne Internetzugang möglich ist, war dieser Ausbau zwingend notwendig. Mit dieser Maßnahme konnte die Verfügbarkeit dieser Dienste erhöht werden.

Die WAN-Infrastruktur (Wide Area Network – dt.: Weitverkehrsnetz) des Landkreises wurde weiter ausgebaut.

Die 2009 begonnene Migration der im alten Storage-System SAN liegenden Daten auf das neue Speichersystem wurde abgeschlossen. Zur Erhöhung der Verfügbarkeit der Serversysteme wurden erste Server in eine virtuelle Umgebung überführt.

Die Erneuerung von PC-Technik der Mitarbeiter der Kreisverwaltung und in den Schulen konnte weiter fortgesetzt werden. In der Kreisverwaltung begann die Umstellung der PC-Technik clientseitig auf Windows 7/Office 2007.

In Projektgruppen, bestehend aus Schulleitung, Lehrern und Mitarbeitern der ADV, wurde nach dem Beispiel Gymnasium Luckenwalde in den Gymnasien Jüterbog, Rangsdorf und Ludwigsfelde an Medienentwicklungsplänen gearbeitet, die im ersten Schritt als Grundlage zur Beantragung von Fördermitteln (Schulen mit gymnasialer Oberstufe – MEP GOST) beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport dienen. Für das Gymnasium Jüterbog liegt ein Fördermittelbescheid vor, mit dessen Umsetzung bereits begonnen werden konnte.

Im Sinne eines umfangreichen Jugendmedienschutzes wurden die technischen Lösungen für Internetfilter etc. in den Gymnasien und dem Oberstufenzentrum ausgebaut.

Der Aufbau eines INSPIRE-konformen Geoportals im Landkreis Teltow-Fläming begann und wird Anfang 2011 in den Echtbetrieb übergeführt.

Amt für Finanzen und Personal

1. Sachgebiet Kasse und Vollstreckung

➤ *Bereich Kasse*

Mit der Umstellung zur doppischen Haushaltsführung ergaben sich im Kassenbereich Veränderung bei den täglichen Kassengeschäften. Ein Jahresabschluss 2009 liegt dem Landkreis noch nicht vor. Hier ist anzumerken, dass am 07.01.2010 der kassenmäßige Abschluss erfolgreich getätigt wurde und somit gewährleistet war, dass die täglichen Kontoauszüge gebucht und die Ausgabedateien erstellt wurden. Erschwerend im täglichen Arbeitsprozess ist, dass es noch keine geprüfte Eröffnungsbilanz gibt.

Bei der Haushaltsdurchführung 2010 wurde der in der Haushaltssatzung beschlossene Kassenkredit ganzjährig in Anspruch genommen, wobei die durchschnittliche Inanspruchnahme gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen ist. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann kein positiver Kontostand abgerechnet werden.

➤ *Bereich Vollstreckung*

Zum 1. Juli traten neue Regelungen zum Kontopfändungsschutz in Kraft. Demnach wurde das Pfändungsschutzkonto eingeführt. Unter Wahrung der Interessen der Gläubiger verbleiben einem Schuldner auf dem sogenannten P-Konto ohne aufwändiges Verfahren die Geldmittel, die er zur Bestreitung des existentiellen Lebensbedarfs benötigt. Das Kreditinstitut berücksichtigt nun automatisch den pfändungsfreien Grundbetrag in Höhe von 985,15 Euro. Eine Erhöhung dieses pfändungsfreien Betrages ist möglich, z. B. bei Unterhaltsverpflichtungen. Der herkömmliche Pfändungsschutz besteht aufgrund der Übergangsregelungen weiterhin bis 31.12.2011. Jedoch wird schon jetzt die Beitreibung von Forderungen schwieriger, da pfändbare Beträge oft nicht vorhanden sind.

Der Einsatz des Ventilwächters wurde 20 Mal angedroht. Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 33 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 38 Fällen. Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten acht Mal. Ferner wurden im Berichtszeitraum fünf Eintragungen von Sicherungshypothesen vollzogen.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Privatrechtliche Forderungen

	2010 (Stand 31.10.2010)		2009
	Anzahl	Betrag in €	Anzahl
Neuzugänge	30	9.102,86	81
beigetriebene Forderungen	13	3.095,83	28
Niederschlagungen	41	3.977,84	7

Öffentlich-rechtliche Forderungen

	2010 (Stand 31.10.2010)		2009		2008	
	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	3.804	685.563,99	3.464	597.656,01	3.549	570.847,99
Beigetriebene Forderungen	1.744	211.709,07	2.189	268.190,35	2.499	348.178,92
Niederschlagungen	489	228.687,30	901	241.230,29	3.005	714.866,95
Amtshilfeersuchen	1.496		1.406		2.970	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	3.163		3.617		5.016	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	4.995		5.819		7.969	

2. Sachgebiet Geschäftsbuchhaltung

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming hat in seiner Sitzung am 31. Mai die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2010 beschlossen. Die Kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde durch das Ministerium des Innern am 30. August 2010 erteilt.

Die Haushaltssatzung setzt im Ergebnisplan den Gesamtbetrag der Erträge auf 179.037.220 € und die Aufwendungen auf 188.359.460 € fest. Im Finanzplan belaufen sich die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf 8.764.130 € und die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf 8.764.130 €.

Der Finanzplan enthält Fördermittel für investive Maßnahmen wie z. B.

- Modernisierung der Förderschule Ludwigsfelde (Konjunkturpaket II)
- Modernisierung Förderschule Groß Schulzendorf (Konjunkturpaket II)
- Modernisierung Gymnasium Jüterbog (Konjunkturpaket II)
- Modernisierung Förderschule Jüterbog (Konjunkturpaket II)
- Feuerwehrtechnisches Zentrum Luckenwalde (Konjunkturpaket II)
- Ausbau Kreisstraßen
- Radwegeprogramm

Unter § 2 der Haushaltssatzung für den Landkreis Teltow-Fläming wurde der Gesamtbetrag der Kreditermächtigung auf 0 € festgesetzt.

Gemäß § 18 KomHKV ist eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen. Der Landkreis begann mit intensiven Vorbereitungen zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLAR) ab 2011. So wurden dazu eine Arbeitsgruppe gebildet und Gespräche mit sämtlichen Produktverantwortlichen geführt, einige Produkte verändert, gemeinsam wesentliche Leistungen in den Produkten bestimmt, für die später die Kosten berechnet werden. Kostenstellen und Kostenträger wurden gebildet. Seit 01.01.2011 werden bei den täglichen Buchungsvorgängen Kostenstellen und Kostenträger berücksichtigt.

Die Eröffnungsbilanz des Landkreises wurde im Mai dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben.

3. Sachgebiet Personal

➤ *Entwicklung des Personalbestands in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming*

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Beamte	104	103	103
Beschäftigte	723	729	749
Auszubildende(Azubi)	22	18	19
Zivildienstleistende	10	10	10

In oben aufgeführtem Gesamtpersonalbestand sind auch die 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten, die bei der ARGE Teltow-Fläming beschäftigt sind.

➤ *Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen*

Es schieden insgesamt 31 Beschäftigte aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis aus.

Gründe für das Ausscheiden waren:

durch Auflösungsvertrag	8 Beschäftigte
Ableben des Arbeitnehmers	0 Beschäftigte
Übertritt in die Altersrente	1 Beschäftigte
Beendigung von Altersteilzeit	17 Beschäftigte
Ende der befristeten Tätigkeit	5 Beschäftigte
Kündigung des Arbeitnehmers	0 Beschäftigte
Kündigung des Arbeitgebers	0 Beschäftigte

➤ *Schwerbehinderte Mitarbeiter*

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 65 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7,62 %. Die Pflichtquote beträgt 5 %. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe.

➤ *Teilzeitbeschäftigte*

Das Angebot zur freiwilligen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde weiterhin in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Zugang von 161 auf 177 Beschäftigte in Teilzeitarbeit zu verzeichnen.

➤ *Altersteilzeit*

Zum Stichtag 31.12.2010 befinden sich 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis, wovon sich 41 in der Ruhephase befinden. Für acht Beschäftigte erhält die Kreisverwaltung auf Grund der Stellen-Wiederbesetzung mit einem Azubi bzw. Arbeitssuchenden Personalkostenerstattung von der Bundesagentur für Arbeit. Im Berichtszeitraum wechselten 19 Beschäftigte in die Ruhephase der Altersteilzeit.

➤ *Ausbildung*

Die Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten beendeten drei Azubi und zum Vermessungstechniker ein Azubi. Die Übernahme erfolgte befristet bzw. in einem Fall unbefristet.

Die Kreisverwaltung stellte sechs Ausbildungsplätze für die Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten und einen für die Ausbildung zum Vermessungstechniker zur Verfügung. Aus den insgesamt 50 Bewerbungen (43 für Verwaltungsfachangestellte und sieben Bewerbung zum Vermessungstechniker) konnten sieben Jugendliche ausgewählt werden. Ausbildungsverträge wurden für vier Verwaltungsfachangestellte und einen Vermessungstechniker geschlossen. Zwei Ausbildungsplätze konnten aufgrund von Absagen der Bewerber nicht besetzt werden. Darüber hinaus wurde sieben Schülern sowie 25 Studenten ein Praktikumsplatz zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Berufsorientierung beteiligte sich der Landkreis am Zukunftstag, der AusBildungs-Messe, am Berufsfindungstag und am Projekt „Fit for Job“.

➤ *Fortbildung*

Drei Beschäftigte legten erfolgreich die Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt ab. Des Weiteren qualifizierten sich drei Beschäftigte zum Bilanzbuchhalter, vier zum Prüfer in kommunalen Rechnungsprüfungsämtern und eine Beschäftigte beendete einen Zertifikatskurs Jugendhilfeplanung. Von einer Beschäftigten wurde die Ausbildereignungsprüfung abgelegt.

➤ *Arbeitsgerichts- und Einigungsstellenverfahren*

Im Berichtszeitraum waren 12 arbeitsgerichtliche Verfahren anhängig, darunter befanden sich zwei Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin-Brandenburg. Insgesamt wurden fünf Verfahren - darunter die beiden LAG Verfahren - abgeschlossen. Sieben Verfahren sind noch offen. Außerdem wurde ein internes Mobbingverfahren eingeleitet, welches noch nicht abgeschlossen ist.

Es gab zwei Einigungsstellenverfahren mit dem Personalrat, welche zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen wurden.

Weiterhin gab es acht personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren beim Verwaltungsgericht Potsdam, wovon zwei abgeschlossen sind.

➤ *Stellenbesetzungsverfahren*

Im Berichtszeitraum erfolgten 86 Ausschreibungen zur Besetzung offener Stellen. Die Stellen wurden je nach Bedarf intern bzw. extern ausgeschrieben. Durch die gestiegene Zahl der Ausschreibungen ist auch ein erheblicher Anstieg bei den Bewerbungen zu verzeichnen. Auf die Ausschreibungen sind insgesamt 864 Bewerbungen, davon 121 interne und 743 externe Bewerbungen, eingegangen. Darüber hinaus sind 59 Initiativbewerbungen eingegangen.

➤ *Stellenplanentwicklung*

Der Stellenplan wies insgesamt 790,15 Stellen (in Vollzeiteneinheiten) aus, davon 105 Stellen für Beamte und 685,15 Stellen für Tariflich Beschäftigte. Weitere 20,5 Stellen sind nachrichtlich für die Altersteilzeit-Freistellungsphase (0,5 Vollzeiteneinheiten) ausgewiesen.

Bei den Tariflich Beschäftigten bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 15,54 Stellen. Die Stellenanhebung ergibt sich u.a. durch die Einrichtung von 7,50 Stellen „Bundesprogramm Kommunal-Kombi“. Die hierfür eingestellten Personen werden aus Bundes-, Landes- und kreislichen Mitteln finanziert.

➤ *Aufgabenbereich Organisation*

Der organisatorische Aufbau einer Kreisverwaltung unterliegt naturgemäß ständigen Änderungen. Infolge der Zuweisung neuer Aufgaben per Gesetz, der Aufnahme freiwilliger Aufgaben, der Veränderungen auf politischer Ebene oder auch das Erfordernis, Arbeitsabläufe neu zu überdenken, muss aufgrund der fach- und sachgerechten Erledigung die Struktur geprüft und den neuen Bedingungen angepasst werden. Dies ist eine Kernaufgabe des Bereiches Organisation.

Mit Wirkung zum 1. Januar wurde die Struktur der Kreisverwaltung neu gegliedert. Es bestehen wieder fünf Dezernate, denen insgesamt 15 Ämter zugeordnet sind. Die Untere Kommunalaufsichtsbehörde und das Rechnungsprüfungsamt sind organisatorisch dem Landratsbereich angegliedert.

Im Zuge der Neugliederung waren zahlreiche interne und externe Stellenausschreibungen für alle Ebenen (Dezernatsleitung, Amtsleitung und Sachgebietsleitung) notwendig. Überwiegend konnten diese Stellen durch interne Bewerber besetzt werden. Alle sich anschließenden Änderungen, dazu zählen die organisatorische als auch funktionale Trennung der Ämter, Änderungen von Arbeitsabläufen bis hin zur Aktualisierung von Stellenbeschreibungen, sind noch nicht abgeschlossen und werden somit Hauptbestandteil der künftigen Arbeit der Organisation sein.

Die Stellenbemessungsverfahren wurden in den Bereichen Jugendamt als auch Sozialamt weitergeführt und aktualisiert. Sie führten teilweise zur Schaffung weiterer Stellen bzw. zur dauerhaften Einrichtung bisher befristeter Stellen. Die im ehemaligen Amt für Soziales und Jugend 2009 durchgeführte externe Organisationsuntersuchung war Arbeitsgrundlage. Die durch das Unternehmen aufgezeigten Optimierungs- und Konsolidierungspotentiale werden noch immer schrittweise umgesetzt, wobei einzelne Maßnahmen aufgrund der Trennung der Ämter neu zu betrachten sind.

Wesentlich ausgebaut wurde das Kreisentwicklungsamt (vormals Sachgebiet Planung) im Dezernat IV. Der Bereich Verkehrsplanung wurde aufgrund des Flughafenneubaus erweitert und der Bereich der Tourismusplanung gewann an Bedeutung. Zur Aufgabenumsetzung wurden hierfür weitere Stellen zur Verfügung gestellt (Stellenumwandlung), die in anderen Fachbereichen nicht wieder besetzt wurden.

Mit Einführung der Doppik für den Landkreis war es erforderlich, die bisherige Struktur des Sachgebietes Finanzen zu überprüfen und den neuen Aufgaben anzupassen. Im Ergebnis dessen wurde u. a. der Bereich Geschäftsbuchhaltung geschaffen. Der Umbau des Fachbereiches konnte abgeschlossen werden.

Straßenverkehrsamt

1. Sachgebiet Zulassung

Auch im Berichtszeitraum ist eine Zunahme des Fahrzeugbestandes im Landkreis Teltow-Fläming zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr waren 2.124 Fahrzeuge (+ 1,7 %) mehr registriert.

Das 2009 eingeführte Dokumentenmanagementsystem (DMS) brachte den erwünschten Erfolg der Platzersparnis für zu archivierende Fahrzeugakten und die Reduzierung der Papierablage.

Seit November ist es möglich, über die Homepage der Kreisverwaltung Online-Reservierungen von TF-Kennzeichen vorzunehmen. Bis zum 31. Dezember wurden bereits 393 Kennzeichen auf diese Art reserviert und teilweise zugeteilt. Ebenso können seit November Kennzeichenkombinationen aus zwei Buchstaben und vier Zahlen als Wunschkennzeichen reserviert werden.

2. Sachgebiet Fahrerlaubniswesen

Die Fahrerlaubnisbehörde ist neben der Erteilung der Fahrerlaubnis unter anderem auch ordnungsbehördlich gegen wiederholt oder erheblich im Straßenverkehr auffällige Fahrerlaubnisinhaber tätig. Zu nennen seien hierbei die nach Punkten abgestuften Maßnahmen bei wiederholtem Fehlverhalten im Straßenverkehr (Punktesystem) sowie die Anordnung von verschiedenartigen Gutachten zur Klärung von Eignungsbedenken. Für das Jahr 2010 ist festzustellen, dass beim Erreichen der ersten Eingriffsstufe ab 8 Punkten ein Anstieg um 22 % zu verzeichnen ist. In deren Folge mussten 550 Fahrerlaubnisinhaber, das waren 101 mehr als 2009, behördlich verwarnet werden.

Insgesamt waren 500 Gutachten von Fachärzten, amtlich anerkannten Begutachtungsstellen für Fahrtauglichkeit oder amtlich anerkannten Sachverständigen zur Klärung kraftfahrtauglichkeitsrelevanter Erkrankungen oder Mängel notwendig. Hierbei spielten insbesondere die Einnahme von Drogen und Alkohol eine wesentliche Rolle.

Im Gegensatz zu den Fahrerlaubniserteilungen, die weiter rückläufig sind, haben die Fahrerlaubnisentziehungen um 27 % zugenommen. So wurden 399 Fahrerlaubnisse durch Urteil oder Beschluss eines Gerichts oder der Fahrerlaubnisbehörde des Landkreises entzogen.

3. Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten trägt dazu bei, Unfälle zu verhindern. Die Mitarbeiter der Kreisverwaltung kontrollierten die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit an 75 Messstellen. Zehn davon sind fest installierte Anlagen. Im Jahr 2009 erfolgte die Überwachung an 73 Messstellen.

75 % aller von der Kreisverwaltung eingerichteten Messstellen unterstützten im vergangenen Jahr den Schutz der Schul- und Spielwege. 3 % der Standorte befanden sich an Unfallhäufungsstellen, 17 % an Stellen mit besonderer Gefährdung und 5 % der Messstellen dienten der Überwachung der Geschwindigkeit in schützenswerten Bereichen (z. B. Seniorenheim, Krankenhaus).

Die Mitglieder der kreislichen Verkehrsunfallkommission beschlossen im Bereich der Schul- und Spielwegsicherung sechs neue Standorte. Dazu gehören Messstellen in Dabendorf, Mellensee, Kloster Zinna und in Christinendorf.

Ersatzlos gestrichen wurden vier Standorte an ursprünglich unfallauffälligen Bereichen wie an der L 74 zwischen Klausdorf und Wünsdorf, an der B 246 in Richtung Mittenwalde, an der B 101 in Richtung Hohenahlsdorf und an der B 101 in Richtung Welsickendorf. Hier waren durch die eingeleiteten Maßnahmen keine Unfallauffälligkeiten mehr zu verzeichnen. Die Anzahl der Geschwindigkeitsübertretungen war nur noch gering - somit ein großer Erfolg für die Verkehrssicherheit.

Trotz des lang anhaltenden Winters mussten die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen erneut an der stationären Geschwindigkeitsmessanlage in Zossen, Straße der Jugend, festgestellt werden. Hier lagen die Übertretungen mehr als doppelt so hoch wie an der am zweithäufigsten betroffenen Messstelle an der B 96 in Dabendorf.

Die höchste Geschwindigkeit wurde am mobilen Standort in Zossen, Stubenrauchstraße (in Richtung Dabendorf) mit 109 km/h bei zugelassenen 50 km/h gemessen.

Das Jahr 2010 war u. a. geprägt von der ersten technischen Umstellungsphase der rotsensiblen Nassfilmfotografie auf die Digitalfotografie. Da die beiden stationären Kameras den Hauptanteil der Geschwindigkeitsmessaufnahmen ausmachen, erfolgte zuerst hier die Umstellung. Ausfälle hierdurch gab es lediglich aufgrund der Schulung für das neue System an zwei Arbeitstagen. Mit der Umstellung der mobilen Technik wird diese Maßnahme 2011 fortgesetzt.

Die mobilen Kameras konnten - überwiegend witterungsbedingt - an 76 Tagen nicht eingesetzt werden. Seit dem 28.10.2010 ist das „Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24.02.2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen“ in Kraft, wodurch der o. g. Rahmenbeschluss in nationales Recht umgesetzt wurde.

Das Bundesamt für Justiz in Bonn ist als zentrale Behörde für Vollstreckungersuchen aufgrund von Forderungen aus Bußgeldbescheiden aus dem EU-Ausland und aus Deutschland bestimmt worden. Dort können u. a. rechtskräftige Verkehrsordnungswidrigkeiten eingetrieben werden, deren Summe aus Geldbuße, Gebühren und Auslagen mindestens 70 € betragen muss. Mit der Abgabe der Akten an das Bundesamt geht das Verfahren komplett auf die Bundesebene über. Die dort eingekommenen Geldbußen (einschließlich Kosten) stehen bei eingehenden Ersuchen dem Bundesamt bzw. bei einem Einspruch gegen die Vollstreckung dem zuständigen Gericht oder bei ausgehenden Ersuchen dem Staat, der zur Vollstreckung ersucht wird, zu.

4. Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

Wichtigstes Ereignis mit den umfassendsten Auswirkungen auf die Arbeit der Straßenverkehrsbehörde war die Nichtigkeitserklärung der 46. Änderungsverordnung und damit fehlende Wirksamkeit der StVO im Frühjahr. So mussten alle Vorbereitungen darauf abgebrochen und Übergangslösungen gesucht werden, die bei einer späteren „Wiedereinführung“ der StVO nicht mit den neuen Vorschriften kollidieren.

Besonders der Wegfall verschiedener Verkehrszeichen, u. a. auch die Ankündigungen vor Bahnübergängen mit Warnbaken, brachte Verunsicherungen, da die Verwaltungsvorschrift für die Behörden nicht aufgehoben wurde. Viele der durchgeführten Verkehrsschauen, die auch einen Abbau des Schilderwaldes prüfen, konnten deshalb zunächst nur zur Aufnahme künftig wegfallender Verkehrszeichen genutzt werden.

Der Winter 2009/2010 ließ eine Reihe von Baumaßnahmen erst später als ursprünglich geplant beginnen. Dazu kam die Beseitigung von Winterschäden. Viele Straßenbaumaßnahmen überschritten sich zeitlich und örtlich und mussten zwischen den Behörden koordiniert werden. Dies spiegelt sich in den bearbeiteten Anträgen zur Einrichtung von Baustellen auf Straßen wider, deren Zahl sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 22 % erhöhte. Auf der B 96 zwischen Neuhoof und Zossen, B 102 Ortsdurchfahrt Jüterbog, B 115 zwischen Charlottenfelde und Jüterbog und auf der L 792 zwischen Blankenfelde und Mahlow wurden die Maßnahmen weitergeführt. Im kommunalen Bereich war die Fertigstellung der Seebadallee mit Kreisverkehr in Rangsdorf ein besonderer Höhepunkt.

Trotzdem wurden wieder Veranstaltungen kleineren und größeren Umfanges auf öffentlichen Verkehrsflächen erlaubt. Bei einigen Sportevents, wie dem Skoda-Velothon-Radrennen, war das Straßenverkehrsamt zwar „nur“ durch Berlin zu beteiligen gewesen. Es gab hierzu eine intensive Vorarbeit, um den größten Streckenanteil im Land Brandenburg über den Landkreis TF - und noch dazu mit einem Novum der Mitbenutzung der neuen B 101 zwischen Ludwigsfelde und Berlin – verkehrssicher zu gestalten. Dazu mussten die Einschränkungen für die Allgemeinheit so gering wie möglich gehalten und die Erreichbarkeit wichtiger Einrichtungen gesichert bleiben. Ansonsten scheint sich der Landkreis als Ort für Filmaufnahmen größerer Beliebtheit zu erfreuen. In diesem Jahr wurden 30 Anträge bearbeitet.

Im Berichtszeitraum wurden 135 Parkerleichterungen für schwerbehinderte Menschen mit außergewöhnlicher Gebehinderung bundesweit bewilligt. Nach neuer Regelung für besondere Gruppen schwerbehinderter Personen, die neben der Länderregelung für Berlin/Brandenburg nun auch bundesweite Erleichterungen nutzen dürfen, wurden 50 Genehmigungen erteilt. In der Summe sind dies 38 Genehmigungen mehr als im Vorjahr.

Hinsichtlich des Unfallgeschehens wurde eine neue Unfallhäufungsstelle (UHS) eröffnet, und von den insgesamt zu bearbeitenden 17 UHS konnten drei geschlossen werden.

Statistik

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
Fahrzeugbestand gesamt	125.502	127.626
davon		
Kräder	7.652	7.879
Pkw	88.847	90.016
Lkw	8.087	8.229
Zugmaschinen	2.726	2.836
sonstige Kfz	1.172	1.124
Kfz-Anhänger	16.870	17.396
KOM	148	146

2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
Ersterteilung/Erweiterung/Umschreibung von Fahrerlaubnissen (FE)	2.229	1.980
Umstellung auf EU-Führerschein	769	657
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	539	430
Versagung/Verzicht der FE gesamt	519	318
Internationaler Führerschein	347	336
FE zur Fahrgastbeförderung	225	216
FE-Entziehungen gesamt	313	399
davon durch Gericht	217	270
davon durch Fahrerlaubnisbehörde	96	129
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
• Verwarnungen	449	550
• Anordnung Aufbauseminar (ASP)	78	55
• Entzüge	23	11
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
• Anordnung Aufbauseminar (ASF)	151	132
• Verwarnungen	41	39
• Entzüge	15	21
Anträge auf Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	20	22
davon erteilte Ausnahmen	9	16
Verlängerung Fahrerlaubnis (C, CE, D, DE, D1E)	925	959
Ersatz nach Verlust/Diebstahl Führerschein	1.228	1.194
Anordnung von ärztlichen oder medizinisch- psychologischen Gutachten (MPU)	532	500
Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	16	73
Begleitetes Fahren mit 17 Jahren	519	489

Hiervon wurden **646** Anträge auf Ersterteilung, Erweiterung, Verlängerung oder Umschreibung einer Fahrerlaubnis über Ämter und amtsfreien Gemeinde entgegengenommen.

3. Ausgabe der Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung (FpersV)

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
Ausgabe von Fahrerkarten	609	511
Ausgabe von Unternehmerkarten	59	34
Ausgabe von Werkstattkarten	17	18

4. Fahrschulwesen/Fahrschulüberwachung

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	46	46
Anzahl der Fahrlehrer	169 (registrierte), 107 (tätige Fahrerlehrer)	148 (registrierte) 93 (tätige Fahrlehrer)
Anzahl der Seminarleiter ASF/ASP	42	40
Anzahl der überprüften Fahrschulen/ -lehrer/Seminarleiter	23	10
<ul style="list-style-type: none"> • Formalüberwachung • Qualitätskontrolle • Aufbauseminare (ASP/ASF) 	54 16 2	5 4 1

*ASF – Aufbauseminar für Fahranfänger

*ASP – Aufbauseminar für Punktetäter

5. gewerblicher Personenverkehr

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	68	69
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	158	165
Anzahl der Überprüfungen	18	50

6. Anordnung von Fahrtenbuchauflagen

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
Anträge auf Anordnung der Führung eines Fahrtenbuches	144	172

7. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.016	1.837
davon		
- stationär	1.322	1.176
- mobil	529	484
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	165	177
eingeleitete Verwarngeldverfahren	18.346	18.223
davon		
- stationär	13.695	13.584
- mobil	4.459	4.425
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	192	214
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	654	524
davon		
- stationär	501	431
- mobil	153	93
Gesamtanzahl Verfahren	21.016	20.584

8. Mobile Kontrolle in Städten und Gemeinden und im Amt Dahme/Mark

Stadt/Gemeinde/ Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeits- überschreitungen	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Gemeinde Am Mellensee	2	4	22	38	57	189
Stadt Baruth/Mark	4	4	61	59	507	350
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	8	8	64	40*	251	184
Gemeinde Großbeeren	1	1	9	9	19	43
Stadt Jüterbog	5	7	67	71	725	676
Stadt Luckenwalde	4	4	97	76	464	171
Gemeinde Niederer Fläming	4	2	22	16	39	17
Gemeinde Niedergörsdorf	2	2	6**	2**	9	0
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	3	3	82	66	1.092	890
Gemeinde Rangsdorf	4	4	46	58	547	677
Stadt Trebbin	6	7	59	70	244	453
Stadt Zossen	15	14	152*	214*	1.112	1.281
Amt Dahme/Mark	5	5	59	29	75	71

* reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahme

** wird nur bedient bei Ausfall stationärer Anlage Altes Lager

9. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010
Stellungnahmen		
- allgemeine Planvorhaben	176	195
- Straßenbauvorbereitung Landesbetrieb	271	70
Erlaubnisse, Veranstaltungen		
§ 29 StVO	243	190
Beteiligung an kreisübergreifenden Veranstaltungen		22
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse		
§ 46 StVO	536	536
Anordnungen von verkehrslenkenden Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO	1.489	1.823
+ Verlängerungen zu Anordnungen		
+ Ergänzungen zu Anordnungen		
Anträge auf Verkehrsregelung, davon erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelungen gem. § 45 StVO	244	256 173
bearbeitete Anträge zu Lichtzeichenanlagen (LZA) und Fußgängerüberwegen	5	8
Bestand an		
- Kreisverkehrsplätzen	26	27
- Fußgänger-LZA	45	45
- Knotenpunkt-LZA	51	51
- Fußgängerüberwegen	20	20
Verkehrsschauen	4	19

Dezernat II

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Seit 01.01.2010 gibt es wieder ein eigenständiges Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt. Der amtstierärztliche Dienst ist geprägt von den Anforderungen einer modernen Gesellschaft an Nahrungs- und Genussmitteln. Er hat auf dem Gebiet der Tierseuchenbekämpfung erhebliche Bedeutung für die Landwirtschaft und muss beim Tierschutz den ethischen Anforderungen und den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen. Diese spezielle tierärztliche Tätigkeit ist dem Schutz des Verbrauchers vor gesundheitlichen Schäden durch Lebensmittel oder ansteckenden Tierkrankheiten ebenso verpflichtet wie dem Schutz der Gesellschaft vor volks- und marktwirtschaftlichen Schäden durch Tierseuchen. Die Tätigkeitsbereiche Tierseuchenprophylaxe und -bekämpfung, Tierschutz, Tierarzneimittel- und Tierkörperbeseitigungsüberwachung sowie Lebensmittelüberwachung unterliegen sowohl engen nationalen Regelungen als auch umfangreichen Bestimmungen der Europäischen Union.

1. Sachgebiet Veterinärwesen

➤ *Tierseuchen – BVD-Sanierung (Bovine Virusdiarrhoe)*

Mit Inkrafttreten der Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Virusdiarrhoe-Virus (BVDVV) am 01.01.2011 soll die Sanierung der Rinderbestände beschleunigt werden, um diese verlustreiche und handelsrelevante anzeigepflichtige Tierseuche in Deutschland zu eliminieren. Zur Umsetzung der Verordnung wurde im Dezember eine Tierseuchenallgemeinverfügung erlassen, welche die Pflichten der Tierhalter im Rahmen der BVD-Sanierung regelt.

➤ *Tierseuchen – MKS-Übung (Maul- und Klauenseuche)*

Um im Ernstfall für die Bekämpfung gefährlicher Tierseuchen gerüstet zu sein, wurde im Mai eine Tierseuchenübung unter Realbedingungen durchgeführt.

In einem der größten Schafhaltungsbetriebe des Landkreises wurde der Ausbruch der MKS simuliert. Alle Bereiche des Sachgebietes waren in die Übung involviert und hatten in ihrem jeweiligen Tätigkeitsgebiet die Aufgaben umzusetzen, die auch bei einem wahren Ausbruch einer Tierseuche zu erledigen wären. Die 3-Tage-Übung beinhaltete u.a. die Meldung der Tierseuche im Tierseuchennachrichtensystem (TSN), die Erarbeitung einer Allgemeinverfügung sowie einer Tötungsanordnung, die Untersuchung der Tiere und Probenahmen vor Ort, epidemiologische Ermittlungen der Einschleppungsursache und möglicher Verbreitungswege sowie die Erstellung eines Lageberichtes.

➤ *Internationaler Tierhandel – Transportkontrolle:*

Der stetige Anstieg der nach Tierseuchen- und Tierschutzrecht abzufertigenden Tiertransporte war auch im Berichtszeitraum zu registrieren. Neben dem innergemeinschaftlichen Verbringen von Nutztvieh (u. a. Rinder, Schweine, Schafe) nahm vor allem die Abfertigung von Exporten in Drittländer zu. Es wurden insgesamt 86 Rindertransporte, 161 Schweinetransporte und vier Schaftransporte tierseuchenrechtlich

abgefertigt und die Einhaltung der Tierschutzbestimmungen beim Transport überprüft. Weiterhin wurde bei drei Transporten die Einhaltung der 24h-Pause in den Kontrollstellen überwacht.

➤ *Tierschutz*

Nachdem im Jahre 2009 besonderes Augenmerk auf die Durchführung einer tierschutzkonformen Ferkelkastration gelegt wurde, war 2010 die Überprüfung der tierschutzgerechten Durchführung von Eingriffen an Ferkeln (Schwänze kupieren, Eckzähne abschleifen) vorrangig. In diesem Zusammenhang wurden alle großen Schweinehalter auf die Einhaltung der Anzeigepflicht dieser Eingriffe hingewiesen und aufgefordert nachzuweisen, welche Einflussfaktoren angepasst wurden, um eine Verbesserung der Haltungsbedingungen der Tiere zu erreichen.

Weiterhin fanden 105 Kontrollen nach dem Tierschutzgesetz sowie der Tierschutznutztierhaltungsverordnung statt. Es erfolgte die Bearbeitung von 166 Tierschutzanzeigen mit unterschiedlichem Aufwand.

2. Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

➤ *Risikoorientierte Betriebskontrollen*

Durch Lebensmittelkontrolleure und amtliche Tierärzte erfolgten in den 2.311 im Landkreis erfassten Lebensmittel-Betrieben insgesamt 3.312 Kontrollen. Bei etwa einem Drittel der Kontrollen waren Mängel zu verzeichnen, die in der Regel jedoch nicht schwerwiegend waren.

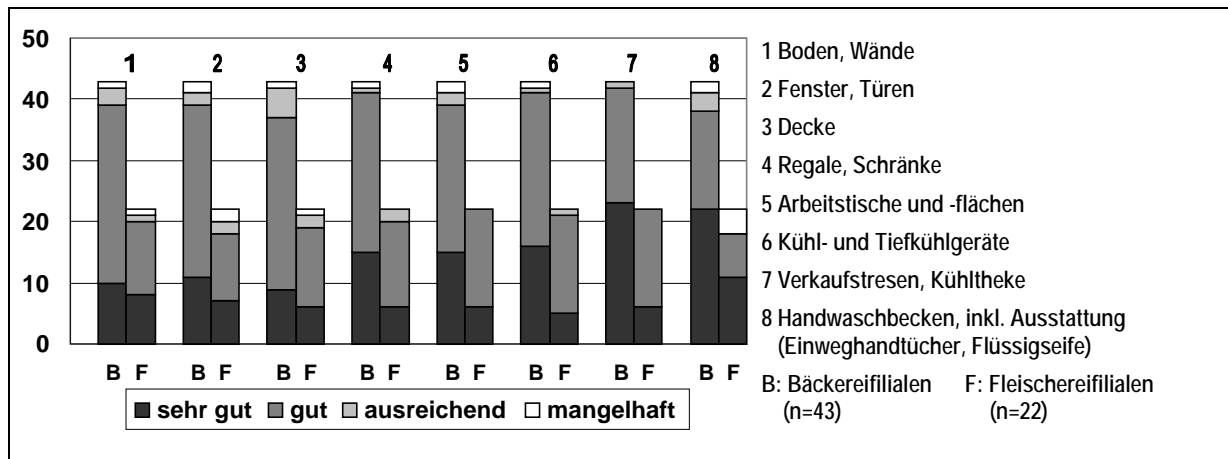
➤ *Proben*

Es wurden 853 Proben (darunter ca. 740 Planproben von Lebensmitteln, Kosmetika oder Wein, ca. 60 Verdachts- und Verfolgsproben) gezogen. In keinem Fall lautete die Beurteilung "gesundheitsschädlich" oder "gesundheitsgefährdend". Als "nicht zum Verzehr geeignet" mussten sieben Proben wegen mikrobiologischer Verunreinigung und zwei Proben wegen anderer Ursachen beurteilt werden. Schwerpunkt der Beanstandungen bei allen untersuchten Proben waren Kennzeichnungsmängel (25 Mal). Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplans wurden durch amtliche Tierärzte in den Schlachtbetrieben 356 Proben zur Untersuchung auf Rückstände von Tierarzneimitteln gezogen, alle waren negativ.

➤ *Fokus 2010: Hygiene beim Verkauf loser Ware*

Die Lebensmittelkontrolleure untersuchten die Hygiene beim Umgang mit und Verkauf von loser Ware genauer. Anlass waren wiederholte Verbraucherbeschwerden, unter anderem darüber, dass vom Verkaufspersonal mit bloßen Händen abwechselnd unverpackte Backware und Geld angefasst wird. Deshalb wurden 43 von 88 im Landkreis angesiedelte Bäckereifilialen und 22 von 51 Fleischereifilialen anhand einer eigens dafür entwickelten Checkliste auf die generelle hygienische Ausstattung und spezielle Vorsichtsmaßnahmen im Umgang mit unverpackter Ware überprüft.

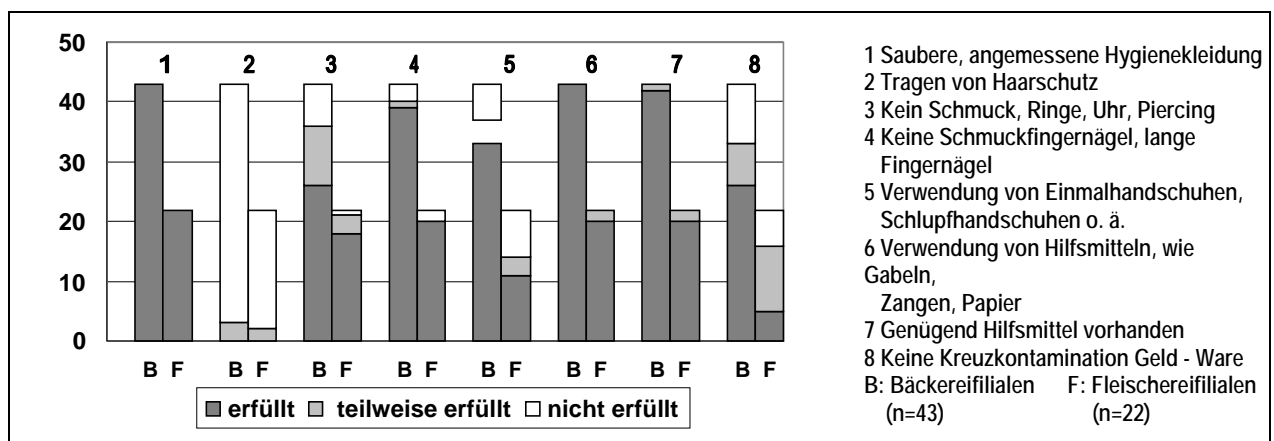
a) *Bauliche Beschaffenheit und technische Ausstattung*



Hier gab es nur einzelne Betriebe mit Mängeln. Im Mittel schnitten die Bäcker etwas besser ab als die Fleischer. Bei Arbeitstischen [5] und Verkaufstresen [7], die direkten Kontakt zu den Lebensmitteln haben, gab es jedoch bei den Fleischern ausschließlich sehr gute bzw. gute Ausstattungen. Bedenklich stimmten Mängel bei den Handwaschbecken [8] bei vier Fleischern und zwei Bäckern.

b) *Personalhygiene*

Erfreulich war, dass in allen überprüften Betrieben im Verkauf angemessene Hygienekleidung [1] getragen wird, allerdings hat sich das Tragen einer Kopfbedeckung (Haarschutz) [2] im Verkaufsbereich so gut wie gar nicht durchgesetzt. Auch auf Schmuck [3] bzw. lange Fingernägel [4] wird nicht immer verzichtet. In (fast) allen Betrieben werden Hilfsmittel für das Handling mit unverpackter Ware verwendet [6], die auch in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen [7]. Dennoch ist eine Kreuzkontamination zwischen Geld und Ware bei einem erheblichen Anteil der Betriebe nicht ausgeschlossen [8].



c) *Fachkenntnis, Personalschulung*

Im Verkauf arbeitet fast ausschließlich Personal mit ausreichender Fachkenntnis. Vorgeschriebene Belehrungen und Hygieneschulungen werden in der Regel jährlich durchgeführt.

d) *Verfahrenshygiene, Eigenkontrollen*

	Bäckereifilialen in % von 43			Fleischereifilialen in % von 22		
	ja	teilw.	nein	ja	teilw.	nein
1 Temperaturprüfung bei Wareneingang (inkl. Dokumentation)	51,2	9,3	39,5	40,9	0,0	59,1
2 Prüfung der Lieferdokumente	95,3	4,7	0,0	90,9	0,0	9,1
3 Hygieneregeln und Anweisungen vorhanden	79,1	7,0	14,0	68,2	13,6	18,2
4 Sachgerechte Lagerung von kühlpflichtiger, loser Ware	93,0	7,0	0,0	90,9	9,1	0,0
5 Sachgerechte Lagerung von kühlpflichtiger, verpackter Ware	97,7	2,3	0,0	95,5	4,5	0,0
6 Sachgerechte Lagerung von Ware im Verkaufsbereich	100,0	0,0	0,0	86,4	13,6	0,0
7 Hygienische Verfahrensweise beim Abwiegen loser Ware	nicht relevant			77,3	22,7	0,0
8 Temperaturprüfung Kühl- und TK-Geräte (inkl. Dokumentation)	97,7	2,3	0,0	95,5	4,5	0,0
9 Sachgemäße, regelmäßige Reinigung (inkl. Dokumentation)	74,4	25,6	0,0	59,1	36,4	4,5
10 Allgemeiner Reinigungsplan vorhanden	74,4	9,3	16,3	63,6	13,6	22,7
11 Schädlingsbekämpfung und Dokumentation der Maßnahmen	32,6	25,6	41,9	27,3	9,1	63,6

An der sachgerechten und hygienischen Lagerung der Lebensmittel [4, 5, 6] gab es in der Regel wenig auszusetzen. Mängel gab es eher bei den Fleischern als bei den Bäckern. Nicht immer hygienisch einwandfrei ging es beim Abwiegen loser Ware [7] beim Fleischer zu: Hier kommt es schon einmal vor, dass zuerst ein Stück rohes Fleisch direkt auf der Waage liegt und danach die Wiener.

Mängel traten immer dann auf, wenn es um die Dokumentation geht, also wenn geschrieben werden muss [1, 3, 10, 11]. Auch die festgestellten Mängel bei der Reinigung [9] lagen in der Regel nicht bei der Reinigung an sich, sondern bei deren Dokumentation. Hier ist durch die Lebensmittelüberwachung noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Dass diese Arbeit sinnvoll ist, zeigen die Ergebnisse für die Prüfung und Dokumentation der Temperaturen in Kühlgeräten [8], auf die seit vielen Jahren bei den Kontrollen Wert gelegt wird. Hier gab es keinen Betrieb, der solche Prüfungen nicht durchführt.

Sozialamt

Seniorenpolitische Leitlinien

Die im Jahr 2008 im Kreistag erstmals verabschiedeten „Seniorenpolitischen Leitlinien“ wurden aktualisiert und vom Kreistag am 28.06.2010 verabschiedet. Mit ihnen soll auf die demografische Entwicklung im Landkreis reagiert werden. In sieben Handlungsfeldern wurde die Ausgangssituation analysiert, Prognosen, Ziele sowie mögliche Maßnahmen und Lösungsansätze genannt.

Die seniorenpolitischen Leitlinien haben den nötigen Rahmen geschaffen und die erforderlichen Handlungsfelder aufgezeigt, um Lebensräume so zu gestalten, dass ältere Menschen ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich, sinnerfüllt und würdevoll führen können.

Die Leitlinien sind speziell auf den Landkreis Teltow-Fläming ausgerichtet und im breiten Dialog entstanden. Großer Wert wurde vor allem auf die Mitwirkung des Kreissenorenbeirates gelegt. Der Landkreis selbst, der Kreissenorenbeirat, die Städte und Gemeinden sowie alle auf sozialem Gebiet tätigen Träger sind bei der Gestaltung einer einheitlichen Qualität der Seniorenpolitik gefragt und gefordert.

Sozialticket

Zum 01.01.2008 wurde im Landkreis ein Sozialticket mit 50 Prozent Ermäßigung auf den Regeltarif des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg befristet für ein Jahr eingeführt und in den Jahren 2009 und 2010 fortgeführt. Es gilt für ausgewählte Buslinien der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF), nicht für Züge der Deutschen Bahn AG und der S-Bahn.

Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder Asylbewerberleistungsgesetz können das Sozialticket nutzen. Die Anspruchsberechtigten erhalten Kundenkarten, die zum Erwerb von Einzelfahrausweisen, Tages- und Wochenkarten berechtigen.

Im Berichtszeitraum wurden 222 Kundenkarten an verschiedene Leistungsbezieher ausgestellt.

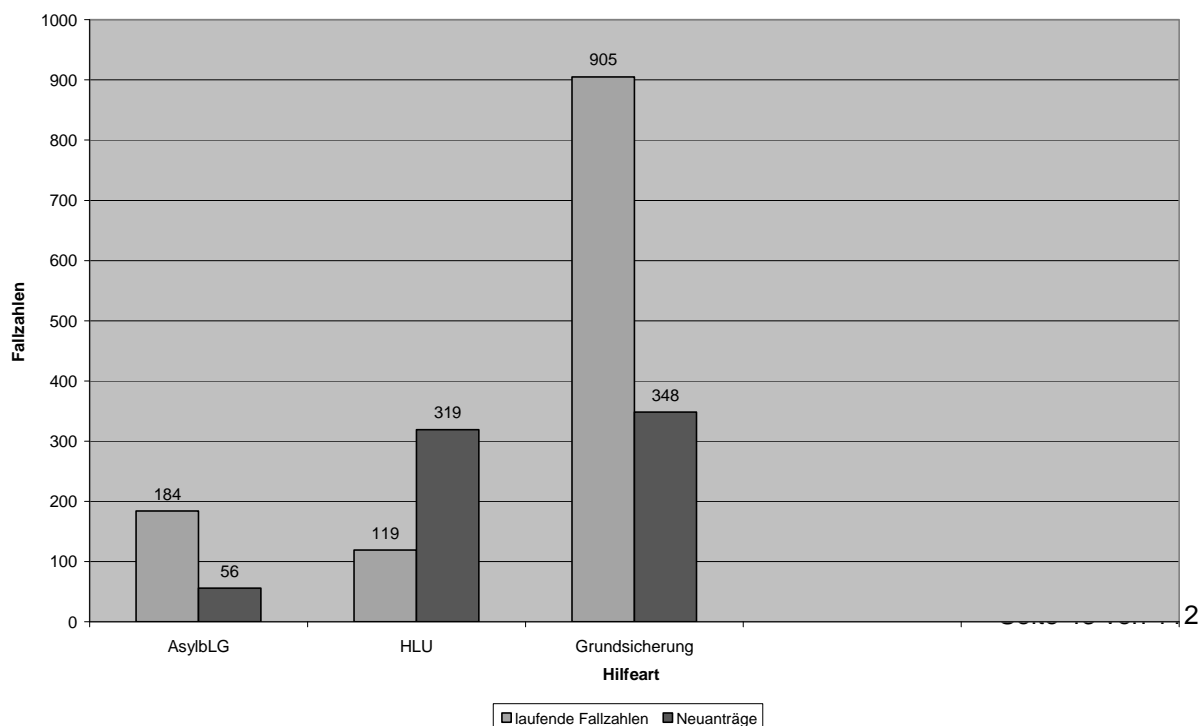
Beschwerdemanagement

Im Sozialamt wurde ein Beschwerdemanagement für Bürger mit Problemlagen vor dem Hintergrund ihres SGB II-Bezuges eingeführt. Das erfolgte mit dem Ziel, bei artikulierter Unzufriedenheit des Kunden systematische Maßnahmen zu ergreifen, um die Zufriedenheit des Beschwerdeführers wieder herzustellen und gefährdete Kundenbeziehungen zwischen dem Jobcenter und Bedürftigen zu stabilisieren. Das Beschwerdemanagement erwies sich als lösungsorientiert und erfolgreich, zumal es die Problemlagen aller Sachgebiete bündelte und durch gezielte Abstimmungen mit den zuständigen Fallmanagern und der entsprechenden Teamleitung des Jobcenters zeitnah dem Bürger auf seine Anfragen antwortete.

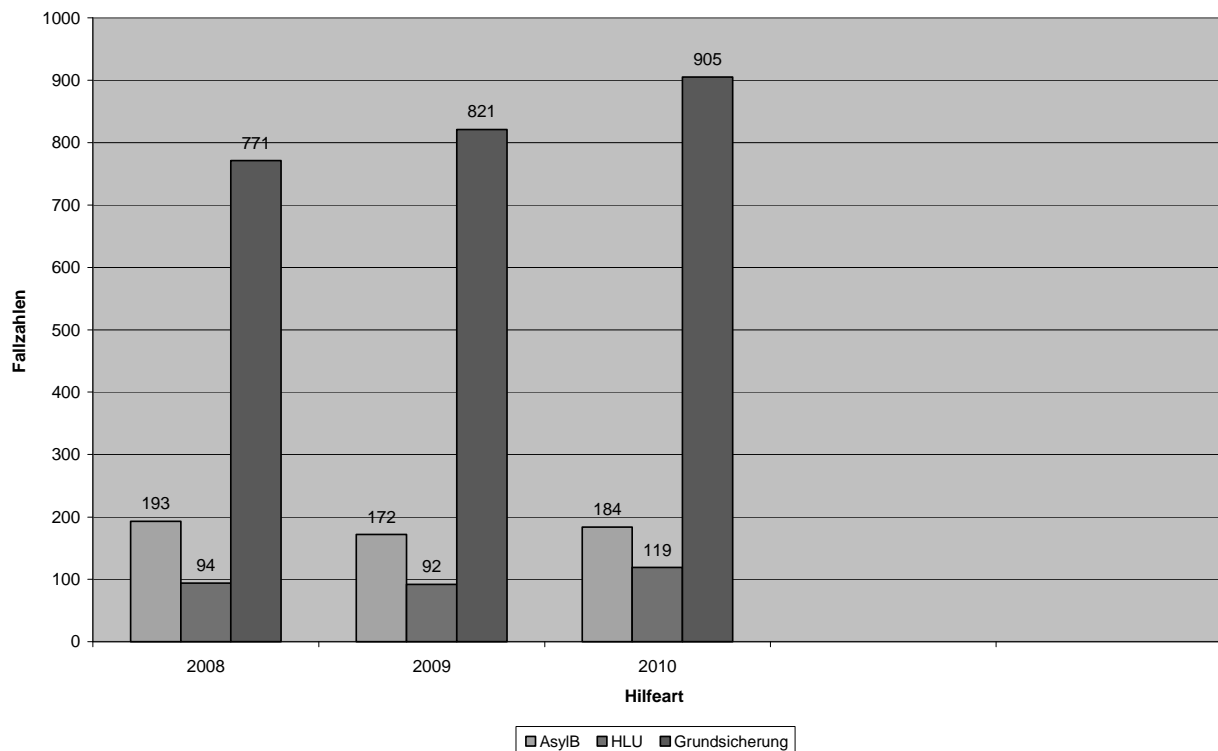
Die Erkenntnisse zeigen, dass erfolgreich gelöste Beschwerden eine stark emotionale Wirkung haben und das Vertrauensgefühl des Bürgers gegenüber dem Jobcenter und dem Landkreis positiv beeinflussen.

1. Sachgebiet Sonstige soziale Leistungen

Fallzahlen der Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen sowie Leistungen nach dem AsylbLG (Ist-Zahlen im Jahr 2010)



Entwicklung der Fallzahlen im Bereich Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen sowie Leistungen nach dem AsylbLG (Zeitraum 2008 bis 2010)



Neben der Bearbeitung der laufenden Hilfen im Sachgebiet ergaben sich zusätzlich folgende Schwerpunkte:

- *Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und Einführung des Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetzes (Bbg AföG)*

Schwerpunkt in diesem Bereich bildete die Einführung des neuen Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetzes (Bbg AföG). Diese neue Leistung ist auf die Förderung von jungen Menschen aus sozial schwachen Familien hinsichtlich der Deckung ihrer ausbildungsspezifischen Bedarfe im Zusammenhang mit dem Erwerb der Hochschulreife ausgerichtet.

Zur Umsetzung der neuen landesgesetzlichen Regelung, die kurzfristig in Kraft trat, waren umfangreiche organisatorische, softwaretechnische und personelle Änderungen notwendig, die noch nicht abschließend umgesetzt werden konnten. Insbesondere die räumliche Trennung der Beratung und Antragsannahme von der Leistungsbearbeitung konnte leider noch nicht realisiert werden, was das notwendige Antragsbearbeitungsverfahren deutlich erschwerte und zu längeren Bearbeitungszeiten führte. Trotzdem ist es gelungen, fast alle Anträge bis zum Jahresende zu bearbeiten.

Fallzahlen und Neuanträge im Jahr 2010:

BAföG	2.301
Neuanträge	654
AfbG	274
Neuanträge	113
Bbg AföG	90

➤ Wohngeld

Insgesamt wurden 3.348 Anträge auf Miet- oder Lastenzuschuss bearbeitet, davon konnten 2.343 bewilligt werden. Das durchschnittliche Wohngeld betrug monatlich 118,09 €. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang der Wohngeldanträge um 23,77 % zu verzeichnen.

Des Weiteren erfolgten 101 unverbindliche Proberechnungen während der Sprechstunden und 107 über das datentechnische Verfahren (diese Zahl ist in der Gesamtzahl der Bearbeitungen enthalten). Zusätzlich wurden 119 Neuentscheidungen im Zusammenhang mit dem Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11.12.2003 zu den Wohngeldanträgen von Heimbewohnern getroffen.

Die Zahl der eingelegten Widersprüche ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken:

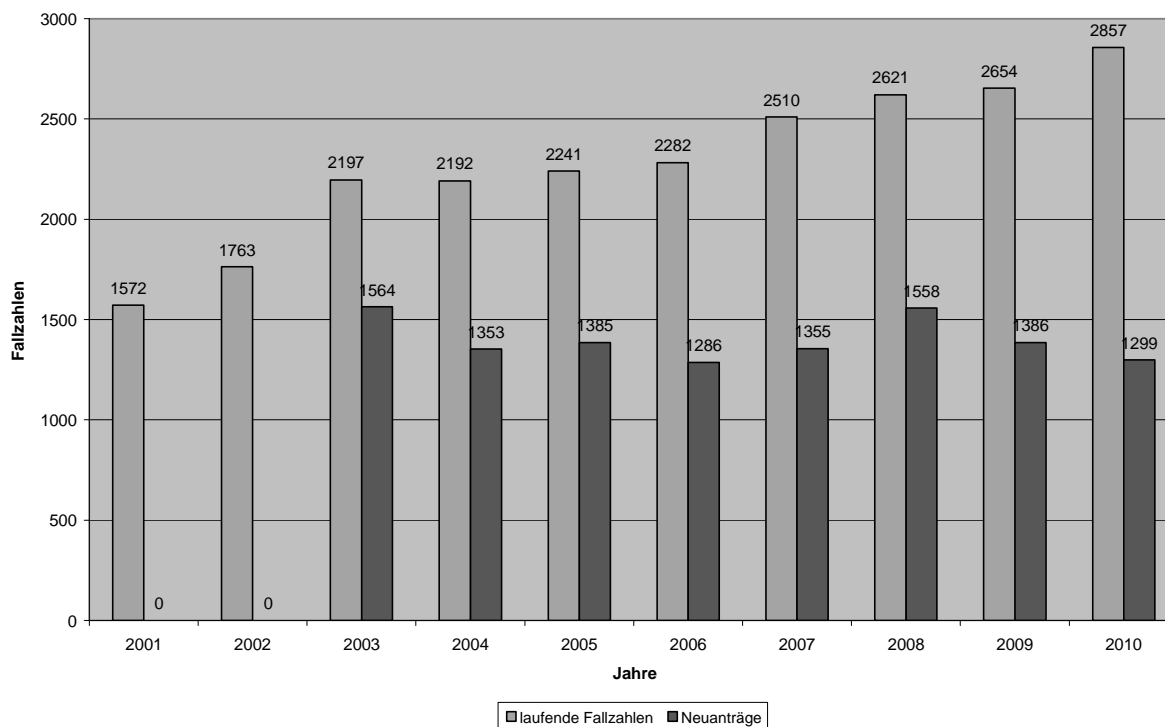
Jahr 2009	81
Jahr 2010	75

Häufigster Grund für einen Widerspruch war auch in diesem Jahr die Ablehnung des Wohngeldes.

2. Sachgebiet Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten

Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfen (Ist-Zahlen im Jahr 2010)

In den Jahren von 2001 bis 2010 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge:



Die Zahl der Neuanträge im Jahr 2010 ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Die Anzahl der Hilfeempfänger, die Leistungen der Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten, ist jedoch um 203 auf insgesamt 2.857 gestiegen.

Neben der Bearbeitung der laufenden Hilfen im Sachgebiet ergaben sich zusätzlich folgende Schwerpunkte:

➤ *Bearbeitung der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII*

77 seelisch behinderte Kinder und Jugendliche erhielten laufende Leistungen der Eingliederungshilfe. Zusätzlich wurden 93 Neuanträge bearbeitet.

➤ *Betreuungsbehörde*

Im diesem Bereich wurde zur Umsetzung der fachlichen Aufgabenwahrnehmung der örtlichen Betreuungsbehörde eine Software zur zentralen Stammdaten-, Akten- und Dokumentenverwaltung sowie für statistische Auswertungen eingeführt. Die Zahl der Betreuungsverfahren ist von 1.303 im Jahr 2009 auf 1.525 im Berichtszeitraum gestiegen. Durch die Wiederholungsverfahren ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Betreuungsverfahren weiter ansteigen werden. Im Landkreis standen somit insgesamt 2.683 Menschen im Jahr 2009 und 2.829 Menschen im Jahr 2010 unter gesetzlicher Betreuung.

➤ *Bereich Grundsicherung für Arbeitsuchende*

Zur einheitlichen Umsetzung des SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – wurde im Landkreis eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gegründet. Diese ist an den Standorten Luckenwalde und Zossen präsent.

Nach den §§ 16, 22 und 23 SGB II ist der Landkreis zuständig für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, die Kinderbetreuung, die Schuldner- und Suchtberatung, die psychosoziale Betreuung und die Übernahme von Leistungen für die Erstausrüstung für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt, Erstausrüstung für Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten sowie Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten.

Zur Umsetzung dieser Aufgaben wurde im Haushalt ein Ansatz von 28 Mio. Euro eingestellt. Die tatsächlichen Ausgaben beliefen sich auf 27.526.885,85 €.

Der Bund beteiligte sich an den Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 23,0 %. Zur Sicherstellung der Finanzierung erhöht sich der Anteil des Landkreises an der Finanzierung für alle ALG-II-Bezieher auf nunmehr 77,0 %.

➤ *Wohnraumberatung im Rahmen des Projektes Kommunalkombi*

Im Landkreis wurde im Januar am Standort Luckenwalde eine Wohnraumberatungsstelle eingerichtet und mit zwei Kolleginnen besetzt. Den Mitarbeiterinnen gelang damit der Sprung aus dem SGB-II-Bezug in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit.

Grundlage der Beratungstätigkeit ist die 2. Handlungsanweisung des Landkreises TF zu den Unterkunfts-kosten nach § 22 SGB II. Die Maßnahme dient der Unterstützung von Leistungsbeziehern bei erforderlichem Wohnungswechsel, Zwangsäumung und Trennung oder in sozialen Notfällen. Die Finanzierung erfolgt über das Projekt Kommunalkombi aus dem Eingliederungsbudget des Jobcenters und Mitteln des Landkreises und ist auf drei Jahre befristet.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten besteht in der Erhebung von aktuellen Daten zu angemessenem und freiem Wohnraum im Kreisgebiet. Weiterhin werden monatlich die Preise für alle Brennstoffe neu ermittelt. Die erfassten Daten werden den Leistungsträgern zeitnah zur Verfügung gestellt.

Die Wohnraumberaterinnen stehen täglich im Rahmen der Sprechzeiten allen Bürgern und Bürgerinnen als Ansprechpartner zur Verfügung.

➤ *Widerspruchs- und Klageverfahren*

Im Sozialamt waren insgesamt 380 Widerspruchsverfahren und 67 Klageverfahren zu bewältigen, davon 49 am Sozialgericht und 18 am Verwaltungsgericht. Hierbei ist festzustellen, dass seitens der Antragsteller und Hilfeempfänger, aber auch der Leistungsträger immer häufiger versucht wird die einzelnen Begehren auch im gerichtlichen Wege durchzusetzen.

Gesundheitsamt

Ziel der Arbeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (Untere Gesundheitsbehörde) ist es, durch fachliche Beratung und Information auf gesunde und gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse und gleiche Gesundheitschancen für alle Bürger hinzuwirken.

Bericht des Gesundheitsamtes des Landkreises Teltow-Fläming

Um über die aktuelle gesundheitliche Situation der Einwohner des Landkreises zu informieren, wurde vom Gesundheitsamt ein Bericht erstellt. Dieser Bericht konnte der Öffentlichkeit im November nach umfangreichem Sammeln und Auswerten von Daten und Fakten, die zum größten Teil durch das Gesundheitsamt erhoben wurden, zur Verfügung gestellt werden. Er besteht aus einem Teil I mit Analysen und Bewertungen und einem Teil II mit einer Dokumentation der statistischen Gesundheitsdaten. Anschauliche Diagramme und viele Tabellen erlauben einen raschen und informativen Überblick zu demografischen Daten und Fakten zur ambulanten und stationären medizinischen Versorgung im Landkreis Teltow-Fläming. Berichtszeitraum ist das Jahr 2009.

Der Gesundheitsbericht, der einen Umfang von ca. 270 Seiten hat, soll die Verwaltung, Kommunalpolitiker, Ärzte, Fachleute und interessierte Bürger über die gesundheitliche Situation der Einwohner des Landkreises informieren. Kurze Berichte der einzelnen Sachgebiete des Gesundheitsamtes bilden den Kern des Berichts. Dabei werden auch die vielfältigen Aufgaben des Gesundheitsamtes beleuchtet.

Der Gesundheitsbericht kann im Gesundheitsamt und auf den Internetseiten unter www.teltow-flaeming.de eingesehen werden.

Wegweiser „Gesundheit und Soziales“

Ein sehr zeitaufwendiges Projekt der Gesundheitsberichterstattung war die Überarbeitung des Wegweisers „Gesundheit und Soziales“. Dieser wurde zum vierten Mal überarbeitet und im Mai der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Er soll dazu beitragen, dass die Informationen über Beratungs- und Aufklärungsangebote vor allem diejenigen erreicht, die auf Hilfe angewiesen sind oder - aus welchem Grund auch immer - Unterstützung benötigen.

Der Wegweiser „Gesundheit und Soziales“ ist in erster Linie eine Orientierungshilfe. Darüber hinaus wendet er sich an Mitarbeiter in Ämtern und Behörden, Mediziner, Wohlfahrtsverbände und ehrenamtlich Tätige, die an der psychosozialen Betreuung von Menschen beteiligt sind. Ihnen allen soll er Unterstützung bei ihrer täglichen Arbeit bieten.

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Medien (Abrufen des Wegweisers im Internet) kann dieser Wegweiser stetig aktualisiert werden. Da sich aufgrund der Vielfalt der Angebote schnell Änderungen ergeben, wurde der Wegweiser bereits im September im Internet aktualisiert.

Projekt zwischen dem ASB-Übergangwohnheim und dem Gesundheitsamt

Seit Anfang des Jahres 2009 besteht eine Kooperation zwischen dem ASB-Übergangwohnheim Luckenwalde und dem Gesundheitsamt.

Für Flüchtlinge wurden ab Juni 2009 eine regelmäßige Impfberatung und Schutzimpfungen angeboten. Impfungen zählen zu den wichtigsten und effektivsten präventiven Maßnahmen. Insbesondere Flüchtlinge haben bisher entweder keine Impfungen in ihrem Leben erhalten oder verfügen über einen nur unzureichenden Impfschutz. Mit dem Präventionsangebot wird das Ziel verfolgt, Flüchtlingen Aufklärung und Impfungen zum Schutz vor Infektionskrankheiten anzubieten sowie Vorbehalte gegen Impfungen abzubauen.

Von 151 erwachsenen Bewohnern des Übergangwohnheimes wurden 27 Personen im Berichtszeitraum beraten und geimpft sowie Impfausweise ausgestellt. Es wurden 80 Impfungen (u. a. Mehrfachimpfungen) durchgeführt. Weil 61 % der Impflinge bisher in ihrem Leben keine Impfung erhalten hatten, erfolgte die Grundimmunisierung gegen Tetanus, Diphtherie, Poliomyelitis und Pertussis.

Sowohl wissenschaftliche Untersuchungen als auch Erfahrungen des Gesundheitsamtes mit den Bewohnern im Übergangwohnheim zeigen, dass in dieser Bevölkerungsgruppe eine höhere Prävalenz an psychischen Störungen und Erkrankungen auftritt.¹ Auch deshalb wurde einmal monatlich eine Sprechstunde des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes im ASB-Übergangwohnheim (Asylbewerberheim) Luckenwalde durchgeführt. Es fanden dort zehn Sprechstunden statt, die ein Gesprächsangebot für Bewohner des Hauses beinhalteten und die Möglichkeit zu Fallbesprechungen für die dort beschäftigten Mitarbeiter.

Des Weiteren nahmen Bewohner des Übergangwohnheimes andere Beratungsangebote des Gesundheitsamtes (HIV/AIDS-Beratung, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst) wahr.

¹ Psychologische Forschungs- und Modellambulanz für Flüchtlinge, Prävalenz der Posttraumatischen Belastungsstörung und Möglichkeiten der Ermittlung in der Asylverfahrenspraxis, Koblenz 2005

Fachtag „Kinder psychisch kranker Eltern - Gemeinsame Ressourcen stärken“

Am 3. November fand mit mehr als 200 Gästen im Kreishaus der Fachtag „Kinder psychisch kranker Eltern - Gemeinsame Ressourcen stärken“ statt. Dieser wurde von den Arbeitskreisen Kinder und Jugendliche der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften der Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald organisiert.

Der Weiterbildungsbedarf von Fachleuten aus den Bereichen Jugendhilfe und Psychiatrie ist enorm hoch. Auch Erzieher und Lehrkräfte, Familien- und Vormundschaftsrichter wissen noch zu wenig über die Situation dieser Kinder und Unterstützungsmöglichkeiten. Ziel des professions- und landkreisübergreifenden Fachtages war es, auf die Bedürfnisse von Kindern psychisch erkrankter Eltern aufmerksam zu machen. Die angebotenen Fachvorträge beinhalteten zum einen die Darstellung der Folgen von psychischen Erkrankungen der Eltern in Bezug auf die psychische Gesundheit von Kindern und rückten mögliche Einschränkungen der Erziehungsfähigkeit dieser Eltern ins Blickfeld. Andererseits wurde über verschiedene Hilfsangebote berichtet, die für psychisch kranke Eltern zur Verfügung stehen und die diese mit ihren Kindern nutzen können.

Die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Teltow-Fläming

Die wichtigste Aufgabe der PSAG ist der Erhalt und die strukturelle Weiterentwicklung der psychosozialen Versorgungslandschaft im Landkreis. Im Rahmen der Arbeitskreise der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft wurden vorhandene Versorgungsstrukturen diskutiert und dadurch auf Missstände aufmerksam gemacht. Die vorhandenen Strukturen zu erhalten, bleibt jedoch weiterhin wichtigste Aufgabe.

Der Arbeitskreis Erwachsenenpsychiatrie beschäftigte sich mit den Konsequenzen nach Inkrafttreten des Brandenburgischen Pflege- und Betreuungswohngesetzes - BbgPBWoG. Weiterhin war und ist ein häufig diskutiertes Thema, die Beschäftigungsmöglichkeiten von psychisch kranken Menschen in der Region.

Der Arbeitskreis Sucht der PSAG beschäftigte sich ebenfalls mit Gesetzesänderungen und deren Auswirkungen auf die Versorgung von Suchtkranken, wie auch mit dem Thema Beschäftigungsmöglichkeiten für suchtkranke Menschen als Therapieform. Vor allem für die Klientel der jungen Erwachsenen mit Doppeldiagnosen, welches in der Anzahl stetig zunimmt, besteht hinsichtlich Angeboten im Landkreis Nachholbedarf.

Der Arbeitskreis Kinder und Jugendliche stellte das Thema Kinder psychisch kranker Eltern in den Mittelpunkt.

Gesundheitsförderung

Dem Gesundheitsamt obliegt die Koordination der Gesundheitsförderung im Landkreis. Die Gesundheitsförderung zielt darauf, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen.

Angelehnt an die Gesundheitsziele des Landes Brandenburg setzt der Landkreis die Schwerpunkte auf die HIV/AIDS-Prävention, Suchtprävention, gesunde Ernährung und Lärmprävention für Risikogruppen - insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Eine zentrale Veranstaltung zur HIV/AIDS-Prävention fand vom 27.09. - 01.10.2010 in der Förderschule J.-H. Pestalozzi in Luckenwalde mit Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr mit Unterstützung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) und Partnern aus den Bereichen Jugend und Bildung des Landkreises statt.

1. Sachgebiet Hygiene

➤ *Infektionsschutz*

Im Berichtszeitraum wurden dem Gesundheitsamt insgesamt 81 Häufungen von Infektionskrankheiten mit insgesamt 1.210 erkrankten Personen gemeldet. In den meisten Fällen handelte es sich um Häufungen von akuten Magen-Darm-Erkrankungen, bei denen überwiegend virale Krankheitserreger (Norovirus, Rotavirus, etc.) bei den erkrankten Patienten nachgewiesen oder aufgrund des klinischen Verlaufes vermutet wurden.

➤ *Überwachung der Wasserqualität von Badebecken*

Das Gesundheitsamt überwacht zwei Hallenbäder, fünf Freibäder sowie acht sonstige Schwimm- und Badebecken in öffentlichen Einrichtungen. Bei fünf Beckenwasserproben war die Qualität des Badewassers mikrobiologisch zu beanstanden. Zur Abhilfe wurden entsprechende Sofortmaßnahmen (Hochchlorungen oder Wasserwechsel mit Desinfektion des Badebeckens vor Neubefüllung) ergriffen. Insgesamt kann die Qualität des Wassers in den Badebecken als gut bis sehr gut eingeschätzt werden.

➤ *Überwachung der Wasserqualität von Badegewässern*

Im Landkreis gibt es 15 Badegewässer mit insgesamt 19 amtlich ausgewiesenen Badestellen. Die durchgeführten mikrobiologischen Laboranalysen ergaben insgesamt zufriedenstellende Befunde. Badeverbote mussten zu keinem Zeitpunkt ausgesprochen werden. Warnhinweise waren lediglich am Siethener See erforderlich: Dort hatten einige Bürger nach dem Baden über unangenehme Hautreaktionen geklagt („Badedermatitis“).

Wie in jedem Jahr fand im Foyer der Kreisverwaltung in Luckenwalde während der Badesaison eine Ausstellung statt, auf der sich interessierte Bürgerinnen und Bürger ausführlich über die aufgeführten Badestellen informieren konnten. Die Qualität der Badewässer war im Berichtszeitraum sehr gut.

➤ *Überwachung der Qualität des Trinkwassers*

Das Gesundheitsamt kontrolliert die Trinkwasserqualität von Wasserwerken („zentralen Trinkwasseranlagen“), Brunnen („Eigenwasserversorgungsanlagen“) sowie Trinkwasserhausinstallationen, aus denen Wasser an die Öffentlichkeit abgegeben wird.

Das Wasser der 27 Wasserwerke des Landkreises entsprach den Qualitätsanforderungen der Trinkwasser-Verordnung. Lediglich bei den Indikatorparametern „Koloniezahl 20/22 °C“, „Koloniezahl 36 °C“ und „Mangan“ wurden die Grenzwerte bei vier Analysen kurzfristig überschritten. Zu keiner Zeit bestand jedoch eine gesundheitliche Gefährdung für die Verbraucher.

Die Trinkwasserversorgungsgebiete im Landkreis haben sich mit Stilllegung von zwei Wasserwerken (WW) verändert: Das WW Danna (WAZ Jüterbog) wurde zum 19.08.2010 außer Betrieb genommen. Die Versorgung der betroffenen Ortsteile erfolgt jetzt durch das WW Feldheim im Landkreis Potsdam Mittelmark. Das WW Schöna-Kolpien (HWAZ Herzberg) wurde zum 19.05.2010 abgelöst. Hier erfolgt die Trinkwasserlieferung über das WW Wiepersdorf (Landkreis Elbe-Elster).

2. Sachgebiet Amtsärztlicher und Sozialmedizinischer Dienst

Die Anzahl der Beratungen für chronisch kranke und behinderte Menschen hat im Vergleich zum Vorjahr gering zugenommen (von 486 auf 538 Beratungen). Beratungsschwerpunkte lagen im Schwerbehindertenrecht, Hilfestellungen bei Anträgen (Grundsicherung), Hilfsmittel, Wohnungsveränderungen und Selbsthilfegruppentätigkeiten. Der Trend zu Einzelhaushalten ist nach wie vor sichtbar und damit geht ein erhöhter externer Hilfebedarf bei der Pflege und häuslichen Versorgung einher. Auffällig ist die Zunahme der Beratungen mit psychosozialen Inhalten.

Im Berichtszeitraum fanden neben verschiedenen Aktionstagen (Darmkrebsmonat, Hospiztag, Welt-AIDS-Tag) elf Präventionsveranstaltungen zum Thema „AIDS, Liebe und Sexualität“ in verschiedenen Schulen statt.

Es wurden im Rahmen der Reise-Impfberatung 49 Beratungen und 301 Impfungen durchgeführt. Dabei standen die Impfung gegen Hepatitis A u. B, Hepatitis A, Typhus und Gelbfieber an vorderster Stelle.

➤ *Pflegestützpunkt*

Im Landkreis leben rund 5.000 Pflegebedürftige. Drei Viertel der Betroffenen werden dabei zu Hause betreut, knapp ein Viertel in Heimen.

Das am 01.07.2008 in Kraft getretene Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz - PFWG) sieht gemäß § 92 c Sozialgesetzbuch XI die Einrichtung von Pflegestützpunkten in der gemeinsamen Trägerschaft der Pflege- und Krankenkassen sowie der nach Landesrecht zu bestimmenden Stellen für die wohnortnahe Betreuung im Rahmen der örtlichen Altenhilfe und für die Gewährung der Hilfe zur Pflege nach Sozialgesetzbuch XII vor. Die Pflegeberatung soll gemäß § 7a Sozialgesetzbuch XI in Pflegestützpunkten angesiedelt werden.

Seit dem 08.02.2010 wird die Sozial- und Pflegeberatung in der Kreisverwaltung im Gesundheitsamt angeboten. Seitdem wurden 879 Beratungen durchgeführt (497 Pflege- und 382 Sozialberatungen). Darunter waren 802 telefonische und persönliche Beratungen in den Räumen des Pflegestützpunktes und 77 Hausbesuche. Durch die Gegebenheiten des Landkreises (Flächenlandkreis) nehmen die Hausbesuche stetig zu.

Mit der Eröffnung des Pflegestützpunktes steht dem Bürger eine Anlaufstelle für alle Belange bei Pflegebedürftigkeit zur Verfügung. Hier erhält er umfassende Informationen und Hilfen rund um das Thema Pflege, um Pflegebedürftigen jeden Alters eine Wohn-, Lebens- und Betreuungsform anzubieten, die ihren persönlichen Bedürfnissen entspricht.

3. Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD)

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst untersuchte im Schuljahr 2009/2010 gemäß der Pflichtaufgabe (ÖGD-Gesetz 2008, § 6) 1.612 Kinder in Kindertagesstätten, in Tagespflege und sogenannte „Hauskinder“. Dabei wurden 959 Kinder im Alter zwischen dem 30. und 42. Lebensmonat sowie 653 Kinder, die im Rahmen des sogenannten „Betreuungscontrollings“ gesehen wurden, untersucht.

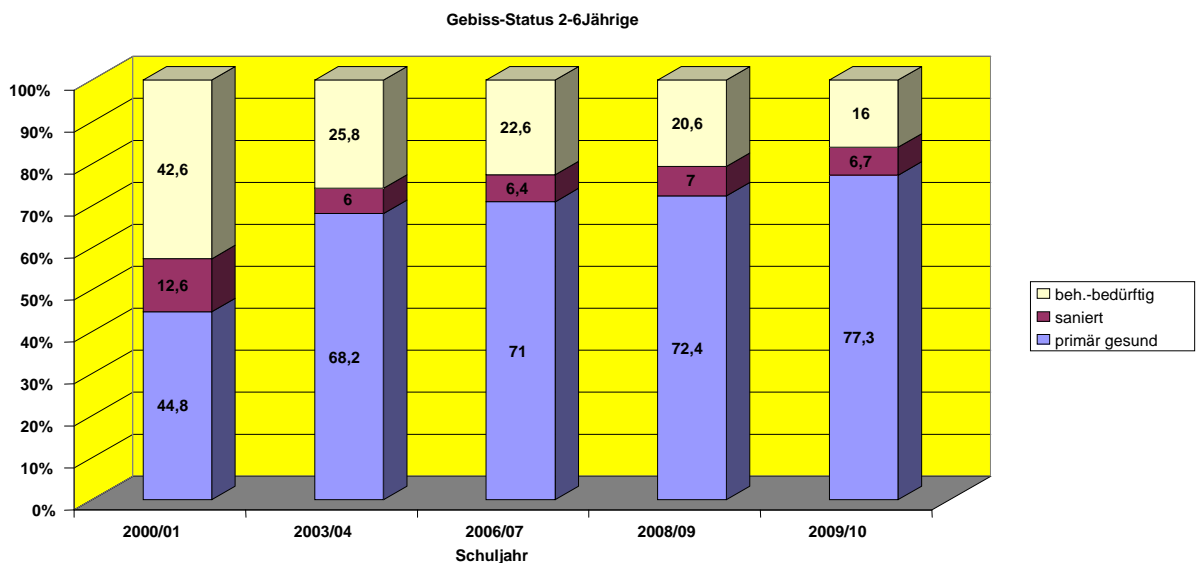
Im Berichtszeitraum wurden 1.473 Schulanfänger untersucht. Für 133 Kinder (9,03 %) wurde durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst eine Rückstellungsempfehlung ausgesprochen (Schuljahr 2008/2009: 8,10 %). Darüber hinaus wurden entsprechend dem Gesetz 617 Schulabgänger sowie 352 Schüler der 6. Klassen untersucht.

Nach § 7 Abs. 4 Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz sind die Gesundheitsämter der Landkreise aufgefordert, geeignete und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um auf eine erhöhte Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen der niedergelassen Kinderärzte hinzuwirken (Einladungs-, Rückmelde- und Erinnerungswesen). Der KJGD bearbeitete deshalb im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 1.537 Meldungen des Landesgesundheitsamtes zu nicht erfolgten Rückmeldungen der Kinderärzte.

4. Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen wurden im Schuljahr 2009/10 im Landkreis 11.292 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren und 30 geistig und körperlich behinderte ältere Menschen in Kindergärten, Schulen und Heimen untersucht. Die Untersuchungen umfassten neben Maßnahmen zur Verbesserung des Mundhygieneverhaltens und der Zahnschmelzhärtung mittels lokaler Fluoridierung (die zu einer 30 bis 60%igen Kariesreduktion führt) auch Ernährungsberatung, Motivation zum regelmäßigen Zahnarztbesuch sowie die Durchführung von Multiplikatorenschulungen und Elternabenden.

Einen 2. Prophylaxeimpuls erhielten 1.689 Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko. Bezogen auf die Altersgruppe 2 bis 6 Jahre konnte folgende Entwicklung beobachtet werden: Über 77 % der KITA-Kinder wiesen naturgesunde Gebisse auf. Dieser Wert stieg gering, aber seit 2002 stetig an. Die Kinder dieser Altersgruppe kommen noch nicht in den Genuss von Prophylaxemaßnahmen in der Zahnarztpraxis.



Neben der Verfügbarkeit von zahnschmelzhärtenden Fluoriden (Zahnpasten, fluoridiertes Kochsalz) haben die im § 21 Sozialgesetzbuch V verfügbaren gruppenprophylaktischen Maßnahmen, die kontinuierlich und flächendeckend gemäß Gesetzauftrag vom Zahnärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes durchgeführt werden, diese positive Entwicklung maßgeblich mitbestimmt. Jedoch ist trotz dieser erfreulichen Entwicklung die Sanierungsleistung bei den KITA-Kindern weiterhin zu verbessern. Erkrankte Zähne sind sowohl aus kieferorthopädischer Sicht problematisch als auch hinsichtlich der Prävention, da unversorgte kariöse Läsionen Biotope für kariogene Keime bilden und damit die gesunden Milchzähne und die durchbrechenden bleibenden Zähne gefährden. Hinzu kommen Beschwerden, ein sich verschlechternder Allgemeinzustand (höhere Infektanfälligkeit), Schwierigkeiten beim Essen und bei der Sprachentwicklung sowie ein geringeres psychisches Wohlbefinden.

Eine prophylaktische Betreuung der 0- bis 6-Jährigen, die keine Kindereinrichtung besuchen, ist nur in den Fällen möglich, in denen die Eltern von sich aus den Zahnärztlichen Dienst aufsuchen.

In der Altersgruppe der 12-Jährigen hat sich der Trend des Kariesrückganges über die Jahre kontinuierlich fortgesetzt. Neben der genannten Fluoridverfügbarkeit haben diese Kinder die Möglichkeit, individualprophylaktische Maßnahmen in der Zahnarztpraxis in Anspruch zu nehmen, wobei Individualprophylaxe nur die Kinder erreicht, die eine Praxis aufsuchen.

Hinzu kommt, dass diese Altersgruppe inzwischen 10 Jahre regelmäßig in den Kindereinrichtungen durch den Zahnärztlichen Dienst gruppenprophylaktisch betreut wird. Diese Maßnahmen, die in Einrichtungen mit überdurchschnittlich hohem Kariesaufkommen durch eine lokale Fluoridierung ergänzt werden, bestimmen diese positive Entwicklung maßgeblich mit.

Wissenschaftlich nachgewiesen ist die eindeutige Beziehung zwischen Sozialstatus und Zahngesundheit. Nachweislich sucht ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen aus den sozial schwächeren Schichten die Zahnarztpraxis nicht oder nur in Schmerzsituationen auf. Diese sozialen Unterschiede bezüglich der Zahngesundheit können nur durch aufsuchende Betreuung, d. h. Untersuchung und Gruppenprophylaxe, gemildert werden.

5. Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst

Das Gesundheitsamt hat die Aufgabe der Beratung und Betreuung von psychisch kranken, seelisch und geistig behinderten Menschen, abhängigkeitskranken und -gefährdeten Menschen sowie deren Angehöriger. Diese Aufgabe wird durch den Sozialpsychiatrischen Dienst wahrgenommen. Die Aufgaben sind im Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetz und im Brandenburgischen Psychisch-Krankengesetz (BbgPsychKG) formuliert. Ziel ist, psychische Erkrankungen und seelische Behinderungen von Menschen zu verhindern, krankheitsbedingten Beschwerden entgegenzuwirken und eine berufliche und soziale Wiedereingliederung zu ermöglichen.

Im Berichtszeitraum beriet der Sozialpsychiatrische Dienst 520 suchtkranke Menschen in 4.205 Kontakten. 524 Klienten mit psychischen Erkrankungen kontaktierten den Sozialpsychiatrischen Dienst 4.467 Mal.

Ein Arbeitsschwerpunkt des Sozialpsychiatrischen Dienstes bestand in der Vernetzung und Koordination verschiedener Helfersysteme und Kooperationspartner, um die Versorgung von psychisch kranken und suchtkranken Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu optimieren.

Um eine möglichst optimale Versorgung von arbeitslosen Hilfeempfängern mit komplexen Problemlagen zu erreichen, erfolgten regelmäßige Arbeitsberatungen mit der ARGE Teltow-Fläming. Ergebnis dieser Gespräche war die Planung und Durchführung einer Arbeitsberatung, zu der vom Gesundheitsamt und der Arbeitsgemeinschaft Teltow-Fläming alle Fachämter eingeladen wurden, die gemäß § 16a SGB II kommunale Eingliederungsleistungen erbringen. Ziel sollte es sein, zur besseren Vernetzung der Hilfeleistungen und um eine berufliche Wiedereingliederung von arbeitslosen Hilfeempfängern zu erreichen, Leitlinien zu entwickeln, die eine umfassende und ganzheitliche Betreuung sicherstellen.

Der Sozialpsychiatrische Dienst erbringt darüber hinaus für erwerbsfähige Hilfebedürftige kommunale Eingliederungsleistungen gemäß § 16a Sozialgesetzbuch II. Hierbei handelt es sich um die Suchtberatung und die psychosoziale Betreuung.

Im Berichtszeitraum betreute das Sachgebiet 105 Klienten mit Suchterkrankungen und 51 erwerbsfähige Hilfebedürftige mit psychosozialen Problemen.

Der Sozialpsychiatrische Dienst wurde 123 Mal tätig zur Prüfung der Notwendigkeit der öffentlich-rechtlichen Unterbringung bei psychisch kranken und seelisch behinderten Menschen im Rahmen des BbgPsychKG. Dabei wurden elf Personen aufgrund von Eigen- oder Fremdgefährdung im Rahmen ihres krankheitsbedingten Verhaltens nach § 12 BbgPsychKG einstweilig in einer Fachklinik untergebracht.

Archiv

Entsprechend dem gemeinsamen Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie des Ministeriums des Innern vom 22.11.1993 erfolgt seit 1994 im Gesundheitsamt die Aufbewahrung von Patientenunterlagen aus ehemaligen staatlichen Gesundheitseinrichtungen der DDR (z. B. Polikliniken, Betriebsambulatorien) der Altkreise Zossen, Luckenwalde und Jüterbog.

Die Patientenunterlagen, die unter die Bestimmungen des o. g. Runderlasses fallen, sind 30 Jahre aufzubewahren.

Es erfolgte die Bearbeitung von 100 Anforderungen von Patientenunterlagen, deren Herausgabe durch Institutionen, Ärzte und Privatpersonen beantragt wurden. Es wurden 22.401 Patientenakten computermäßig erfasst und 39.372 Patientenunterlagen nach Ablauf ihrer Aufbewahrungsfrist vernichtet.

Dezernat III

Ordnungsamt

1. Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

- *Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildet nach wie vor die Anleitung und Unterstützung dieser Behörden unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses.

Im August wurde eine Beratung zur Einführung des neuen Personalausweises mit den zuständigen Leitern und Mitarbeitern des Melde-, Pass- und Ausweiswesens der örtlichen Behörden durchgeführt.

12 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden durch Bürger über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden waren teilweise vor Ort zu prüfen. Es erfolgte eine Auswertung mit den Ordnungsamtsleitern.

Sechs Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der Städte und Gemeinden wurden abschließend bearbeitet. Zwei befinden sich noch in Bearbeitung.

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf beantragte in diesem Jahr die Durchführung von 13 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Schulpflichtverletzungen. Davon wurden unter Einbeziehung des Jugendamtes sieben Verfahren mit Bußgeldbescheiden abgeschlossen. Ein Verfahren wurde eingestellt, ein Antrag zurückgenommen und vier befinden sich noch in Bearbeitung.

360 Bußgeldverfahren nach dem SGB XI im Bereich der Pflegepflichtverletzung mussten durchgeführt werden.

193 Stellungnahmen waren anzufertigen, davon zum Beispiel

- 156 Stellungnahmen nach Baugesetzbuch (BauGB)
- 14 Stellungnahmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- 10 Stellungnahmen für die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE)
- 6 Stellungnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz

- *Gräberangelegenheiten*

Der Bund stellte erneut Pauschalgeber in Höhe von 145.600 € für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber, die sich im Landkreis befinden, zur Verfügung.

Die Instandsetzung der russischen Kriegsgräberanlage Damm I und Damm II und die damit erforderliche Verlegung der russischen Kriegsgräberstätte Neumarkt ist abgeschlossen worden. Hierfür stellte das Land Brandenburg zugewiesene Bundesmittel in Höhe von 233.000 € zur Verfügung. Auf der neugestalteten Anlage fand die zentrale Veranstaltung des Landkreises zum Volkstrauertag statt.

Die Kommunen erarbeiteten eine Planung der Instandsetzungsarbeiten der Kriegsgräberanlagen für die Jahre 2010 bis 2012. Daraus ist ersichtlich, dass im Jahr 2011 voraussichtlich Instandsetzungsarbeiten bzw. Neugestaltungen in der Stadt Zossen, der Gemeinde Nuthe-Urstromtal und der Stadt Ludwigsfelde durchgeführt werden. Der Landkreis wird diese Maßnahmen zum Teil mit zur Verfügung gestellten Bundesmitteln der Instandsetzungs- und Pflegepauschale unterstützen. Ferner sind die Kommunen bei Recherchetätigkeiten zum Auffinden und Identifizieren von Kriegstoten unterstützt worden. Hier sind insbesondere der im 2. Weltkrieg abgestürzte kanadische Flieger in Gottsdorf (Gemeinde Nuthe-Urstromtal) sowie Suchgrabungen in Dornswalde/Radeland (Stadt Baruth/Mark) mit Unterstützung des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge e.V. hervorzuheben.

Des Weiteren wurden Stellungnahmen zu Bauvorhaben verfasst, wenn diese im Bereich der Kriegsstättenverordnung des Landkreises vorgenommen werden sollten.

➤ *Bestattungswesen*

Im Bereich des Bestattungsrechts sind Widerspruchsverfahren geführt worden. Begehrt des Widerspruchsführers und Bestattungspflichtigen war die Aufhebung des Leistungsbescheids der Kommune auf Erstattung der Bestattungskosten.

➤ *Untere Jagdbehörde*

Im Landkreis sind aktuell 806 Jagdscheininhaber sowie 21 ausländische Bürger mit Jagdscheinen registriert. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 254 Jagdbezirke, davon 169 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 63 Eigenjagdbezirke, 16 Verwaltungsjagdbezirke und sechs Bundesforstjagdbezirke.

Es bestehen drei Hegegemeinschaften für Rotwild, drei für Damwild und eine Hegegemeinschaft für Muffelwild und Damwild.

Es wurden 254 Abschusspläne bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. In den Hegegemeinschaften erhielt die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen Förderung und Unterstützung. Es wurden fünf Hegeschauen der Hegegemeinschaften als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Jagdberater, dem Jagdbeirat und dem Kreisjagdverband konnte erfolgreich weitergeführt werden, wobei insbesondere die Auswertung der Wildbewirtschaftung, die Höhe der Wildbestände, der Jagdstrecken und der Wildschäden im Vordergrund standen.

Die Beratung der Jagdvorstände bei der Verwaltung der Jagdgenossenschaften erfolgte kontinuierlich.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Erteilung von sechs Ausnahmegenehmigungen für die Bejagung in befriedeten Bezirken
- Durchführung von sechs Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstößen gegen jagdrechtliche Bestimmungen
- Berufung von elf Wildschadenschätzern
- Zulassung von sechs Eigenjagdbezirken durch Minderung der Mindestfläche für einen Eigenjagdbezirk und eine (wesentliche aufwändigere) Ablehnung des Antrages und Gestaltung der Jagdbezirksgrenzen durch Abrundungen, die eine ordnungsgemäße und sichere Bejagung zulassen

➤ *Untere Fischereibehörde*

An Fischer und Angler konnten 1.969 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt werden. Derzeit gibt es damit im Landkreis 3.724 Fischereischeininhaber.

Es fanden insgesamt zwei Anglerprüfungen - organisiert von der Unteren Fischereibehörde - mit insgesamt 59 Prüflingen statt, wovon lediglich fünf Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben. Neun Anglerprüfungen fanden im Landkreis durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 73 Prüflingen statt, wovon lediglich vier Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben. Damit haben insgesamt 123 Bürger im Landkreis die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben.

Im Landkreis gibt es 59 ehrenamtliche Fischereiaufseher. Davon wurden fünf Fischereiaufseher neu berufen, zehn schieden aus. Die Fischereiaufseher werden jährlich geschult. An diesen Schulungen nahmen im Berichtszeitraum 26 Fischereiaufseher teil.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die durch die Kreisanglerverbände organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e.V. im Landkreis erfolgreich durchgeführten Komplexkontrollen.

Die Zusammenarbeit mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt wurden die Abgeordneten im „Fischhof am Mellensee“ am 18. November umfassend über die fischereilichen Belange im Landkreis informiert.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Ausstellung von Fischereiabgabemarken mit Nachweiskarten
- Ausstellung von 23 Jugendfischereischeinen
- Bearbeitung von vier Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das Fischereigesetz
- Aussprechen von 26 Verwarnungen vor Ort durch Fischereiaufseher
- Genehmigung von 46 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen
- Erarbeitung von Stellungnahmen, u. a. zu Gewässerunterhaltungsplänen der Boden- und Wasserverbände und zu Veränderungen von wasserbaulichen Anlagen bzw. deren Rückbau (Brücken, Wehre)

➤ *Gewerbeangelegenheiten*

Im April fand eine Arbeitsberatung mit den Mitarbeitern für gewerberechtliche Angelegenheiten der örtlichen Ordnungsbehörden zur Problematik der "Gewerbeausübung, Gewerbeförderung und Leistungsbezug" statt. Diese Beratung wurde mit dem Leiter des RegionalCenters Teltow-Fläming der Industrie- und Handelskammer Potsdam, einem Vertreter der Handwerkskammer Potsdam und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Grundsicherung für Arbeitsuchende im Landkreis Teltow-Fläming vorbereitet und durchgeführt.

Im Rahmen der Fachaufsicht fanden verstärkt Vor-Ort-Kontrollen zur Einhaltung gewerberechtlicher Vorschriften bei den örtlichen Ordnungsbehörden statt. Durch die Schaffung des Bürgerservice in

einigen örtlichen Ordnungsbehörden und damit Übernahme gewerberechtlicher Angelegenheiten war eine Schulung der zuständigen Mitarbeiter zu speziellen gewerberechtlichen Problematiken erforderlich. Hierzu gehört auch die Problematik der Sonn- und Feiertagsöffnung nach dem Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetz (BbgLÖG), zu der mit ortsansässigen Unternehmen beraten wurde.

Es wurden acht Ausnahmen zu erweiterten Öffnungszeiten im öffentlichen Interesse gemäß § 9 BbgLÖG bewilligt.

➤ *Bekämpfung der Schwarzarbeit*

Die Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung bleibt nach wie vor ein wichtiges Ziel, um die Wirtschaft und den Mittelstand zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Zu diesem Zweck wurden 179 Baustellenkontrollen durchgeführt.

Durch die enge Zusammenarbeit der Kreisordnungsbehörde mit anderen Behörden und Körperschaften öffentlichen Rechts, wie den Hauptzollämtern, der Bauberufsgenossenschaft Hannover, dem Finanzamt, dem Landesamt für Arbeitsschutz mit Sitz in Cottbus, der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming, den Handwerkskammern und nicht zuletzt den Kreisordnungsbehörden anderer Landkreise konnte die Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Gewerbe- und Handwerksausübung intensiviert werden.

Zu diesem Zweck kam die Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung im November unter Leitung der Kreisordnungsbehörde des Landkreises Teltow-Fläming zusammen. Ihr gehören Vertreter der o.g. Behörden und Körperschaften an.

Auf einer Veranstaltung der Maler- und Lackiererinnung in Luckenwalde berichtete eine Mitarbeiterin der Kreisordnungsbehörde über die Schwarzarbeitsbekämpfung und über Mitwirkungsmöglichkeiten der Innungen.

Wie bereits in den zurückliegenden Jahren, nahmen Mitarbeiter des Ordnungsamtes am Bundesfahndertreffen teil, um durch Teilnahme an Fachseminaren und Erfahrungsaustauschen die Schwarzarbeitsbekämpfung sowie die Bekämpfung illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung weiter voranzutreiben.

➤ *Schornsteinfegerangelegenheiten*

Es wurden Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren und zur Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungspflichten durchgeführt. Auf Grund der neuen gesetzlichen Regelungen im Schornsteinfegerwesen ergab sich hier eine neue Qualität in der Bearbeitung. Darüber hinaus waren die grundsätzlichen Änderungen, die mit der bundesweiten Kehr- und Prüfungsordnung (ab 01.01.2010) sowie mit der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen 1. BImSchV (ab 22.03.2010) in Kraft getreten sind, im Verwaltungsverfahren zu beachten.

Die Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister (BSM) wurde kompetent ausgeübt. So erfolgte in Anlehnung an die Kehrbuchrichtlinie die Überprüfung von fünf ausgewählten Kehrbüchern. In einem Kehrbezirk gab es gemeinsam mit dem Kreismeister der Innung des Schornsteinfegerhandwerks Potsdam Vor-Ort-Kontrollen. Die entsprechende Auswertung wurde in persönlichen Gesprächen mit den zuständigen BSM vorgenommen.

➤ *Versicherungsbehörde*

Durch zwei Mitarbeiterinnen wurden 836 Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Halbwaisenrenten, Kontenklärung und Anträge auf Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften (Altersversorgung der technischen Intelligenz, Altersversorgung der Mitarbeiter im Staatsapparat usw.) entgegengenommen bzw. das Ausfüllen der Anträge unterstützt.

Verstärkt beantragten Bürger, die einem Zusatzversorgungssystem angehörten, die Anrechnung der Jahresendprämien, Treue- und Leistungsprämien.

Viele Rentnerinnen suchten das Versicherungsamt auf, um ihren Antrag auf Überprüfung der Rente zu stellen. Zu beachten war hier vor allem, dass bei der Neuberechnung der Rente der Auffüllbetrag/Rentenzuschlag nicht mit den Kindererziehungszeiten verrechnet werden darf.

Die Mitarbeiterinnen haben verstärkt Unterstützung bei der Antragstellung auf Schwerbehinderung beim Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus und bei Anträgen zum Versorgungsausgleich wegen Ehescheidungen vor den Familiengerichten gegeben.

2. Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

Per 31.12.2010 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2.445 Ausländer gemeldet; davon waren 180 Asylbewerber bzw. abgelehnte Asylbewerber.

Die im Sommer eingeführte Regelung zur Erweiterung des räumlichen Beschränkungsbereiches für geduldete Personen und Personen im laufenden Asylverfahren hat sich bewährt. Für den betroffenen Personenkreis entfällt dadurch die Notwendigkeit zur Einholung von Einzelgenehmigungen, da nun der vorübergehende Aufenthalt im ganzen Land Brandenburg und im Land Berlin an die Dauer der Duldung bzw. Aufenthaltsgestattung gekoppelt ist.

Im Bereich Asylwesen scheiterten wiederum mehrfach Abschiebungen, da sich die abzuschiebenden Personen der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Untertauchen" entzogen haben.

Im Berichtszeitraum fanden vier Botschaftsvorfürungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern/Asylbewerbern statt. Die meisten Personen waren aus Vietnam. Nur in wenigen Fällen konnte die Staatsangehörigkeit durch die Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

An Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen die Kolleginnen teil. Die Prüfungen der Standesämter wurden turnusmäßig durchgeführt.

Es wurden 16 Anträge auf Änderungen des Familiennamens sowie fünf Anträge auf Änderungen des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. Insgesamt sind 19 Anträge zu Familiennamen- und fünf Anträge zu Vornamensänderungen entschieden worden.

34 Personen stellten Anträge auf Einbürgerung. 17 Personen wurden eingebürgert. Für 49 gestellte Anträge aus den Vorjahren steht noch die Entscheidung des Innenministeriums aus. Die seit einigen Jahren praktizierte Übergabe der Einbürgerungsurkunden durch den Kreistagsvorsitzenden im Rahmen einer Feierstunde wird von den Eingebürgerten sehr positiv aufgenommen.

3. Sachgebiet Brandschutz und Rettungswesen

➤ *Brand- und Katastrophenschutz*

Anfang Juli kam es zu einem größeren Waldbrand auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Jüterbog-West. Dieser Brand wütete auf 236 ha Wald- und Flurfläche und forderte über zwei Wochen die Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Jüterbog und der Gemeinde Niedergörsdorf. Durch die Koordinierungsgruppe des Katastrophenstabes des Landkreises wurden zur Unterstützung der Kräfte der Feuerwehr über die Bundespolizei zwei Hubschrauber sowie drei Löschflugzeuge zum Einsatz gebracht. Über das Kreisverbindungskommando der Bundeswehr wurde der Einsatz von Spezialgerät der Bundeswehr geprüft. Auf Grund der starken Munitionsbelastung war dies aber nicht möglich.

Kräfte der Brandschutzeinheit des Landkreises sowie der Betreuungseinheiten der Johanniter-Unfallhilfe und des Malteser Hilfsdienstes wurden im Mai und September durch das Land Brandenburg zur Unterstützung bei der Hochwasserbekämpfung an der Oder und Elster angefordert.

Die Kommunikationseinheit des Landkreises sicherte zusammen mit dem THW-Ortsverband Potsdam und dem THW-Ortsverband Luckenwalde im September das Landes- und Kreisertefest in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, Ortsteil Jänickendorf, mit ca. 30.000 Besuchern fernmeldetechnisch ab.

Durch die Umstrukturierung des Zivil- und Katastrophenschutzes im Bereich des Bundes haben sich die Aufgabenanforderungen an den Landkreis erhöht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird gemeinsam mit den im Katastrophenschutz des Landkreises mitwirkenden Hilfsorganisationen an der Neuformierung des Sanitätsdienstes gearbeitet, um diesen an die kreislichen Anforderungen anzupassen.

Der Landkreis unterstützte den Kreisfeuerwehrverband finanziell und materiell. Zu den Höhepunkten gehörten

- das Kreisjugendlager der Kinder und Jugendlichen in Dahme/Mark,
- die Durchführung der 8. Kreismeisterschaften der Kinder und Jugend am 26. Juni in Dabendorf,
- das Frauenbowling am 8. März sowie das Bowlingturnier der Feuerwehren im Landkreis Teltow- Fläming,
- das Völkerball und Volleyballturnier der Kinder- und Jugendfeuerwehren in Dabendorf und
- der 8. Pokallauf im Löschangriff nass der Kameraden über 40 Jahre in Paplitz.

Gegenseitige Besuche belebten die partnerschaftlichen Beziehungen zu den Feuerwehren im polnischen Landkreis Gniezno.

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum zu 350 Bränden und 893 technischen Hilfeleistungen gerufen. Schwerpunkte bildeten dabei Wohnungsbrände, Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie die technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen.

Im Rahmen der Qualifizierung der Führungskräfte fand am 13. November mit 142 Kameradinnen und Kameraden aus allen Städten, Gemeinden und dem Amt Dahme/Mark eine Ganztagschulung statt.

Das 2009 an die Jugendfeuerwehr des Kreisfeuerwehrverbandes übergebene Kleinlöschfahrzeug konnte um einen Brandschutzdemoanhänger ergänzt werden. Mit Kreistagsbeschluss wurde Anfang des Jahres zusätzlich eine Stelle Brandschutzerziehung/Ausbildung geschaffen, so dass ein Qualitätssprung in der Brandschutzerziehung an Schulen und Kindereinrichtungen zu verzeichnen ist. 15 Ausbilder führten in neun Veranstaltungen 1.278 Kinder an das Thema Brandschutz heran. Diese Maßnah-

men sollen dazu beitragen, das Interesse der Kinder zu wecken und den Nachwuchs für die freiwilligen Feuerwehren des Landkreises zu sichern.

➤ *Feuerwehrtechnisches Zentrum*

Zum weiteren Ausbau des Feuerwehrtechnischen Zentrums als Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz konnte mit der Errichtung einer Brandübungsanlage begonnen, ein Unterrichtsraum für die technische Ausbildung mit sich anschließender Übungsfläche hergerichtet, ein Rettungsturm und Rettungsschacht zur Rettung von Personen aus Höhen und Tiefen angelegt sowie 44 Meter Bahngleis gesetzt und ein Kesselwagen für die Gefahrgutausbildung beschafft werden.

Im Rahmen der kreislichen Ausbildung wurden in 37 Lehrgängen 475 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker, Atemschutzgeräteträger, in den Grundtätigkeiten der technischen Hilfe, Retten und Selbstretten aus Höhen und Tiefen sowie im Atemschutznotfall ausgebildet. Im Ergebnis konnte eine Lehrgangsbeteiligung von 87,5 % erreicht werden. Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 781 Kameradinnen und Kameraden an 28 Wochenenden.

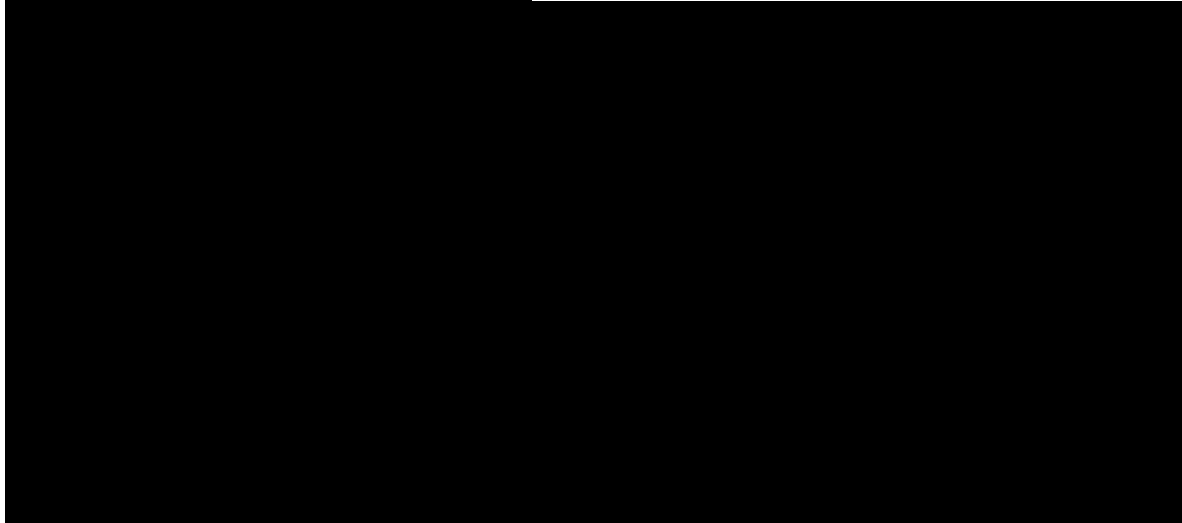
Folgende Wartungs- und Pflegearbeiten für die Gemeinden wurden erbracht:

Anzahl	Geräte/Ausrüstung
2.165	Pressluftatmer gereinigt und geprüft
2.959	Atemschutzmasken gereinigt und geprüft
108	Chemikalienschutzanzüge geprüft
3.851	Druckluftflaschen gefüllt
3.423	Druckschläuche gewaschen und geprüft
22	Tragkraftspritzen instand gesetzt

➤ *Rettungsdienst*

Die dem Landkreis gesetzlich zugewiesene Aufgabe Rettungsdienst erfüllte der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Landkreises.

Der Rettungsdienst wurde zu 13.778 Notfällen gerufen. In 5.903 Fällen, das entspricht einem Anteil von 42,8 Prozent, kam auch ein Notarzt zum Einsatz. Gegenüber dem Vorjahr lagen die Einsatzzahlen in der Notfallrettung im Rahmen der üblichen Schwankungen um 5 % höher, dabei kam es zu einer Verschiebung zwischen Krankentransporten und Notfällen von 7,1 %. Im qualifizierten Krankentransport gab es durch den Rettungsdienst 1.978 Einsätze.



Gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erfolgte im März der Betriebsübergang der Aufgaben der Leitstelle zur Regionalleitstelle Brandenburg, welche durch die Berufsfeuerwehr der Stadt Brandenburg an der Havel betrieben wird. Seit dem 24. März 2010 werden hier zentral die Hilfeersuchen an den Rettungsdienst, die Feuerwehr aus der Stadt Brandenburg sowie den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming zentral entgegengenommen, die erforderlichen Einsatzkräfte alarmiert und deren Einsatz koordiniert. Für die technische Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung der Regionalleitstelle Brandenburg im Gebiet des Landkreises waren Investitionen im Umfang von 200.000 Euro erforderlich.

Zum Erhalt der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes wurden im Berichtszeitraum Investitionen im Umfang von 560.000 € in den Ersatz von Einsatzfahrzeugen und Ausrüstung getätigt.

Zur Sicherung der rettungsdienstlichen Versorgung im südöstlichen Bereich des Landkreises und Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfrist begannen Planungen zur Errichtung eines Wachenstandortes in der Stadt Baruth/Mark. Die Umsetzung ist für das Jahr 2011 vorgesehen.

Bauamt

Zum Bauamt gehören neben dem Bereich Amtsleitung/Liegenschaften die Sachgebiete Hochbau, Straßenwesen sowie die Kreisstraßenmeisterei. Dem Amt zugeordnet sind zusätzlich die Fachgebiete Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht. Die Pflichtaufgabe der Fachkraft für Arbeitssicherheit wird durch einen Mitarbeiter des Amtes abgedeckt.

1. Amtsleitung/Liegenschaften

2010 gab es zwei Grundstücksverkäufe:

- ein Wohn- und Geschäftshaus in Luckenwalde, Rudolf-Breitscheid- Straße 158 sowie
- die Autobahnfläche A10 in der Gemarkung Jühnsdorf.

Die Einnahmen beliefen sich auf rund 52.000 €. Der geplante Verkauf einer weiteren Liegenschaft in Rangsdorf, Spessartweg 2, konnte nicht realisiert werden.

Weiterhin wurden in diesem Jahr ein Erbbaurechtsvertrag über das Grundstück am Hüttenweg 1 in Glashütte sowie ein Grundstückstauschvertrag mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH über Flächen am ehemaligen Heizhaus am Jühnsdorfer Weg in Blankenfelde abgeschlossen.

Für den Ankauf von Flächen der Fläming-Skate konnten insgesamt 70 Kaufverträge für zusammen 100 Flurstücke beurkundet werden. Darüber hinaus kamen vier weitere Verträge für den Ankauf von Straßenflächen sowie für Grundstücke zum Abschluss. Von den geplanten Ausgaben für den Grunderwerb in Höhe von 105.990 € wurden 57.000 € in Anspruch genommen.

Bei der Vermietung und Verpachtung wurden die geplanten Nettoeinnahmen in Höhe von 312.000 € um rund 90.000 € übertroffen. Diese höheren Einnahmen resultieren vor allen Dingen aus der außerplanmäßigen Mietverlängerung des Objektes in der Grabenstraße 23 in Luckenwalde.

Im Museumsdorf Glashütte sind Nettomieteinnahmen in Höhe von 68.000 € zu verzeichnen.

Für Mieten und Pachten wurden 78.000 € aufgewendet.

Die geplanten Einnahmen aus der Verwaltung von Berliner Grundstücken durch die Teltower Kreiswerke konnten auch im Berichtszeitraum gesichert werden. So gab es Einnahmen in Höhe von 288.350 € für den Kreishaushalt.

2. Sachgebiet Hochbau

Das Sachgebiet Hochbau konzentrierte sich auf den Erhalt und die Instandsetzung der kreiseigenen Gebäude und Liegenschaften. Zusätzlich wurden Maßnahmen aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (KP II) der Bundesregierung im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes für Maßnahmen der Bildungs- und sonstigen Infrastruktur umgesetzt. Hier werden bis Ende 2011 zusätzlich zu kreislichen Haushaltsmitteln finanzielle Zuwendungen in Höhe von 3,4 Mio. € in kreiseigene Maßnahmen investiert.

Leistungsschwerpunkte waren:

- *energetische Sanierungsmaßnahmen an der Allgemeinen Förderschule Ludwigsfelde*
Es wurden die Heizstränge und -flächen – bemessen nach den neuen energetischen Bedingungen – erneuert. Das Gebäude erhielt weiterhin eine Wärmedämmfassade entsprechend der Energieeinsparverordnung 2009 (EneV 2009). Der alte - seit Jahren nicht mehr genutzte - Küchenbereich wurde zu einem neuen Speiseraum mit Ausgabeküche umgebaut.
- *Abschluss der Erneuerung der Außenanlagen am Gymnasium Ludwigsfelde*
Der nach den Bauarbeiten in den letzten Jahren sehr strapazierte Schulhof, einschließlich der maroden Grundleitungen, wurde saniert. Der Schulstandort konnte so erheblich aufgewertet werden.
- *umfangreiche Baumaßnahmen am Schulstandort Groß Schulzendorf, „Schule am Wald“ mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“*

Die Heizung wurde auf moderne Brennwerttechnik umgerüstet. Dazu konnte der alte Außenschornstein zurückgebaut werden. Das Gebäude wurde mit Beginn der Bauarbeiten unter Denkmalschutz gestellt. Dadurch ergaben sich Auflagen zum Erhalt der Fenster, die aufgearbeitet wurden, und zum Erhalt der Fassade. Mit dem Rückbau des Balkons erhielt das Gebäude seine ursprüngliche Architektur zurück. Bevor mit den Umbaumaßnahmen im Innenbereich begonnen werden konnte, war eine Bauwerkstrockenlegung erforderlich. Die Neuordnung von Sanitäranlagen und das Versetzen der Küche in den Keller sind vorbereitende Maßnahmen für den in 2011 vorgesehenen Anbau eines neuen Außenaufzuges und eines Stahltreppenturms. Damit wird die Barrierefreiheit für das Gebäude vom Keller bis zum Dachgeschoss erreicht.

- *Erneuerung der sanitären Anlagen am Jüterboger Gymnasium, Haus I*

Insgesamt wurden 36 Fenster nach Vorgaben der EneV 2009 ausgetauscht, acht Fenster aufgearbeitet und der Schulhof einschließlich der Grundleitungen erneuert. Im Haus II wurden ebenfalls 23 Fenster erneuert und elf Fenster aufgearbeitet. Die Dächer des Schulkomplexes wurden mit Dachziegeln neu eingedeckt, die nach historischem Vorbild angefertigt wurden. Gleichzeitig erfolgte eine Wärmedämmung.

- *Einbau von 75 Fenstern in der Allgemeinen Förderschule Jüterbog entsprechend der EneV 2009*

- *Weiterführung der Arbeiten am Hegemeisterhaus in Glashütte*

Die Fassade wurde geschlossen und eine Innendämmung aus Lehm eingebracht. Die alten Fenster wurden aufgearbeitet und mit Vorsatzflügeln komplettiert. Ein Teil der Fenster und die hintere Eingangstür wurden erneuert. Die Haustür an der Vorderseite konnte nach historischem Befund aufgearbeitet werden. Eine Erneuerung der Heiztrasse und Verteiler im Museumsbereich fand statt.

- *energetische Dämmung der Halle C am Feuerwehrtechnischen Zentrum (FTZ) Luckenwalde sowie der Umbau von zwei Garagen zu einem Schulungsraum*

Der Vorplatz der Halle wurde befestigt und kann nun als Trainingsfläche für die technische Hilfe genutzt werden. Eine Brandübungscontaineranlage für das Flash-Over-Training konnte eingerichtet werden.

- *Beginn der Sanierungs- und Umbauarbeiten am Ackerbürgerhaus in Luckenwalde*

- *Produktionsschule Ludwigsfelde*

Hier wurden die Fenster erneuert und Umbaumaßnahmen für die neuen Produktions- bzw. Unterrichtsräume durchgeführt.

Weiterhin erfolgten amtsintern kontinuierlich Planungsleistungen für Gebäude, technische Anlagen und Freiflächen mit einem Wertumfang von ca. 1.032.000 €. Dennoch war die Vergabe von Ingenieurleistungen für Statik, Elektroplanung, Heizungstechnik und Freianlagen in Höhe von ca. 286.000 € notwendig.

In Ausschreibungs- und Vergabeverfahren von Bauleistungen erfolgten 118 Ausschreibungen mit einem Finanzvolumen von 3,5 Mio. €. Hinter einem Gesamtbauvolumen von 4,13 Mio. € stehen 310 Auftragsvergaben, davon blieben 82,19 % der Auftragssummen bei Firmen und Unternehmen im Landkreis.

Für kreisangehörige Verwaltungen und Gesellschaften wurden acht baufachliche Stellungnahmen erarbeitet.

3. Sachgebiet Straßenwesen

Das Sachgebiet Straßenwesen ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises verantwortlich. Das Straßen- und Wegenetz umfasst 200 km Kreisstraßen, 67 km begleitende Radwege sowie 200 km Rad- und Skatewege (Fläming-Skate), hierunter 130 km Skater-Rundkurse mit einer Breite von drei Metern sowie 70 km zuführende Radwege.

Zu den Aufgaben des Sachgebietes gehören

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Brücken und Radwege einschließlich Organisation des Winterdienstes
- die Instandsetzung und Erneuerung der Kreisstraßen, Radwege sowie der Fläming-Skate
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse) und
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen)

Die betriebliche Unterhaltung der Fläming-Skate, einschließlich deren Reinigung, ist Aufgabe der Kreisstraßenmeisterei. Dagegen werden die Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Straßendecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Fläming-Skate weitestgehend an entsprechende Fachfirmen vergeben. Es wurden Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 1.300.000 € erteilt. Der Winterdienst auf den Kreisstraßen wird ausschließlich durch regionale Firmen durchgeführt. Hierbei haben die beauftragten Firmen Leistungen mit einem Wertumfang von ca. 350.000 € erbracht. Der Einsatz des Winterdienstes erfolgt eigenverantwortlich durch die beauftragten Firmen. Dem Sachgebiet obliegen hier lediglich die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Im Rahmen der Durchführung von Instandsetzungen, Erneuerungen und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen wurden folgende - zum Teil im Vorjahr begonnene - Bauvorhaben abgeschlossen:

Vorhaben	Auftragssumme (gerundet)
Instandsetzung der Fahrbahn der Fläming-Skate auf mehreren Abschnitten (insbesondere Beseitigung von Wurzelaufrüchen)	485.000 €
Instandsetzung der Fahrbahnbeläge auf fünf Brücken der Fläming-Skate zur Herstellung der erforderlichen Tragfähigkeit	223.000 €
Neubau eines straßenbegleitenden Radweges zwischen Diedersdorf und Birkholz an der K 7239 (Förderung durch das Land Brandenburg)	433.000 €
Einbau von verkehrsberuhigenden Aufpflasterungen in der Ortslage Glashütte (Finanzierung über das Konjunkturpaket II)	60.000 €
Erneuerung des Fahrbelages der K 7229 in der Ortsdurchfahrt Gadsdorf bis zur L 70 und Neubau von Mittelinseln an den Ortsgrenzen zur Verkehrsberuhigung (Finanzierung über das Konjunkturpaket II)	63.000 € 272.000 €
Erneuerung des Fahrbelages in der Ortsdurchfahrt Züllichendorf der K 7219 mit Einbau einer Straßenentwässerungsanlage Die Maßnahme wurde im Zusammenhang mit dem Bau einer Abwasserleitung der NUWAB durchgeführt.	144.000 €

Folgende Straßenbaumaßnahmen und Landschaftsbaumaßnahmen wurden begonnen und sollen 2011 weitergeführt bzw. abgeschlossen werden:

Vorhaben	Auftragssumme (gerundet)
Erneuerung des stark geschädigten Straßenabschnittes der K 7225 zwischen Baruth/Mark und Dornswalde Die Beseitigungen der Schäden durch die gestiegenen Lieferverkehre für das Gewerbegebiet Bernhardsmüh sind wirtschaftlich nur durch eine Fahrbahnerneuerung zu vertreten (Förderung durch das Land Brandenburg).	810.000 € (1. BA)
Ersatz- und Ausgleichmaßnahmen zum Neubau des Radweges an der K 7239 (Waldumbau sowie Umbau der Windschutzhecke entlang der Kreisstraße)	93.000 €
Werterhaltende und verkehrssichernde Maßnahmen an der Windschutzhecke entlang des Radweges an der K 7220 (Pappelumbau) sowie Fäll- und Ersatzmaßnahmen an Pappeln entlang der K 7220	33.000 €
Neubau des Abschnittes der Fläming-Skate von Wahlsdorf nach Prensdorf (Förderung durch das Land Brandenburg).	1.190.000 €
Erneuerung des Radwegs von Schönefeld nach Gottow an der K 7222 (Förderung durch das Land Brandenburg)	343.000 €

4. Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, begleitenden Radwegen sowie der Fläming-Skate wurden durch die Kreisstraßenmeisterei folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und der Fläming-Skate
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie die
- Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Reinigungsarbeiten an Leitpfosten (waschen usw.)
- Bankettpflege
- Wild- und Baumwuchsbeseitigung
- Beseitigung von Unfallschäden am Fahrbahnrand
- Randstreifen- und Herbstmahd auf der Fläming-Skate
- Unterhaltung der Rastplätze und Schutzhütten
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen
- Winterdienst auf der Fläming-Skate
- Absicherung und Unterstützung von Veranstaltungen auf Kreisstraßen bzw. Rad- und Skatewegen (Filmaufnahmen, Skate- und Radveranstaltungen, Behindertenfest usw.)

Die Absicherung der Fläming-Skate gewann auch in diesem Jahr zunehmend an Bedeutung für die tägliche Arbeit. Die Pflege und Unterhaltung der kreiseigenen Liegenschaften mit dem Schwerpunkt Museumsdorf Glashütte hat das Leistungsspektrum erweitert.

Umweltamt

Allgemeines

Seit Januar arbeitet das Umweltamt wieder in dem Aufgabenumfang der für diesen Bereich klassischen Behörden. Allerdings erfolgt die Organisation weiterhin in nur in zwei Sachgebieten. Hinzu gekommen ist die neu aufgebaute Koordinierungsstelle Klimaschutz im Amtsleiterbereich.

Im Jahresverlauf absolvierten vier Auszubildende ihre praktischen Ausbildungszeiten im Amt. Eine Studentin aus dem Fachbereich Wirtschaft/Betriebswirtschaftslehre der Hochschule Anhalt (FH) hat in einem dreimonatigen Praktikum eine Arbeit zum Thema „Betriebswirtschaftliche Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen kreiseigener Liegenschaften“ gefertigt.

Zum Tag der Umwelt stand der Vortrag „Forstwirtschaft bei limitiertem Wasserhaushalt – Konsequenzen für Baumartenwahl und Waldbewirtschaftung“ im Mittelpunkt einer kleinen Veranstaltung. Die Öffentlichkeitsarbeit beinhaltete neben spezifischen Intranet- und Internetartikeln 15 Antworten auf Anfragen von Presse und Rundfunk.

Für die Kreistagssitzungen wurden fünf Vorlagen der Verwaltung erarbeitet und zwei Anfragen beantwortet.

1. Amtsleiterbereich

Der Amtsleiterbereich des Umweltamtes umfasst das Produkt Umweltschutzinformationen und –dienste. Mitarbeiter aus dieser Aufgabengruppe beteiligten sich an der inhaltlichen Ausarbeitung und maßgeblich an der technischen Fertigstellung des Zielkonzeptes zum Museum in der Natur – „Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf (DKF)“. Im Projekt „Ökologischer Korridor Südbrandenburg“ ist der Landkreis durch die Mitgliedschaft des Amtsleiters im Projektbeirat vertreten.

Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Klimawandels durch eine treibhausgasbedingte Temperaturerhöhung der Erdatmosphäre beabsichtigt der Landkreis u. a., die Programme und Leitlinien der UN, der EU, des Bundes und des Landes Brandenburg effizient umzusetzen.

Mit Datum 13. September 2010 hat der Landkreis sein Energiespar- und Klimaschutzkonzept aktuell fortgeschrieben. Die Hauptschwerpunkte liegen erstens in der Senkung der Emissionen und der verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien und zweitens in der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen der Klimaänderung im Landkreis.

Beschlossen und umgesetzt wurde unter anderem auch die Einrichtung der Koordinierungsstelle Klimaschutz im Umweltamt mit einer Kapazität von zwei Stellen. Zu den Aufgaben gehören Koordination der bereits im Hause stattfindenden klimarelevanten Aktivitäten, der Aufbau eines Monitorings für Energie- und Kraftstoffverbrauch, die Mitarbeit in externen Foren, die Kooperation mit freien Trägern, das Eruiern und Beantragen von Fördermitteln, das Initiieren von Vortragsveranstaltungen und hausinternen Schulungen sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Außerdem wird der Aufbau von kommunalen Energiewerken in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden mit dem Ziel der Energieautonomie und Erzeugung von Strom/Wärme aus regenerativen Energieformen angestrebt.

Die hausinterne Arbeitsgruppe Klimaschutz hat folgende Maßnahmen mit Auswirkungen auf Energieeinsparung oder Anpassung an die Folgen des Klimawandels begonnen bzw. abgeschlossen:

Maßnahme	Stand
Ausstellung von Energiepässen	22 Ausweise für 35 Gebäude vorhanden
Austausch von Fenstern, Fassaden-/Dachdämmung	sechs Maßnahmen begonnen, davon zwei abgeschlossen
Austausch von alten Heizkesseln durch Brennwertgeräte	in drei Objekten abgeschlossen Effekt: minus 170 t/a CO ₂ -Ausstoß
Austausch alter Beleuchtungsanlagen gegen solche mit EGV und T5-Leuchtmitteln	sukzessive, derzeitiger Umsetzungsstand: ca. 40%
hocheffiziente LED-Außenbeleuchtung	erstmalige Installation in einem Objekt (minus 40 % Energiebedarf)
Einbau von Präsenzmeldern zur Beleuchtungssteuerung in geeigneten Gebäuden	realisiert in sechs Gebäuden
Gas/Benzin-Hybrid-Kfz	Betrieb von 13 der insgesamt 83 Kfz mit innovativer Hybridtechnik
Anschaffung eines Flüssiggas-Fahrzeuges, Installation einer Tankstelle	Prüfung durch Fachamt
Ausrüstung des Kfz-Fuhrparks mit Spritsparreifen	Prüfung durch Fachamt
Erfassung von Kennwerten (Fuhrpark, Medienverbrauch kreiseigener Gebäude)	Datenlage ist zusammengeführt, ausgewertet, wird fortgeschrieben
Ermittlung des Stromverbrauches	für den gesamten Landkreis und kreiseigene Gebäude abgeschlossen
Ermittlung des gemäß EEG erzeugten Stroms	für den gesamten Landkreis abgeschlossen (50,03)
Prüfung von Mitgliedschaften in bundesweiten Foren	begonnen, Entscheidung steht bevor
Fotovoltaik auf kreiseigenen Dächern	Bestandsaufnahme abgeschlossen, Entscheidung über Realisierung steht bevor
CO ₂ -Bindung im Kreiswald	62.700 fm in 2009 (= 53,2 t CO ₂ -Bindung)
Radwegebau	2,8 km
Workshops, Wanderausstellungen	- zwei Workshops wurden durchgeführt - zwei Mitarbeiterseminare für 2011 avisiert - zwei Wanderausstellungen in Vorbereitung - eine Auftakt-Information für politische Entscheidungsträger in Planung
„Firmenticket“	in Abstimmung
Mitarbeit in externen Gremien	Regionale Planungsgemeinschaft, Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)

2. Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Dieses Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz, Abfallwirtschaft sowie die Umweltstreife.

Aufgabenthematik	2008 Anzahl	2009 Anzahl	2010 Anzahl
Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	9	10	3
landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	16	34	38
wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	619	405	430
Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	23	26	45
Störfälle	12	0	0

➤ *Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde)*

Der Staubeirat Teltow-Fläming konstituierte sich neu. Grundlage dafür war der Kreistagsbeschluss 4-0479/10-III vom 12. April. Turnusmäßig tagte der Staubeirat im Frühjahr und im Herbst und legte dabei die Staulamellen für die wichtigsten Gewässer, die rechtlich nicht geregelt sind, fest.

Auch die Trinkwasserschutzkommission Teltow-Fläming (TWSZK TF) konstituierte sich neu. Die vormalige Rechtsgrundlage für die Arbeit der TWSZK wurde durch die Landesregierung aus dem Gesetz gestrichen. Daher machte sich ebenfalls ein Kreistagsbeschluss (Nr. 4-0278/09-III) zur Bildung der TWSZK TF erforderlich, der bereits 2009 gefasst wurde.

Die vom Landkreis durchgeführte Grundwassersanierung in Rangsdorf wurde 2009 anhand der Sanierungsziele überprüft. Die Prüfung ergab, dass die Sanierung bis 2011 fortgesetzt werden muss. Dies dient der Sicherung der Trinkwasserversorgung im Wasserwerk Rangsdorf. Insgesamt wurden bisher etwas mehr als drei Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe aus dem Grundwasser entfernt.

Große Anstrengungen unternahm das Sachgebiet zur Weiterentwicklung des eigenen GIS-Systems. Anwendungen zur Wasserrahmenrichtlinie, zum Grundwasser, zur Geologie des Untergrundes und der Oberfläche sowie Überflutungsthemen wurden ergänzt. Es erfolgte eine umfangreiche Pflege des Gewässerkatasters. Auch die Wasserechtsdatenbank konnte an das GIS angebunden werden. Für die schnellere Vorgangsbearbeitung wurden sogenannte „Verfahrensschalter“ entwickelt und eingerichtet.

Als Serviceleistung wurde das Sachgebiet Brandschutz und Rettungswesen unterstützt. Die Fachleute projektierten und begleiteten den Bau eines leistungsfähigen Feuerlöschbrunnens und eines Notbrunnens für das Feuerwehrtechnische Zentrum (FTZ) in Luckenwalde.

Einen erheblichen Umfang nahmen die Verfahren zur Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen ein. Dabei entfielen auf die einzelnen Antragsteller folgende Fallzahlen:

	2009	2010
Trink- und Abwasserzweckverband Luckau	1	8
Wasserver- und Abwasserentsorgungszweckverband Ludwigsfelde	3	4
Nuthe Wasser und Abwasser GmbH	1	5
Berliner Wasserbetriebe	1	1
Landesumweltamt	14	20
Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming	2	17
Wasser- und Abwasserzweckverband Hohenseefeld		18
Wasser- und Abwasserzweckverband Blankenfelde-Mahlow		15
Zweckverband Komplexsanierung Mittlerer Süden (KMS Zossen)		5
Summe	22	93

➤ *Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde)*

Die Untere Bodenschutzbehörde (UBB) arbeitet in der Projektgruppe „Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“ (DFK) mit. Hierbei liegt der Fokus in der Beachtung der Altlastensituation sowie der Kenntnisse zur Nutzung nach dem 2. Weltkrieg.

Weiterhin wird die enge Zusammenarbeit zwischen der durch das Land für seine Interessenwahrnehmung betrauten Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH und der UBB fortgeführt. Mehrfach wurden Karten zur komplexen Themenvisualisierung bereitgestellt.

Die Sanierung des Tanklagers Sperenberg (Abschöpfung der Kerosinphase) wird mit einem Pilotprojekt fortgeführt. Im Ergebnis dieses Pilotversuches wird die effektivste Sanierungsvariante installiert und kommt zur Ausführung.

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ arbeitet stabil und entfernte bisher insgesamt mehr als 11 Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe.

Das zivile Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ wurde fortgeführt. Nachdem die Erkundung abgeschlossen war, fanden erste Bodensanierungsmaßnahmen statt. Mittels Großlochbohrgerät wurde ca. 825 m³ kontaminiertes Erdreich entfernt. Da auch das Schadensausmaß im Grundwasser erheblich ist, werden derzeit Grundwassersanierungsmaßnahmen vorbereitet.

Die Arbeiten am Altlastenprojekt „Industriepark Ludwigsfelde“ gestalteten sich kontinuierlich. Zur weiteren Sicherung der Trinkwasserversorgung in Ludwigsfelde wird eine Insitu-Bodensanierung durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurden zwei zivile Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekte neu begonnen. Im ehemaligen Gaswerk Jüterbog und im Funkwerk Dabendorf fanden erste Schadenserkundungsmaßnahmen statt. Zum gegenwärtigen Stand werden konkrete Sanierungsarbeiten in Jüterbog erforderlich.

➤ *Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde)*

Bereits in den Tätigkeitsberichten ab 2005 gab es Ausführungen zu insolventen, nach Bundesimmissionsschutzrecht genehmigten Anlagen im Landkreis. Durch einen unerwarteten Runderlass (2006) sollten die Landkreise die Beseitigung dieser lagernden Abfälle übernehmen. Dies war seitens der Landkreise nicht hinzunehmen. Es wurde Klage eingereicht. Die Klage vor dem Verwaltungsgericht Potsdam ging für die Landkreise aus formalen Gründen verloren. Inhaltlich wurde jedoch die Auffassung der Landkreise durch das Gericht bestätigt. Durch das Land soll nun die Zuständigkeitsverordnung entsprechend geändert werden, was bislang aber noch aussteht.

2007 konnten die Müllskandale in Malterhausen und Markendorf aufgedeckt werden. Für Malterhausen wurde nun vor dem Landgericht Potsdam Anklage erhoben, über deren Annahme das Gericht noch nicht entschieden hat. In Markendorf und Malterhausen wurden durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe zur Gefahrenerkundung Grundwassermessstellen gebaut und das Grundwasser untersucht. Der geologische Untergundaufbau schützt in Markendorf das Grundwasser relativ gut. Die Analysen des Grundwassers ergaben bisher keine Auffälligkeiten. In Malterhausen ist der Schichtenaufbau für den Schutz des Grundwassers teilweise ungünstig. Im unmittelbaren Grundwasserabstrom der Müllablagerungen wurden 2009 erste Anzeichen für beginnende Grundwasserverunreinigungen gefunden. Die Untersuchungen im Berichtszeitraum haben diesen ersten Befund anscheinend nicht bestätigt. Die Untersuchungen werden kontinuierlich fortgesetzt.

Die *Umweltstreife* hat folgende Abfallmengen einer sachgerechten Entsorgung zugeleitet:

Abfallart	2008	2009	2010
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	88.190	90.854	82.239
Kühlgeräte in Stück	40	25	29
Reifen in Stück	781	813	637
Batterien in Stück	6	27	18
elektronische Geräte in Stück	114	120	112
Sonderabfälle in kg	4.503	3.361	3433

3. Sachgebiet Naturschutz

Dieses Produkt umfasst die Aufgabengruppen Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, Schutzobjekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie Verwaltungsverfahren.

Am 17. November wurde die Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Teltow-Fläming vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) genehmigt. Der Landschaftsrahmenplan setzt sich aus zwei Textbänden und 17 Karten, einschließlich des Umweltberichtes und der strategischen Umweltprüfung, zusammen. Die Inhalte des Landschaftsrahmenplanes (LRP) sind in allen Planungen und Verwaltungsverfahren zu berücksichtigen, soweit diese sich auf Natur und Landschaft im Planungsraum auswirken können. Sie dienen insbesondere der Beurteilung der Umweltverträglichkeit und der Verträglichkeit von Projekten mit den Erhaltungszielen von Natura-2000-Gebieten. Weiterhin sind sie bei der Aufstellung der Maßnahmenprogramme im Sinne des § 82 Wasserhaushaltsgesetz heranzuziehen. Der Landschaftsrahmenplan ist über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich.

Die u. a. vom Flughafen Berlin-Brandenburg-International (BBI) eingezahlten Ersatzzahlungsgelder beim Naturschutzfonds wurden im Berichtszeitraum mit Projektanträgen in Höhe von ca. 700.000 € im Landkreis eingesetzt. Es besteht diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Unteren Naturschutzbehörde und der Berlin-Brandenburg Area Development Company (BADC).

Die Angebotskataloge für die Bereitstellung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen für Investoren wurden fortgeführt. Seitens des MUGV wurde der erste Flächenpool im Landkreis zertifiziert. Es handelt sich um ein Projekt der Bundesforst (BImA) mit dem Schwerpunkt Waldumbau im Raum Märtensmühle/Hennickendorf. Entsiegelungen als Ersatz für den Neubau der B 101 wurden in den Naturschutzgebieten (NSG) „Heidehof-Golmberg“ und „Forst Zinna-Jüterbog-Keilberg“ realisiert.

Positiv ist die Entwicklung des Gesamtkonzeptes Denkmalschutz – Naturschutz für das Museum in der Natur auf der ehemaligen militärischen Liegenschaft Kummersdorf zu bewerten. Problematisch gestaltet sich hier aufgrund der noch nicht erfolgten Flächenübertragung durch den Bund die Entwicklung des kreislichen Ökopools.

Der Artenschutz hat auch in diesem Jahr aufgrund der Artenzuständigkeitsverordnung vom 14. Juli 2010 im Sachgebiet an Bedeutung gewonnen. Arten, die von Bauvorhaben am häufigsten betroffen sind, liegen in der Zuständigkeit der UNB. Die FFH-Verträglichkeit hat sich bei bedeutenden Bauvorhaben inzwischen etabliert und wird von der Unteren Naturschutzbehörde regelmäßig geprüft.

Im Bereich Schutzgebiete lag der Schwerpunkt in der Erarbeitung von Managementplänen (vier Pläne liegen vor, vier befinden sich derzeit in der Bearbeitung) und Bewirtschaftungserlassen. Für die Kontrolle und Berichterstattung zur Umsetzung der Maßnahmen der Bewirtschaftungserlasse an das MUGV ist die UNB verantwortlich.

In der Kreisverwaltung sind neun Zivildienstleistende tätig. Vier Zivildienstleistende sind im Bereich der Landschaftspflege eingesetzt. In Naturschutzgebieten werden jährlich etwa 10 ha Wiesenflächen gepflegt. Für diese Flächen konnten aufgrund schwieriger Bewirtschaftungsverhältnisse keine Landwirte für die Nutzung gewonnen werden. Im Frühjahr werden sechs Amphibienzäune durch die Zivis mit großem Erfolg betreut.

Die Voraussetzungen zum Start des Projektes "Erprobung und Entwicklung von Methoden zur Heidepflege durch kontrolliertes Feuer auf munitionsbelasteten Flächen im NSG Heidehof-Golmberg" wurden geschaffen. Die Laufzeit des Projektes beträgt vier Jahre. Die Fördergelder wurden akquiriert und die Verträge mit den Auftragnehmern geschlossen. Eine projektbegleitende Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen. Den politischen Gremien und Bürgern wurden über die Öffentlichkeitsarbeit die aktuellen Bearbeitungsstände mitgeteilt.

Im Rahmen des „Salzstellenprojektes“ des Landesumweltamtes konnten rund 20 ha aufgelassener Salzwiesen in die landwirtschaftliche Nutzung zurückgeführt werden. Das in Salzwiesen vorkommende Sumpfknapenkraut hat seinen Verbreitungsschwerpunkt in den Feuchtwiesen um Zossen.

Um den Schutz des Baumbestandes im Landkreis weiter zu gewährleisten, wurde das förmliche Verfahren zum Erlass einer „Verordnung zum Schutz von Bäumen im Landkreis Teltow-Fläming“ mit der Bekanntgabe der öffentlichen Auslegung begonnen und die Veränderungssperre in Kraft gesetzt.

Aufgabenthematik	Anzahl 2008	Anzahl 2009	Anzahl 2010
Genehmigungen zu Baumfällungen und Alleen	384	291	277
Genehmigungsverfahren zu Eingriffen in Natur und Landschaft	523	296	290
Beurteilungen von Fachplänen	261	232	273
Genehmigungs- und Befreiungsverfahren in Schutzgebieten und -objekten	220	201	195
Maßnahmen zum Artenschutz	146	152	222

Landwirtschaftsamt

1. Sachgebiet Agrarstruktur

Im Landwirtschaftsamt sind 398 landwirtschaftliche Unternehmen angemeldet. Das sind drei Unternehmen mehr als zum Stichtag des vergangenen Jahres. Diese Unternehmen gliedern sich in 18 Genossenschaften, 40 GmbH und 107 Haupterwerbsbetriebe sowie weitere Unternehmen im Garten- und Fischereibetrieb als auch im Nebenerwerb.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche im Landkreis ist gleichbleibend bei 91.800 ha. Jedoch hat sich der Anteil Ackerland geringfügig reduziert auf 74.514 ha und Grünland hat sich leicht erhöht auf 15.417 ha. Im Bereich des Pflanzenbaues konnten unter Berücksichtigung der Witterungsverhältnisse nur durchschnittliche Ergebnisse erreicht werden. Die hohen Temperaturen sowie die Trockenheit im Juni und Juli haben zu erheblichen Ertragseinbußen gegenüber 2009 geführt. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Ertrag bei Getreide um fast 10 dt/ha auf 45 dt/ha gefallen. Bei Winterraps dagegen konnte der Ertrag von 32,4 dt/ha das Vorjahresniveau halten. Die starken Niederschläge im August führten zu Ertragsausfällen und verspätetem Erntebeginn bei Silomais und Kartoffeln.

Mit einer Kartoffelanbaufläche von 2.453 ha zählt der Landkreis zu den größten Kartoffelanbauern im Land Brandenburg. Mit 361 dt/ha konnte jedoch nur ein durchschnittliches Ergebnis erreicht werden. Zur Erlössituation aus der Ernte kann eingeschätzt werden, dass die Mindererträge durch steigende Preise im Berichtszeitraum weitestgehend kompensiert werden konnten.

Nach wie vor gibt es einen leichten Anstieg des Anbaus von nachwachsenden Rohstoffen für Biogasanlagen. Der Anteil Silomaisanbau für Futterzwecke als auch für Biogasanlagen beträgt im Landkreis nur 14,5 % gegenüber der Ackerfläche.

➤ *Dorfwettbewerb*

Die Bürgerinnen und Bürger des Ortes Blankensee, die Sieger im 6. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, haben als Vertreter des Landes Brandenburg erfolgreich am Wettbewerb um den 11. Europäischen Dorferneuerungspreis 2010 teilgenommen.

Anlässlich der Verleihung des "Europäischen Dorferneuerungspreises für besondere Leistungen in einzelnen Bereichen der Dorfentwicklung" am 24. September weilten zahlreiche Einwohner aus Blankensee sowie Vertreter des Landkreis Teltow-Fläming in Sand in Taufers, Südtirol. Sie nutzten die Gelegenheit zu einem regen Erfahrungsaustausch mit Vertretern der 30 Wettbewerbsteilnehmer aus 11 Nationen, um neue Ideen und Anregungen zur weiteren Ausgestaltung der ländlichen Entwicklung im Landkreis aufzunehmen und umzusetzen.

➤ *Landes- und Kreiserntefest*

In diesem Jahr wurde nicht nur das 10. Kreiserntefest im Ortsteil Jänickendorf der Gemeinde Nuthe-Urstromtal gefeiert, sondern auch das 7. Landes-, Dorf- und Erntefest des Landes Brandenburg. Dazu konnten der Ministerpräsident des Landes Brandenburg sowie weitere Vertreter der Politik und Landesverbände begrüßt werden. Ein abwechslungsreiches Programm auf zwei Bühnen sowie ein traditioneller Festumzug begeisterten die fast 30.000 Besucher dieses Erntefestes in Jänickendorf. Auch eine Delegation aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno war zu Gast.

Mehrere Mitarbeiter des Amtes beteiligten sich an den Vorbereitungen und der Durchführung dieses großen erfolgreichen Erntefestes. Neben der eigenen Präsentation des Landkreises übernahmen Mitarbeiter die Organisation des Marktes, der Erlebnismesse sowie der Tierschau.

➤ *Messe „Internationale Grüne Woche“*

Die positive Resonanz bei der Präsentation in der Brandenburghalle auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2009 war ausschlaggebend, einen Antrag zur Teilnahme an der IGW 2010 zu stellen. Aufbauend auf den gesammelten Erfahrungen konnte den Besuchern Dank der engen Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Direktvermarktern aus dem Landkreis und den jeweiligen Regionen ein interessantes und vielseitiges Programm an den einzelnen Messetagen präsentiert werden. Diese Präsentation wird aufgrund der guten Erfahrungen auch 2011 weitergeführt.

Die sehr enge und gute Zusammenarbeit des Landkreises mit der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) „Rund um die Flaeming-Skate“ e. V. ist weiter vertieft worden. Besonders die Stellungnahmen für kommunale Anträge wurden weiter qualitativ verbessert. So konnten in diesem Jahr für 29 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 8,31 Mio € insgesamt 5,44 Mio € Fördermittel bewilligt werden.

Im Berichtszeitraum nutzten zahlreiche landwirtschaftliche Unternehmen die Möglichkeit, Anträge zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen nach den Richtlinien des Landes Brandenburg zur Förderung Einzelbetrieblicher Investitionen in landwirtschaftlichen Unternehmen zu stellen.

Für geplante Investitionen mit einem Umfang von 11,2 Mio € wurden Fördermittel in einer Höhe von ca. 2,53 Mio € beantragt, insbesondere für die Bereiche Beregnung, Lagerhallenbau, Kauf von Innentechnik (inklusive Maschinen) sowie Stallneu- bzw. Umbau. Weiterhin wurden zwei Hofstellen bei gleichzeitiger Schaffung von Ferienwohnungen umgebaut.

➤ *Pacht- und Grundstücksverkehr*

Die landwirtschaftlichen Unternehmen haben insgesamt 12.167 Pachtverträge mit einer Fläche von ca. 81.000 ha angezeigt. Der zu zahlende Pachtpreis an die Verpächter beträgt 6,4 Mio €. Es wurden insgesamt 319 Grundstücksverträge bearbeitet. Von den 228 vorliegenden Kaufverträgen haben in 101 Verträgen landwirtschaftliche Unternehmen 1.171 ha für 4,73 Mio € erworben. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres wurden 2.300 ha für 6,8 Mio € erworben. Ein begünstigter Flächenkauf von der BVVG ist nicht mehr möglich gewesen. Bis zum 31. Dezember 2009 wurden insgesamt 7.256 ha von der BVVG veräußert. Außerhalb des Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetzes wurden bis zum 31. Dezember 2010 insgesamt 8.093 ha veräußert, davon 159 ha im Jahr 2010.

In den letzten 20 Jahren wurden durch Infrastrukturmaßnahmen und Gewerbegebiete der Landwirtschaft ca. 2.765 ha landwirtschaftliche Nutzfläche entzogen.

Der Landkreis besitzt ca. 270 ha landwirtschaftliche Flächen, von denen ca. 226 ha an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet sind. Die jährlichen Pachteinahmen hieraus betragen 15.660 €.

➤ *Kommunalwald*

380 ha Kommunalwald sind im Eigentum des Landkreises, insbesondere im berlinnahen Raum. Neben vier Zivildienstleistenden, die Pflichtaufgaben im Kommunalwald erfüllen, sind weitere zehn

Arbeitskräfte als Mehraufwandsentschädigung (MAE) und fünf ABM-Kräfte in Trägerschaft der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft (GAG) beschäftigt. Dieser Personenkreis wird eingesetzt, um dem Erhalt und Schutz der Erholungsfunktion des Kommunalwaldes gerecht zu werden. Im Berichtszeitraum flossen durch den Verkauf von Holz ca. 31.700 € Einnahmen in den Kreishaushalt.

➤ *Futtermittelüberwachung*

In der amtlichen Futtermittelüberwachung hat sich - mit zahlreichen und umfassenden Änderungen in der EU-Gesetzgebung seit dem Jahr 2005 - die Anzahl der im Landkreis zu kontrollierenden landwirtschaftlichen Unternehmen auf aktuell 411 Betriebsstandorte nahezu verdoppelt. Die Planvorgabe für den Berichtszeitraum sah 154 Vor-Ort-Kontrollen und 134 Schadstoffanalysen von Futtermittelproben vor. Es wurden 165 Betriebe kontrolliert und 183 Parameter analysiert. Aufgrund mangelnder Futtermittelhygiene mussten neben mündlichen Belehrungen auch Verwarnungen ausgesprochen werden.

Im Jahr 2008 wurde das Qualitätsmanagementsystem des Landes Brandenburg auf den Fachbereich Futtermittelüberwachung ausgedehnt. Bei einer Überprüfung im Rahmen eines Audits im November konnte dem Landkreis die korrekte Anwendung bestätigt werden.

➤ *Kreislandwirtschaftsschule*

Die Aufgabe der Landwirtschaftsschule besteht in der Verbesserung der beruflichen Qualifikation der in der Landwirtschaft Beschäftigten durch Aus- und Weiterbildung. Insgesamt wurden 19 Bildungsmaßnahmen mit 406 Teilnehmern durchgeführt. 23 Landwirtschaftsmeister/innen beendeten erfolgreich die Ausbildung an der Landwirtschaftsschule.

Vom 1. bis 4. November fand im Landkreis die Wirtschaftswoche statt. Neben den Themen Klimaschutz und Ländliche Entwicklung am 1. November präsentierte sich am 3. November die Kreislandwirtschaftsschule zu Themen der ländlichen Berufsausbildung und Grüne Berufe in der Landwirtschaft im Oberstufenzentrum Ludwigfelde.

2. Sachgebiet Agrarförderung

Im Berichtszeitraum haben insgesamt 281 landwirtschaftliche Betriebe einen Antrag auf Agrarförderung gestellt. Des Weiteren wurden für den Anbau von Eiweißpflanzen von insgesamt 35 Betrieben Anträge gestellt. 12 landwirtschaftliche Unternehmen stellten einen Antrag auf Zuschuss für den Anbau von Stärkekartoffeln und 27 Unternehmen erhielten aufgrund der schlechten Milchpreise 2009/10 eine Grünlandprämie sowie eine Kuhprämie. Fast 50 % der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fällt unter die Rubrik benachteiligte Gebiete. Diese 145 landwirtschaftlichen Unternehmen haben einen Antrag auf Zuschuss gestellt, der mit 1,606 Mio € gefördert wurde. 66 Unternehmen nutzten die papierlose Antragstellung über das Internet.

Insgesamt muss eingeschätzt werden, dass die Zuschüsse an die landwirtschaftlichen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um 250.000 € zurückgegangen sind, da mit der Erhöhung der Modulation eine Reihe von größeren landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises betroffen ist. Insgesamt wurden 29,5 Mio € EU-, Bundes- und Landesmittel bewilligt und ausgezahlt.

Im Landwirtschaftsamt wurden 68 Abtretungen und 41 Pfändungen angezeigt, die insgesamt eine Forderung von 7,1 Mio € ausmachten.

Im Rahmen der Agrarförderung wurden weiterhin 16 Anträge zur Klärschlammasbringung angezeigt und bearbeitet sowie 13 Kontrollen im Rahmen der Düngeverordnung und im Rahmen der Cross Compliance-Kontrollen (CC) durchgeführt. Es gab bei den CC-Kontrollen drei Sanktionen zwischen 1 und 5 %. Erstmals wurde eine Kurzumtriebsplantage von 12 ha angezeigt, wobei die Tendenz in den nächsten Jahren steigend sein wird.

➤ *Kulturlandschaftsprogramm*

Im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) haben 129 Antragsteller 135 Anträge gestellt. Die Maßnahmen der verschiedenen Kulturlandschaftsprogramme werden insgesamt auf einer Fläche von 12.862 ha durchgeführt. Das sind immerhin 14,09 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises. Die Antragsteller erhalten für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung insgesamt einen Ausgleich von 1,7 Mio €. Auch im Grünland werden auf 8.686 ha Programme des KULAP umgesetzt. Das sind 56 % des Grünlandes im Landkreis.

In der Milchproduktion hat sich die Preissituation leicht entspannt, die jetzt über dem Preisniveau von 2009 liegt. Sehr erfreulich ist, dass sich die Milchleistung in den Landwirtschaftsbetrieben weiter verbessert hat. Acht milchproduzierende Betriebe erreichten eine Milchleistung von über 9.000 kg/Kuh und Jahr sowie zwei Betriebe über 10.000 kg Milch je Kuh und Jahr. Die 25 milchproduzierenden Betriebe im Landkreis haben insgesamt 72.318.191 kg/Milch an die entsprechenden Molkereien geliefert und damit eine Durchschnittsleistung von 8669 kg/Kuh und Jahr erreicht.

Aufgabenthematik	2008	2009	2010
Bearbeitung Anträge Agrarförderung davon Antragsteller über das Internet	294 69	296 59	288 66
Abtretungen	58	72	68
Pfändungen und Verrechnungen	61	46	41
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	130	120	129
Maßnahmen Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	159	128	135
Pachtverträge	12.301	12.257	12.167
Grundstücksverkehr	353	375	319
Bearbeitung Klärschlammanträge	16	26	16
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	16	15	13
Futtermittelanalysen auf schädliche Stoffe	223	165	183
Kontrolle Futtermittelunternehmen einschließlich CC-Kontrollen	118	151	165
Teilnehmer an Kursen der Landwirtschaftsschule	517	424	406
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	24	18	17
Vor-Ort-Kontrollen Fernerkundung	70	53	68

Dezernat IV

Kreisentwicklungsamt

Die Aufgaben des Kreisentwicklungsamtes gliedern sich in folgende Schwerpunkte:

- Beratung und Vermittlung in Fragen zum Flughafen ausbau Berlin Brandenburg International (BBI) als Ansprechpartner für die Gemeinden und Bürger, Zusammenarbeit mit Flughafengesellschaft und Planungsbehörden
- Mitwirkung an übergeordneten Planungen und Projekten sowie die Durchführung eigener Vorhaben im Hinblick auf eine positive Kreisentwicklung und die Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises
- Weitere Qualifizierung insbesondere der touristischen Infrastruktur und damit verbundener Angebote
- Begleitung und Unterstützung der Gemeinden und Planungsträger im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sowie bei städtebaulichen Maßnahmen
- Regional-, verkehrsplanerische sowie bauplanungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben sonstiger Planungsträger und anderer Ämter
- Prüfung von Genehmigungsanträgen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch

1. Sachgebiet Kreisentwicklung

➤ *Flughafenkoordinator*

Die Flughafenkoordinatorin ist mit ihren Aufgaben im Kreisentwicklungsamt eingebunden.

Die Mitarbeit im Dialogforum und dessen drei Arbeitsgruppen (AG) zur Entwicklung des Flughafenumfeldes wurde fortgeführt. In der AG 1 – Interessenausgleich – wird der Landkreis durch den Landrat vertreten. Mitglied in der AG 2 – Lärm – ist der Beigeordnete und Dezernent Detlef Gärtner. Er leitet weiterhin seit November die AG 3 – Kommunale und interkommunale Entwicklung.

An der Umsetzung der durch den Kreistag im Zusammenhang mit dem Flughafen BBI gefassten Beschlüsse wurde aktiv gearbeitet. Zur Realisierung des Maßnahmeplanes zum 30-Punkte-Programm wurden u. a. folgende Aktivitäten durchgeführt:

- Die Beratungen für die von den Auswirkungen des Flughafens betroffenen Bürger wurden fortgesetzt. Insgesamt nutzten 240 Anspruchsberechtigte an 51 Beratungstagen vor Ort die Angebote, um sich zum Schallschutzprogramm und zu anderen Anliegen zu informieren.
- Zur speziellen Überprüfung einzelner Schallschutzmaßnahmen konnten weitere Beratungsleistungen vermittelt werden, für die entsprechende Haushaltsmittel im Kreishaushalt eingeplant waren. 155 Familien nahmen seit Mai diese Gutachtertätigkeit in Anspruch.

- Ab November konnten die kreislichen Beratungstätigkeiten mit weiteren Informationsangeboten im neu eröffneten Flughafenberatungszentrum (FBZ) in Mahlow gebündelt werden. Unter der organisatorischen Leitung der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft Teltow-Fläming mbH werden hier auch Beratungen hinsichtlich des Netzwerkes Mittelstand, der Existenzgründungsmöglichkeiten aus der Arbeitslosigkeit und Fördermittelberatungen für gewerbliche Betriebe angeboten. 45 Bürger haben diese Möglichkeit bereits wahrgenommen.

Eine eigene Internetseite www.flughafen-beratungszentrum.de wurde in Zusammenarbeit mit der Online-Redaktion erstellt.

- Im April fand im Kreishaus eine Informationsveranstaltung zu den Auswirkungen des Lärms des künftigen Flughafens BBI auf die Gesundheit der Menschen statt. Als Referenten konnten die Herren Prof. Greiser und Dr. Maschke gewonnen werden.
- Auf Forderung der Kreisverwaltung veranlasste das Land Brandenburg im Juni die Aufstellung einer Messstelle für Luftschadstoffe in Mahlow. Die erste mobile Messstelle für Fluglärm kam im September in Ludwigsfelde zum Einsatz.
- Der Landkreis wirkte aktiv in dem wissenschaftlichen Projekt zur nachhaltigen Entwicklung der Kommunen im Flughafenumfeld „FAIRLeben“ mit. Dieses zielt auf die Erarbeitung von Strategien zum Umgang mit (Flug-)Lärm für die Sicherung der empfundenen Lebensqualität in Gebieten mit einer starken Infrastrukturbelastung.
- Unterstützt wurde darüber hinaus die Arbeit für die Fluglärmkommission (FLK). Der Beigeordnete Detlef Gärtner ist seit November dort Mitglied und vertritt die Interessen der vom Fluglärm betroffenen Gemeinden des Landkreises, die nicht Mitglied in der Kommission sind.
- Für eine Expertenkonferenz zum Thema „Umgang mit Lärm“ anlässlich des „Tages gegen Lärm“ im Frühjahr 2011 sind erste Vorbereitungen getroffen worden.

➤ *Kreisentwicklung/Infrastruktur*

Zur Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises sind folgende Entwicklungen der Vorhaben in den Bereichen Verkehrs- und Tourismusinfrastruktur hervorzuheben:

- Zum vierstreifigen *Ausbau der B 101n* bis Luckenwalde gab es erneute Abstimmungen mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Weiterführung der fehlenden Bauabschnitte und zur bestmöglichen Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten.

Im Rahmen der Weiterführung des Planfeststellungsverfahrens für die Ortsumgehung Thyrow hat sich der Landkreis wiederum konsequent dafür eingesetzt, dass beim Bau des Brückenbauwerkes im Zuge der L 795 über die B 101n, wie vom Kreistag schon mit Beschluss vom 14.07.2008 (3-1349/08-IV) gefordert, ein straßenbegleitender Radweg berücksichtigt wird. Hierbei wurden neben dem Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft auch zahlreiche Bundes- und Landtagsabgeordnete um Unterstützung ersucht. Darüber hinaus hat sich der Landkreis gemäß Beschluss des Kreistages vom 13. September 2010 (4-0728/10-IV) bereit erklärt, die Mehrkosten für das Brückenbauwerk bei Berücksichtigung eines Radweges anteilig zu übernehmen. Der Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Ortsumgehung Thyrow und damit eine verbindliche Aussage zur Berücksichtigung der Forderung liegen jedoch noch nicht vor.

Mit dem Bau des Abschnittes der B 101n zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen wurde im Oktober begonnen, seine Fertigstellung ist für Herbst 2012 vorgesehen. Erneute Verzögerungen waren hier durch das Klageverfahren eines Bieters aufgetreten. Auch mit dem Bau der Ortsumgehung Luckenwalde Süd konnte im Herbst begonnen werden. Die Fertigstellung ist ebenfalls für den Herbst 2012 geplant.

- Der im Rahmen *kreislicher Straßenplanungen* vom Kreisentwicklungsamt geplante und zur baulichen Realisierung an das Bauamt übergebene straßenbegleitende Radweg entlang der K 7239 von Diedersdorf nach Birkholz (Birkholzer Straße) konnte im August für die Radfahrer freigegeben werden. Die Planung für die Weiterführung dieses Radweges zwischen der L 76 und L 76n wurde fortgesetzt.

Weiterhin wurde mit der Planung des touristischen Verbindungsweges zwischen Zesch am See und Egsdorf begonnen. Baubeginn soll im Jahr 2011 sein.

- Um eine hochwertige *Breitbandinfrastruktur* im Landkreis zu schaffen, hat das Kreisentwicklungsamt, wie innerhalb der Verwaltung insgesamt vorgesehen, bei allen anstehenden Infrastrukturmaßnahmen Leerrohre zur Absicherung der Leitungsverlegung berücksichtigt.
- Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu weiteren Planverfahren für *sonstige Infrastrukturmaßnahmen* des Bundes, des Landes und anderer Träger erarbeitet.

Die Arbeitsgespräche zur Beschleunigung des Ausbaues der Dresdner Bahn wurden fortgesetzt. Ziel ist, diese 2011 zu intensivieren, um in absehbarer Zeit wesentliche Fortschritte bei den Problemschwerpunkten herbeiführen zu können.

- Im Rahmen der Fortführung und Optimierung des 1998 durch den Landkreis gestarteten Projektes *Fläming-Skate* erfolgte im November der Baubeginn des Abschnittes Wahlsdorf – Prensdorf. Mit der Fertigstellung dieses Abschnittes im Jahr 2011 wird der Lückenschluss zwischen den bestehenden Trassenabschnitten der Fläming-Skate in den Ortslagen Wahlsdorf und Prensdorf realisiert, sodass ein weiterer Rundkurs von rund 38 km Länge entsteht. Die Gesamtlänge des Rad- und Skateweges wird damit rund 225 km erreichen.

Im Herbst begannen die Planungen eines barrierefreien Radweges am Wasserwerk Luckenwalde. Der Baubeginn ist für 2011 vorgesehen.

- Die Umsetzung des *Radwegekonzeptes des Landkreises*, das u. a. auf die Herstellung durchgängiger Radwegeverbindungen von Berlin zur Fläming-Skate zielt, konnte mit folgenden Maßnahmen weiter vorangetrieben werden:
 - Weiterführung der Planung für den Bau eines Radweges von der L 73/Wietstocker Kreuzung bis Ortseingang Großbeeren
 - Zusammenstellung der kompletten Planungsunterlagen, Zustimmungen und naturschutzrechtlichen Genehmigungen für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Löwendorf nach Schönhagen und Übergabe an den Landesbetrieb Straßenwesen zur Antragstellung auf Planfeststellungsverzicht beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
 - Weiterführung der Planung für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Schönhagen nach Stangenhagen/Landkreisgrenze
 - Weiterführung der Planung für die Schaffung einer Radwegeverbindung zwischen Mückendorf und Zesch am See

- Der Ausbau eines nicht befahrbaren Abschnittes zwischen Thyrow und Märkisch Wilmersdorf des touristischen Radwegekonzeptes „*Wege durch die Regionalparks in Brandenburg*“ konnte im November mit Fördermitteln des Landesamtes für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung abgeschlossen werden.
- Der Auftrag für die Ausschilderung der touristischen Radroute „*Tour Brandenburg*“ wurde im November vergeben. Auf Grund rechtlicher Unklarheiten bei der Weiterverwendung des Logos der Landesregierung traten jedoch erhebliche Verzögerungen bei der Umsetzung ein, so dass die Maßnahme erst im Jahr 2011 fertig gestellt werden kann.
- Im Rahmen der Verbesserung der touristischen Infrastruktur wurde mit kreislichen Vorbereitungen zum „*Deutschen Wandertag 2012*“ im Fläming begonnen. Durch zwei Mitarbeiter, gefördert über das Bundesprogramm Kommunal-Kombi als „Netzwerkheifer Tourismus“, erfolgte die digitale Erfassung der Beschilderung und des Zustandes der „Radrouten durch die Regionalparks“ sowie der Beschilderung der „Fläming-Skate“.

Die 2009 begonnene Sportentwicklungsplanung unter Beteiligung aller kreislichen Kommunen, des Kreissportbundes sowie der Universitäten Potsdam und Cottbus wurde fortgeführt. Nach der räumlichen Bestandsaufnahme und diversen Arbeitsgesprächen mit den Kommunen konnten erste Handlungserfordernisse und Planungsabsichten erarbeitet werden. Der Abschluss des Projektes mit Entscheidungen über Ziele und Maßnahmen der künftigen kommunalen und integrativen Sportentwicklungsplanung im Landkreis ist bis Mai 2011 vorgesehen.

In Umsetzung des Konjunkturpaketes II erfolgte die Erarbeitung einer Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Sportstätten, die der Kreistag mit Beschluss vom 15. Februar (4-0458/10-IV) bestätigte. In Zusammenarbeit mit dem Bauamt wurde die verfahrenstechnische Begleitung der Antragsabwicklung zur Richtlinie wahrgenommen. Darüber hinaus ist die Sportförderrichtlinie des Landkreises überarbeitet worden, die der Kreistag am 13. Dezember 2010 in ihrer neuen Fassung beschloss (Vorlage 4-0790/10-IV).

Die Aktualisierungsarbeiten an der Kreientwicklungskonzeption wurden weiter fortgeführt.

Im Rahmen der übergeordneten Raumentwicklungsplanung entstand mit der Unwirksamkeit des Sachlichen Teilregionalplans „Windenergienutzung“ der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming durch Beschluss des OVG Berlin-Brandenburg vom 14. September 2010 eine neue Planungssituation im Hinblick auf die Steuerung der Windenergienutzung. Diesbezüglich erfolgte die Aufbereitung und Auswertung der bestehenden Regelungen zur Windkraftnutzung in der gemeindlichen Flächennutzungsplanung im Landkreis sowie die Erarbeitung von Hinweisen zu Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten für die Kommunen.

Aus dem Urteil zum Teilregionalplan ergaben sich auch detaillierte Anforderungen für die Aufstellung des neuen Regionalplans, der aktuell durch die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming erarbeitet wird. In diesem Zusammenhang waren unter Einbeziehung weiterer Fachämter Zuarbeiten zu den neuen Planungskriterien für einzelne Kapitel zu leisten. Die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens für den Regionalplan 2020 ist nunmehr für das erste Halbjahr 2011 vorgesehen.

Die Mitarbeit am Modellvorhaben der Raumordnung „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ wurde ämterübergreifend fortgesetzt. Als Ergebnisse für die Region Havelland-Fläming liegen nun Expertisen zu den erwarteten Auswirkungen des Klimawandels vor. Darüber hinaus sind erste Handlungserfordernisse aus den einzelnen Betroffenheiten abgeleitet worden. Die Inhalte und Ergebnisse des Projektes wurden in die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zum Klimaschutz eingebracht.

2. Sachgebiet Bauleitplanung

➤ *Bauleitplanung/Städtebaumaßnahmen*

Das Kreisentwicklungsamt begleitete planungsrechtlich 36 Bauleitplanungen in unterschiedlichen Beteiligungsstufen. Zudem fungierte es im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden im Hause.

Auch in diesem Jahr wurde der Trend zum Ausbau der Nutzung regenerativer Energien in den Gemeinden fortgesetzt. Hervorzuheben sind hierbei folgende Bebauungspläne (BP):

- BP Nr. 5 „Biogasanlage Nonnendorf“ der Gemeinde Niedergörsdorf
- BP Nr. 027 „Solarkraftwerk Neue Energien Jüterbog“ der Stadt Jüterbog
- BP Nr. 031 „Freiflächen-Solarpark Jüterbog II“ der Stadt Jüterbog
- BP „Fotovoltaikanlage“ OT Wünsdorf der Stadt Zossen
- BP „Energiegewinnung aus Biomasse und Gärsubstratverarbeitung, 1. Änderung“ OT Felgentreu der Gemeinde Nuthe-Urstromtal

Auf Anfrage mehrerer Gemeinden, die unter Bezug auf die Unwirksamkeit des entsprechenden Teilregionalplans Besorgnis hinsichtlich nicht gewünschter Entwicklungen im Bereich der Windkraftnutzung äußerten, konnte steuernd eingegriffen werden. Auch bei Anfragen von Bürgern, Ämtern und Gemeinden sowie Planungs- und Gutachterbüros zu sonstigen planungsrechtlichen Problemstellungen wurden regelmäßige Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Eine weitere Entwicklung zur Nutzung regenerativer Energien kann auch im Rahmen von Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) festgestellt werden. So wurden wiederum mehrere Verfahren zur Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Biomasse planungsrechtlich begleitet.

Im Rahmen einer durch den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg beabsichtigten Prüfung der Leistungsfähigkeit der Kreuzung der B 96 am Südring Center Rangsdorf erfolgte die Analyse der gewerblichen Entwicklung entlang der B 96 und deren Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen in den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf. Das Ergebnis zeigte, dass ein sogenannter kleiner Kreisverkehr mit zweistreifig befahrbaren Elementen zu einer sinnvollen Entlastung in diesem Bereich führen würde.

Auf der Grundlage der Städtebauförderungsrichtlinien des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (jetzt Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft) vom 9. Juli 2009 begleitete das Kreisentwicklungsamt sowohl als Fachbehörde als auch als Bündelungsbehörde des Landkreises Förderungs- und Förderungsfortführungsanträge mehrerer kreisangehöriger Gemeinden für städtebauliche Gesamtmaßnahmen.

Eine Positionierung erfolgte darüber hinaus auf Anfrage der Brandenburgischen Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung- und -verwertung mbH erneut zu einzelnen Vermarktungsabsichten für ehemalige Flächen der Westgruppe der Truppen.

Das Kreisentwicklungsamt arbeitete in der Koordinierungsgruppe des Landkreises sowie im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung des Kreistages mit und nahm gleichzeitig die Begleitung und Protokollierung der jeweiligen fachlichen Arbeit wahr. Im Rahmen der Ausschusstätigkeit wurden zehn

Sitzungen, teilweise an Tagungsorten mit Bezug zu einzelnen Projektschwerpunkten (z. B. im Historisch-Technischen Museum Heeresversuchsstelle Kummersdorf) durchgeführt.

Alle Planungen und Vorhaben wurden darüber hinaus fortwährend durch das geografische Informationssystem (GIS) unterstützt. Schwerpunkte hierbei waren die Arbeit an GIS-Datenbanken der Bauleitplanung, die Aufbereitung von Planungsthemen und deren Bereitstellung übers Intranet sowie die zunehmende Mitwirkung bei der Erstellung kreislicher Flyer und bei der Veröffentlichung von Kartenmaterial. An Bedeutung gewannen zudem ämterübergreifende Tätigkeiten wie:

- Erstellen von GIS-Themen für Ämter ohne GIS-Kompetenz
- Aufbereiten/Austauschen von GIS-Daten innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung
- Aufarbeitung und Bereitstellung einer kostenfreien digitalen Kartengrundlage für Veröffentlichungen (OpenStreetmap)
- Einführen kostengünstiger Techniken (GPS) zur digitalen Übernahme von z. B. Wegen und Beschilderungen in das GIS
- Mitwirken an der Planung und Umsetzung des Pilotprojektes „Fläming-Skate“ für das Internet-Portal der Kreisverwaltung (WEB-GIS)
- Erschließen neuer GIS-Techniken für effektivere Arbeitsabläufe

➤ *Höhere Verwaltungsbehörde*

Die umfängliche Prüf- und Beratungstätigkeit zu allen Fragen des Planungsrechts und den benachbarten Fachrichtungen konnte fortgesetzt werden. Auf die enge Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der jeweiligen Kommunen, mit den Planern und Investoren sowie mit weiteren Behörden wurde wiederum besonderer Wert gelegt.

Den Schwerpunkt der Verfahren bildete die Änderung von Bauleitplänen und hier insbesondere von Flächennutzungsplänen. Grundsätzliche fachliche Fragestellungen auch außerhalb der Prüfverfahren waren Gegenstand weiterer Erörterungen.

Widersprüche und Klageverfahren sind nicht anhängig.

Schließlich konnte der Dialog mit der zuständigen Sonderaufsichtsbehörde, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, in positiver Weise weiter gepflegt werden. Zusammen mit dem Ministerium stand die höhere Verwaltungsbehörde erneut im Rahmen eines durch das Volksheimstättenwerk organisierten Fortbildungsseminars in Potsdam als Referent aus der Praxis zur Verfügung.

Kataster- und Vermessungsamt

Antragsstatistik

- Im Berichtszeitraum wurden ca. 4.700 schriftliche und mündliche Anträge auf Erteilung von Auszügen aus der Liegenschaftskarte oder von Eigentumsnachweisen gestellt und bearbeitet.
- Eine Vielzahl von Kunden hat sich durch die Einführung von digitalen Systemen in der Vermessungsverwaltung auf die Auskunftserteilung in digitalen Formaten umgestellt und setzt Grafische Informationssysteme ein. Flurkartenauszüge in digitalen Formaten wurden von insgesamt 31.000 km² Kreisfläche verkauft.
- Voreigentümerrecherchen wurden für 2.164 Antragsteller erarbeitet.
- Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 940 Anträge auf Unterlagenerteilung erarbeitet. Die örtliche Messtätigkeit des Amtes wird durch drei Messtrupps erledigt. Sie bildet die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist auch künftig eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.
- 987 Vermessungsschriften wurden durch Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure oder durch das Amt selbst zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und in die Kataster-nachweise übernommen. Die Fortführungsvermessungen sind nach ca. zwei Monaten in das Liegenschaftskataster eingearbeitet.
- Im Bereich Grundstücksverkehrsgenehmigung wurden 616 Negativatteste und 1.135 GVO-Ge-nehmigungen erarbeitet.
- Weiterhin wurden 64 gesetzliche Vertreter abberufen und 22 gesetzliche Vertreter neu bestellt.

Einführung des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS)

Nachdem der für Ende des Jahres 2010 geplante Umstieg in das System ALKIS auf 2012 verschoben wurde, war für die Katasterverwaltung kurzfristig eine Umorganisation der vorbereitenden Arbeiten des Migrationsteams notwendig. Im verbleibenden Zeitraum konnten nunmehr verstärkt Arbeiten zur Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte ausgeführt werden. Die im Herbst angelaufenen ALKIS-Schulungen für die ersten Mitarbeiter und die für Übungszwecke geschaffene Anbindung an die ALKIS-Umgebung im Landesnetz bieten relativ gute Möglichkeiten, erste Erfahrungen für die künftige Abarbeitung der Fortführungen im Kataster zu sammeln.

Die Beratungen des „Arbeitskreises Süd“ zu Detailfragen der ALKIS-Datenqualifizierung, auch in Zusammenhang mit der im Juli veröffentlichten neuen Vermessungsvorschrift Liegenschaftsvermessung (VVLiegVerm), wurden genutzt, um effektive und einheitliche Verfahrensweisen und Abläufe zu entwickeln.

Weiterhin wurde in diesem Gremium eine gemeinsame Stellungnahme zu den Entwürfen der Vermessungsgebührenordnung (VermGebO) und der Vermessungsentgeltverordnung (VermEV) vom Juli 2010 erarbeitet.

Einführung von Gebietstopographen

Das Team der Gebietstopographen stellte sich in den Bau- bzw. Liegenschaftsverwaltungen jeder Stadt und jeder Gemeinde des Landkreises vor und konnte gleichzeitig einen aktiven Ansprechpartner etablieren. Diese Zusammenarbeit auf Gemeindeebene erbrachte eine Vielzahl von nutzbaren Topographieinformationen, die an den Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation

Brandenburg (LGB) weitergeleitet wurden. Die modell- und regelgerechte Erfassung der Topographieelemente muss weiterhin entsprechend Geotopographieerlass konsequent geschult und trainiert werden.

Webbasiertes Grafisches Informationssystem in der Kreisverwaltung/Katasterverwaltung

Das Kataster- und Vermessungsamt ist stark am Aufbau eines Infrastrukturknotens in der Kreisverwaltung interessiert, um damit einer Vielzahl von Partnern - vorwiegend in den Städten und Gemeinden - den Zugriff auf Geobasis- und Geofachdaten zu erleichtern.

In ständiger Weiterentwicklung befindet sich die bereits vorhandene WebGIS-Lösung im Kataster- und Vermessungsamt. Die Benutzung von weiteren, von der LGB zur Verfügung gestellten externen Daten über WMS- und WFS-Dienste hat das WebGIS zu einer nicht mehr wegzudenkenden Anwendung in allen Bereichen des Katasters innerhalb der Kreisverwaltung gemacht.

Gutachterausschuss für Grundstückswerte

Die am 1. Juli 2010 in Kraft getretene Immobilienwertverordnung stellt neue Anforderungen an die Gutachterausschüsse, insbesondere an die Ermittlung der Bodenrichtwerte. Diese sind künftig zonal und flächendeckend für alle Entwicklungsstufen zu ermitteln und zu veröffentlichen. An der Umsetzung dieser Anforderungen wird bereits gearbeitet, sodass mindestens die flächendeckende Zonierung der Bodenrichtwerte in der Bodenrichtwertkarte 2010 gewährleistet sein wird. Weiterhin kann der Grundstücksmarkt mit Hilfe von Marktindikatoren präziser abgebildet werden und besonders in Regionen mit wenig Grundstücksverkehr Unterstützung bei der Ermittlung von Bodenrichtwerten bieten. Die Mitglieder des Gutachterausschusses wurden mit der Auswertung von ergänzenden Informationen aus ihrer gutachterlichen Praxis einbezogen.

Der Immobilienmarkt im Landkreis hat sich im zurückliegenden Jahr wertstabil gezeigt. So wurden ca. 2.250 notariell geschlossene Kaufverträge über Grund und Boden des Landkreises ausgewertet und stehen dem Gutachterausschuss und den Sachverständigen in der Kaufpreissammlung für weitere Analysen zur Verfügung.

Schwerpunkt der Tätigkeit des Gutachterausschusses war weiterhin die Erstellung von Entschädigungsgutachten, die durch das voranschreitende Baugeschehen der neuen Bundesstraßen B 101 und B 96 und der damit einhergehenden Eingriffe in das Eigentum durch die Enteignungsbehörde beantragt wurden sowie die Ermittlung von besonderen Bodenrichtwerten in zwei Sanierungsgebieten in Luckenwalde.

Ausbildung

Mit drei eigenen und drei externen Auszubildenden wurde eine Vielzahl von Fachthemen innerhalb der gegründeten „Unterweisungsgemeinschaft Teltow-Fläming“ behandelt. Unterstützt wurde die Verwaltung von kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren (ÖbVI), die sich bereit erklärten, für einzelne Themen als Referent aufzutreten. Die Unterweisungsgemeinschaft hat sich als gewinnbringend für die Ausbildung der Vermessungstechniker erwiesen.

Im Juli beendete ein Auszubildender nach dreijähriger Ausbildung in der Kreisverwaltung seine Ausbildung erfolgreich als Vermessungstechniker.

Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde

1. Sachgebiet Technische Bauaufsicht

Die Anzahl der telefonischen und schriftlichen Anfragen sowie Anfragen per E-Mail erhöhten sich auch im Berichtszeitraum weiter. Der Aufwand für Beratungen war gleichbleibend hoch. Bauherren und Investoren nutzten, wie auch in den Jahren davor, seltener die Möglichkeit des Vorbescheides, sondern vielmehr die meistens recht zeitaufwändige Beratung durch die Mitarbeiter der Unteren Bauaufsichtsbehörde. Gegenstand der Anfragen waren zum einen allgemeine Fragen zum Bauplanungs- und Bauordnungsrecht sowie konkrete Fragen zu geplanten Bauvorhaben. Zum anderen bestand zunehmender Klärungsbedarf hinsichtlich der Probleme, die zwischen unmittelbar benachbarten Grundstückseigentümern auftreten können.

Bei größeren Bauvorhaben fanden im Vorfeld der Planung umfangreiche gemeinsame Besprechungen mit den im späteren Verfahren zu beteiligenden Behörden und den Bauherren und Objektplanern statt.

Um die künftigen Bauherren und Investoren weiterhin kompetent und umfangreich beraten zu können und Baugenehmigungsverfahren rechtssicher zu einem möglichst positiven Bescheid führen zu können, bedarf es gut ausgebildeter Mitarbeiter. Durch Seminare und Schulungen musste auf sich ändernde Rechtsgrundlagen und -sprechung reagiert werden. Dieses gilt es jedoch auszubauen.

Zur Verbesserung von Infrastruktur und Lebensqualität trugen der Neubau der Freizeit- und Skateanlage in Jüterbog, der Neubau einer (weiteren) P+R-Anlage am Bahnhof Großbeeren, die Erweiterung der Kläranlage in Baruth/Klein Ziescht sowie die weitere Entwicklung des Gutsgeländes Groß Machnow zur Erweiterung der Grundschule und Einrichtung eines Hortes bei.

Aus dem Bereich Gewerbe und Industrie sind der Neubau des Logistikzentrums der M.H. Dritte Grundinvest GmbH im Güterverkehrszentrum (GVZ) Großbeeren, der Neubau einer Produktionshalle der Jütro GmbH & Co. KG Konserven und Feinkost in Jüterbog, die Lagererweiterung der Coca-Cola Erfrischungsgetränke AG in Genshagen, der Neubau der Produktions- und Lagerhalle sowie des Büros der ppg Noltemeyer GmbH in Trebbin (Verpackungen für die Lebensmittelindustrie) und der Neubau einer Schüttguthalle der Brita Marx GmbH in Luckenwalde hervorzuheben.

Nennenswerte Vorhaben aus dem Bereich der Landwirtschaft waren der Neubau des Betriebsgebäudes des Spargelgutes Diedersdorf, der Neubau eines Boxenlaufstalles (159 Tiere) und eines Melkzentrums der Jüterboger Agrargenossenschaft e.G. in Jüterbog, der Neubau von Maschinen- und Lagerhalle sowie einer Betriebstankstelle mit Waschplatz des Landwirtschaftsbetriebes May in Markendorf, der Neubau einer Getreidelagerhalle des Landwirtschaftsbetriebes Niendorf in Reinsdorf sowie die Fahrlostanlagen der ANF Agrarbetrieb Niederer Fläming GmbH in Hohengörsdorf, der NGH Agrar GmbH & Co. KG in Nonnendorf und der Jüterboger Agrargenossenschaft e.G. in Jüterbog.

Bemerkenswert war die Errichtung einer Freiflächen-Fotovoltaikanlage durch die PV Baruth GmbH & Co. KG in Baruth/Mark sowie die eines Fotovoltaik-Kraftwerkes durch die Vogt Solar GmbH in Frankenförde und durch die Stadt Trebbin in Klein Schulzendorf. Auf vorhandenen Hallendächern wurden Fotovoltaikanlagen bei der Fliesenzentrum Deutschland GmbH & Co. KG in Großbeeren, der PV 2010 Gouverneur GmbH & Co. KG in Dahme/Mark und der SMB Rohrleitungsbau Wildau GmbH & Co. KG in Ludwigsfelde genehmigt.

Weitere beantragte Fotovoltaikanlagen (Solarparks) sollen in Jüterbog durch die Römer & Stiel GbR und die SOLAR Jüterbog II GmbH & Co. KG sowie bei Zossen durch die Climagy Energieerzeugung GmbH & Co. KG entstehen.

Der Flugplatz in Schönhagen entwickelte sich kontinuierlich weiter. Hier ist der Neubau von zwei weiteren Hangars zu erwähnen.

Im Rahmen der Überprüfung der Bauausführung und der Überwachung der Nutzung baulicher Anlagen wurden erneut vielfach illegale Baumaßnahmen und Nutzungen festgestellt. Die zeitnahe Bearbeitung aller festgestellten baurechtswidrigen Zustände war hinsichtlich der personellen Besetzung im ordnungsbehördlichen Bereich jedoch nicht immer gewährleistet.

Bautätigkeit 2010

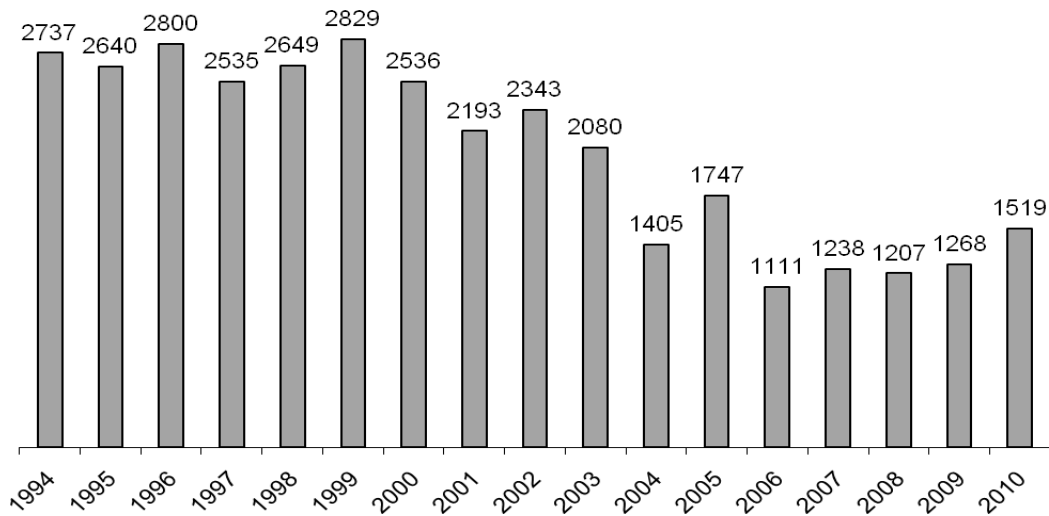
(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

	Gemeinde/Amt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche km ²	Anteil pro km ²
engerer Verflechtungsraum	Blankenfelde-Mahlow	240	25,5	25.613	0,9	55	4,4
	Großbeeren	80	8,5	7.453	1,1	52	1,5
	Rangsdorf	150	15,9	1.0414	1,4	34	4,4
	Trebbin	88	9,3	9.319	0,9	126	0,7
	Zossen	162	17,2	17.585	0,9	180	0,9
	Ludwigsfelde	222	23,6	23.971	0,9	109	2,0
		<i>942</i>		<i>94.355</i>	<i>1,0</i>	<i>556</i>	<i>1,7</i>

äußerer Entwicklungsraum	Baruth/Mark	36	6,2	4.204	0,9	232	0,2
	Dahme/Mark	51	8,8	6.633	0,8	251	0,2
	Am Mellensee	89	15,4	6.551	1,4	104	0,9
	Niederer Fläming	35	6,1	3.309	1,1	185	0,2
	Niedergörsdorf	45	7,8	6.303	0,7	205	0,2
	Nuthe-Urstromtal	76	13,2	6.875	1,1	338	0,2
	Jüterbog	73	12,7	12.751	0,6	176	0,4
	Luckenwalde	172	29,8	20.552	0,8	46	3,7
		<i>577</i>		<i>67.178</i>	<i>0,9</i>	<i>1.537</i>	<i>0,4</i>

Landkreis gesamt 1.519 161.533 0,9 2.093 0,7

Antragsaufkommen 1994 bis 2010



Entwicklung der Bautätigkeit 2006 bis 2010
(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

Anzahl der Bauanträge									
	2006	2007	2008	2009	2010	2006 zu 2007	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2009 zu 2010
Dahme/Mark	33	42	49	52	51	27,3	16,7	6,1	-1,9
Blankenfelde-Mahlow	205	222	208	215	240	8,3	-6,3	3,4	11,6
Großbeeren	87	67	68	90	80	-23,0	1,5	32,4	-11,1
Am Mellensee	41	78	59	69	89	90,2	-24,4	16,9	29,0
Niederer Fläming	17	19	26	31	35	11,8	36,8	19,2	12,9
Niedergörsdorf	22	39	31	36	45	77,3	-20,5	16,1	25,0
Nuthe-Urstromtal	44	69	57	57	76	56,8	-17,4	0,0	33,3
Rangsdorf	114	114	122	111	150	0,0	7,0	-9,0	35,1
Baruth/Mark	39	42	40	42	36	7,7	-4,8	5,0	-14,3
Jüterbog	67	68	63	66	73	1,5	-7,4	4,8	10,6
Ludwigsfelde	124	107	126	136	222	-13,7	17,8	7,9	63,2
Luckenwalde	100	115	151	136	172	15,0	31,3	-9,9	26,5
Trebbin	71	83	86	84	88	16,9	3,6	-2,3	4,8
Zossen	147	173	121	143	162	17,7	-30,1	18,2	13,3
gesamt	1111	1238	1207	1268	1519	11,4	-2,5	5,1	19,8

2. Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht

Im Rahmen der Widerspruchsbearbeitung wurden im Berichtszeitraum die verschiedensten Sachverhalte im Rechtsbehelfsverfahren überprüft. Die erhobenen Widersprüche betrafen dabei vorrangig:

- Ablehnung von Bauanträgen
- Vorbescheidsverfahren
- Nebenbestimmungen in erteilten Baugenehmigungen
- Gebührenentscheidungen und Vorschussforderungen
- Ordnungsverfügungen (Nutzungsverbote, Baueinstellungsverfügungen, Beseitigungsverfügungen, Zwangsgeldfestsetzungen)
- denkmalrechtliche Entscheidungen
- Drittwidersprüche

Die Anzahl von Drittwidersprüchen, also insbesondere von Nachbarn aus der unmittelbaren oder näheren Umgebung von genehmigten Bauvorhaben, ging im Vergleich zum davor liegenden Zeitraum wieder auf das normale Niveau zurück. Tendenziell erhöhte sich die Zahl der Widersprüche gegen Ordnungsverfügungen, ohne dass sich jedoch die Gesamtzahl der Widerspruchsverfahren wesentlich veränderte. Es waren insgesamt 123 Widerspruchsverfahren zu verzeichnen.

Insgesamt waren 72 verwaltungsgerichtliche Verfahren anhängig, wovon im laufenden Jahr 25 Verfahren hinzugekommen waren, von denen wiederum 12 im einstweiligen Rechtsschutzverfahren geführt wurden. Prozentual verteilen sich die gerichtlichen Verfahren wie folgt:

- 21 % Klagen auf Erteilung einer Baugenehmigung
- 22 % Nachbarrechtsklagen
- 47 % Gerichtsverfahren gegen baurechtliche Ordnungsverfügungen
- 10 % denkmalrechtliche Klagen

Wie in der Widerspruchsbearbeitung ist auch hier ein Anstieg der Verfahren gegen Ordnungsverfügungen zu verzeichnen. Auf Grund der langen Terminstände beim Verwaltungsgericht Potsdam konnten lediglich fünf Gerichtsverfahren abgeschlossen werden.

Der Bußgeldbereich befasste sich mit Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen. Im Berichtszeitraum wurden im Landkreis 29 Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstoßes gegen die Brandenburgische Bauordnung und fünf Verfahren wegen Verstoßes gegen das Brandenburgische Denkmalschutzgesetz eingeleitet. Bußgelder wurden vorwiegend verhängt, weil Bauvorhaben ohne die erforderliche Genehmigung durchgeführt oder Bestimmungen aus der Baugenehmigung nicht eingehalten worden waren. Auch lag der Grund für die Verhängung von Bußgeldern in der Veränderung von Denkmalen ohne die notwendige denkmalrechtliche Erlaubnis. Es wurden für die Ahndung von Verstößen gegen die Brandenburgische Bauordnung und gegen das Brandenburgische Denkmalschutzgesetz Bußgelder in Höhe von insgesamt 30.140,50 € festgesetzt, wovon 27.081,50 € vereinnahmt werden konnten.

3. Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde

➤ Eintragungen und Löschungen

Wie im vergangenen Jahr wurden auch im Berichtszeitraum nur wenige Denkmale neu vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum in die Landesliste eingetragen.

Eintragungen in die Denkmalliste 2010

Nr.	Gemeinde	Objektbezeichnung	Datum
1.	Gemeinde Am Mellensee	Fernneuendorf, An der Dorfau 4 Gasthof	14.04.2010
2.	Gemeinde Am Mellensee	Sperenberg, Zossener Allee 42 Landhaus mit Wirtschaftsgebäude und Einfriedung	20.07.2010
3.	Stadt Baruth/Mark	Baruth, Walther-Rathenau-Platz 3 Oberpfarre	25.01.2010
4.	Stadt Baruth/Mark	Paplitz, Kemlitzer Straße 11 Gutsarbeiterhaus mit Nebengebäude	28.03.2010
5.	Gemeinde Großbeeren	Großbeeren, Dorfau 3 Beamtenwohnhaus mit Waage und Einfriedung	29.01.2010
6.	Stadt Luckenwalde	Frankenfelde Dorfstraße 71 Oberlaubenstall	26.05.2010
7.	Stadt Luckenwalde	Schützenstraße 45 Wohnhaus mit Hofbebauung, Einfriedung, Hof	17.12.2010
8.	Stadt Ludwigfelde	Groß Schulzendorf, Zossener Straße 8 Jagdhaus „Der Heidehof“	08.02.2010
9.	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	Kemnitz, Wittbrietzener Straße 1 Wohnhaus	31.05.2010
10.	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	Ruhlsdorf Dorfkirche	08.11.2010
11.	Gemeinde Nuthe-Urstromtal	Schönefeld Dorfkirche	09.02.2010
12.	Stadt Trebbin	Christinendorf, Dorfstraße 21 Pfarrgehöft	27.05.2010
13.	Stadt Trebbin	Schönhagen Villengarten „Villa Schönblick“	18.10.2010
14.	Stadt Zossen	Wünsdorf, Am Kirchplatz 4 Gehöft	30.08.2010
15.	Niedergörsdorf	Seehausen, Bahnhofstraße. 22b Mühlengebäude	10.11.2010
16.	Niedergörsdorf	Wergzahna, Dorfstraße 27 Gehöft	10.11.2010
17.	Niedergörsdorf	Zellendorf, Dorfstraße 37 Gehöft	10.11.2010
18.	Niedergörsdorf	Wergzahna, Wergzahna 1 Gehöft	22.11.2010
19.	Niedergörsdorf	Kurzlippsdorf 26 Gasthof mit Wirtschaftsgebäuden	13.12.2010
20.	Niedergörsdorf	Eckmannsdorf 7 Gehöft	14.12.2010

Die Eintragung von Bodendenkmalen erfolgte aufgrund der personellen Engpässe in der Fachbehörde nur sehr schleppend. Derzeit sind 82 % der Eigentümer von Bodendenkmalen benachrichtigt.

Aus der Brandenburgischen Denkmalliste gelöscht wurden im Berichtsjahr zwei Denkmale, das Fachwerkhaus Beelitzer Straße 18 in Luckenwalde und das Gehöft Dorfaue 20 in Großbeeren. Ein Speichergebäude des Proviantamts in Forst Zinna wurde für den Neubau der B 101 abgerissen. Dies wurde im entsprechenden Planfeststellungsverfahren beschlossen.

Ein Denkmal in Rangsdorf wurde durch Brandstiftung sehr stark beschädigt. Seine Zukunft ist ungewiss und hängt – wie immer – wesentlich von den Absichten des Eigentümers ab.

➤ *Eigentümerwechsel*

Immer wieder kann die Erfahrung gemacht werden, dass auch für vermeintlich aussichtslose Fälle Eigentümer gefunden werden. Im Vorjahr war es beispielsweise ein sehr verfallenes Fachwerkhaus in Stülpe, das eine junge Familie aus der Region erworben und gesichert hatte. Oder die sogenannte „Grafschaft“ in Kloster Zinna, die durch jahrelangen Leerstand in ruinösem Zustand war und kaum noch eine Entwicklungsperspektive zu haben schien. In diesem Jahr fand sich u.a. für das Gefolgschaftshaus der Buckerwerke ein neuer Eigentümer, ebenso für das Vereinshaus der Konsumgenossenschaft am Markt in Luckenwalde.

➤ *Ersatzvornahmen*

Schon im Vorjahresbericht wurde auf die Gebäude hingewiesen, die sich aufgrund langjährigen Leerstands und unterlassener Instandhaltung mittlerweile in einem derart schlechten Zustand befinden, dass Gefahr von ihnen ausgeht. Das Fabrikgebäude in der Poststraße 25 in Luckenwalde wurde im Rahmen einer Ersatzvornahme vom Landkreis im Dach- und Traufbereich gesichert. Der weitere Verfall des imposanten Gebäudes ist nun nachhaltig gestoppt, sodass wieder Hoffnung besteht, dass das Gebäude einen Käufer findet.

➤ *Förderung*

Wie in den beiden Vorjahren, wurden Zuwendungen für Maßnahmen des Denkmalschutzes vom Landkreis mit 50.000 € bewilligt. Dem stand die insgesamt beantragte Summe von 215.644 € gegenüber. Von 34 Anträgen mussten sieben abgelehnt werden, da die Mittel nicht ausreichten bzw. die Vorhaben nicht schlüssig finanziert waren. Sechs Anträge werden für das Jahr 2011 aufrecht erhalten, ein Antrag wurde zurückgezogen. Die unten stehende Tabelle zeigt die bewilligten Fördermaßnahmen.

Objekt	Antragsteller	Maßnahme	Gesamtsumme in €	Zuwendung beantragt in €	Zuwendung bewilligt in €
Mellnsdorf Dorfkirche	Förderverein	Fassung Empore	4.908,43	2.000	2.000
Baruth/Mark Kirche St. Sebastian	Kirchen- gemeinde	Instandsetzung Kirchenschiff	285.000	10.000	3.000
Siethen Dorfkirche	Förderverein	Sanierung Turmhelm	201.000	10.000	1.000
Ludwigsfelde Villa	privat	Wiederherstellung Turmspitze	3.888,92	500	500
Luckenwalde Wohnhaus	privat	Dachsanierung	9.989,13	1.500	1.500
Mellensee Villa	privat	Erneuerung Fassade	10.518,77	4.000	1.650
Frankenfelde Dorfkirche	Kirchen- gemeinde	Instandsetzung innen und außen	58.900	5.000	1.600
Schlenzer Dorfkirche	Kirchen- gemeinde	Sanierung Turmkonstruktion	172.000	6.000	4.000
Luckenwalde Wohnhaus	privat	Sanierung Außenputz	14.030,27	6.000	1.650
Heinsdorf Dorfkirche	Förderverein	Turmsanierung	18.400	3.000	1.500
Baruth/Mark Frauenhaus	Stadt Baruth	Sanierung	2.106.920	10.000	8.000
Niebendorf Dorfkirche	Kirchen- gemeinde	Restaurierung Kanzel	22.020	5.000	3.500
Luckenwalde Wohnhaus	privat	Aufarbeitung Fenster	1.651,84	700	350
Luckenwalde Wohnhaus	privat	Aufarbeitung Fenster	2.833,91	1.195	800
Luckenwalde Kirche St. Joseph	Kirchen gemeinde	Turmsanierung	146.000	10.000	3.500
Kloster Zinna Alte Grafschaft	privat	Aufarbeitung Fenster/Türen	10.361,65	8.000	3.500
Gölsdorf Bockwindmühle	Förderverein	Sanierung	250.500	22.625	4.500
Paplitz Gutsarbeiterhaus	Förderverein	Dachsanierung	4.000	2.000	1.950
Luckenwalde Kirche St. Jakobi	Förderverein	Restaurierung Fenster	52.112,48	7.000	3.000
Kloster Zinna Konversenhaus	Kirchen- gemeinde	Instandsetzung der Süd/Ostfassaden	30.000	2.500	2.500
Gesamt:			3.405.035	117.020	50.000

Begonnene, fortgesetzte und erfolgreich abgeschlossene Projekte in Auswahl

- Begonnene Vorhaben
 - Remise in Luckenwalde
 - Ackerbürgerhaus in Luckenwalde

- Fortgesetzte Vorhaben
 - Altes Schloss („Frauenhaus“) in Baruth/Mark
 - Kirchen in: Luckenwalde (St. Jakobi), Trebbin (Marien), Siethen, Niebendorf, Gröben, Dahme (Marien), Schlenzer
 - Hegemeisterhaus in Glashütte
 - Grafschaft Kloster Zinna
 - Hutfabrik Steinberg-Hermann von Erich Mendelsohn

- Abgeschlossene Vorhaben:
 - Oberlaubenstall Borgisdorf
 - Polizeivilla in Luckenwalde
 - Dorfkirche Grüna
 - Innenraum der Dorfkirche Frankenfelde
 - Alte Schmiede Kloster Zinna
 - Außenbau und Fenster der Kirche St. Sebastian in Baruth/Mark
 - Kloster Zinna Fresken gesichert
 - Denkmal Zentraler Ehrenhain im Stadtpark Luckenwalde
 - Klostervorplatz in Dahme
 - Wohnhaus Bruno Taut in Dahlewitz

➤ *Bodendenkmalpflege*

Große Bauvorhaben führen zu großflächigen Ausgrabungen: Im Vorfeld des Neubaus für die B 101 fand nördlich von Kloster Zinna eine Ausgrabung auf einer Siedlung der Germanenzeit statt. Auf einer Fläche von 140 x 30 m wurden Reste von 25 kleinen Häusern, zahlreiche Feuerstellen, Abfallgruben und Pfostengruben freigelegt und dokumentiert. Die Siedlung bestand im 2. und 3. Jahrhundert und nahm eine größere Fläche direkt an der Nuthe ein.

In Kleinbeeren wurde für die Entwässerung der neuen Dorfstraße ein Regenrückhaltebecken nahe der Kirche angelegt. Am Rand der Grube stieß man auf die Fundamente eines mittelalterlichen Feldsteinkellers, der noch gut erhalten war und den Eingangsbereich erkennen ließ. Die Gemeinde Großbeeren entschloss sich, den Befund sichtbar zu machen. Nach Verfüllung der Kellergrube wurde der Grundriss an der Oberfläche durch Feldsteine rekonstruiert und eine „Bodenintarsie“ geschaffen, die jedermann besichtigen kann.

Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit

Die Verleihung der Denkmalpreise fand im September auf dem Gelände des technischen Denkmals „Rieselfeldanlage Großbeeren“ statt. Damit wurde die Tradition fortgesetzt, für die Übergabe des Preises Gast bei einem Vorjahressieger zu sein. Ausgezeichnet wurde das Ehepaar Berger als langjährige ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger, die Kirchengemeinde St. Johannis in Luckenwalde, der

Galerist Michael Werner aus Märkisch-Wilmersdorf, der Verein Historisches Dorf Dahlewitz e.V. und Frau Melitta Gaethke, die die Alte Schmiede in Kloster Zinna vorbildlich saniert hat.

Pünktlich zum Tag des offenen Denkmals erschien zum zweiten Mal der Kalender der unteren Denkmalschutzbehörde, der das im Vorjahr entworfene Konzept beibehielt und jeden Monat das Detail eines Denkmals zeigt, das in seiner Gesamtansicht in einem kleineren Foto mit einem kurzen Erläuterungstext vorgestellt wird.

Der 13. Archäologen-Tag Teltow-Fläming fand im Januar in Blankenfelde statt. In acht Vorträgen wurden aktuelle Funde und Forschungen des Vorjahres präsentiert. Mit ca. 200 Gästen konnte ein Besucherrekord verzeichnet werden, der das gestiegene Interesse an der archäologischen Denkmalpflege widerspiegelt.

Die Vereinsarbeit, die in den letzten beiden Jahren deutlich zugenommen hat, fand ihre Fortsetzung. Der Oberlaubenstall in Borgisdorf konnte im April die feierliche Einweihung des sanierten Denkmals in Gegenwart des Ministerpräsidenten feiern. Für die Erhaltung der Gölsdorfer Mühle hat sich ein neuer Förderverein gegründet, und für die Rettung der „Schauburg“, eines Kinos der Dreißiger Jahre in Jüterbog, ist zurzeit ein Verein in Gründung.

Die Projektgruppe, die sich am 11.11.2008 zur Entwicklung der Heeresversuchsstelle Kummersdorf gegründet hatte, konnte zwei Jahre später als Zwischenergebnis ihrer Arbeit ein kommunales Zielkonzept in den Räumen des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Potsdam öffentlich präsentieren. Die Veranstaltung fand großes Interesse, auch in der regionalen Nachrichtensendung „Brandenburg aktuell“ im rbb wurde darüber berichtet. Besonders erfreulich war, dass auch Vertreter aus Peenemünde eigens angereist waren.

Dezernat V

Jugendamt

1. Verwaltungsstruktur im Jugendamt

Mit der Veränderung der Verwaltungsstruktur ist das Dezernat V als neues Dezernat gebildet worden, dem das Jugendamt und das Amt für Bildung und Kultur, ehemals Schulverwaltungsamt, zugeordnet wurden.

Die Bildung eines eigenständigen Jugendamtes ging einher mit der Überprüfung und Neugestaltung der Sachgebiete. Diese Neugestaltung hat zu fachlich kohärenten und in der Größenordnung vergleichbaren Sachgebieten geführt. Ziel der Neugestaltung war es, die alle Sachgebiete betreffenden Steuerungs- und Planungsaufgaben aus einzelnen Sachgebieten herauszulösen und dazu die entsprechenden Stabsstellen bei der Amtsleitung zu schaffen. Die Vorschläge aus dem Organisationsgutachten der „Organisations- und Managementberatung GmbH“ vom Februar 2009 sind in die Veränderungen der Verwaltungsstruktur eingeflossen.

Das bisherige Sachgebiet „Planung, Controlling, Finanzen“ wurde – entsprechend seinen wesentlichen Aufgaben – zu einem Sachgebiet „Familienunterstützende Hilfen“ umstrukturiert. In ihm sind nunmehr der „Sozialpädagogische Dienst“, der „Pflegekinderdienst“, die „Jugendgerichtshilfe“, die „Familiengerichtshilfe“ und die „Wirtschaftliche Jugendhilfe“ zusammengefasst.

Die bisher in diesem Sachgebiet angesiedelten Aufgaben „Kinderschutzkoordination“, „Jugendhilfeplanung“ sowie „Controlling und Finanzen“ sind als Stabsstellen unmittelbar der Amtsleitung zugeordnet worden. Damit wird der Notwendigkeit Rechnung getragen, Planungs- und Steuerungsprozesse zukünftig in den Verantwortungsbereich der Amtsleitung zu verlagern.

Das Sachgebiet „Jugend“ ist in „Jugend- und Familienförderung“ umbenannt worden. Die Aufgaben dieses Sachgebietes, die schwerpunktmäßig in den Bereichen Kita/Tagespflege, Familienbildung und Jugendförderung liegen, sind so eindeutiger benannt worden.

Das Sachgebiet „Unterhalt“ ist aus dem ehemaligen Sachgebiet „Jugend“ herausgelöst worden und umfasst die Bereiche „Unterhaltsvorschuss“ und „Beistandschaften“. Beide Aufgabengebiete sind fachlich miteinander verbunden und ergänzen sich inhaltlich. Durch die Zusammenführung beider Bereiche in das Sachgebiet „Unterhalt“ wird eine optimale inhaltliche Zuordnung der Aufgabengebiete erreicht, was insbesondere eine intensive fachliche Zusammenarbeit zum Wohle der Klienten fördert.

2. Amtsleitung

➤ *Kinderschutzkoordination*

Regionalkonferenzen und Arbeitstreffen

Im Berichtszeitraum fanden unter Moderation der Kinderschutzkoordinatorin in jedem der vier Sozialräume zwei Regionalkonferenzen statt. Die Vorstellung einzelner Institutionen/Professionen und der intensive Erfahrungsaustausch wurden fortgesetzt. Weitere Netzwerkpartner konnten gewonnen werden. So haben sich Revierpolizisten in den verschiedenen Sozialräumen, Jugendrichter, Lehrer

unterschiedlicher Schulformen und auch Erzieher von neu entstandenen Kindertagesstätten am Netzwerk Kinderschutz beteiligt.

Darüber hinaus gab es sozialraumübergreifende Veranstaltungen für die Netzwerkpartner. Sowohl mit den Familiengerichten an den Standorten Zossen und Luckenwalde als auch mit Mitarbeitern der ARGE am Standort Zossen sind Arbeitsgespräche zum Thema Kinderschutz geführt worden.

Ergebnisse der Regionalkonferenzen waren eine bessere Zusammenarbeit der Netzwerkpartner untereinander und die Nutzung der vorhandenen Angebote und Ressourcen vor Ort. Das bessere Wissen voneinander ist auch in den nächsten Jahren weiterhin ein Ziel in der Netzwerkarbeit, um sogenannte „kurze Wege“ zu ermöglichen und enger zusammenzuarbeiten. Hierfür ist es notwendig, dass auch die Trägerverantwortlichen Zeit für fallungebundene Arbeit, wie sie die Netzwerkarbeit darstellt, in die Gesamtaufgaben ihrer Mitarbeiter einplanen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Kreisverwaltung gab Presseinformationen zur Statistik der Mitteilungen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung heraus. Zudem wurde die in 2009 begonnene Veröffentlichung der Statistik der Inobhutnahmen fortgeführt. Interviews und Pressegespräche zu den Aktivitäten des Netzwerkes Kinderschutz waren weitere Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit.

Ein Schülerkalender 2011 mit Daten zum Netzwerk Kinderschutz ist erarbeitet, gedruckt und im Landkreis verteilt worden. Über die Kinderschutzkoordination des Landkreises wurden an alle Netzwerkpartner und Interessierte verschiedene Broschüren und Informationsmaterialien verteilt, u.a. des Weißen Rings und der Polizei „Kinderschutz geht alle an!“

Fortbildungen

Da die Nachfragen zum Thema Kommunikation und Gesprächsführung weiterhin anhalten, wurde das Thema in einer Fortbildungsveranstaltung in Kooperation mit der Volkshochschule aktiv bearbeitet. Eine weitere geplante Fortbildung zum Thema „Kommunikation und Gesprächsführung“ musste bedingt durch kurzfristige Erkrankung der Dozentin verschoben werden und wird zu Beginn des Jahres 2011 stattfinden.

Die weitere Qualifizierung der insoweit erfahrenen Fachkräfte (ieFK) erfolgte in Form von Fortbildungsveranstaltungen und mehreren Treffen in der Arbeitsgemeinschaft ieFK. Schwerpunkt der Fortbildung war das Thema sexueller Missbrauch.

Für Netzwerkpartner und interessierte Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch für die Paten des Netzwerkes gesunde Kinder, Mitarbeiter aus den Bereichen Gesundheit und Soziales und Lehrkräfte unterschiedlichster Schulformen fand eine große Fortbildungsveranstaltung in Kooperation mit dem Sozialpädagogischen Bildungsinstitut Berlin-Brandenburg zur Einführung in das Thema Kindeswohlgefährdung am 20. Oktober statt.

Arbeitsgruppe (AG) Kinderschutz

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der AG Kinderschutz lag in der Erarbeitung des Konzeptes für das Netzwerk Kinderschutz.

Zusammenarbeit mit anderen Netzwerken und überörtlichen Arbeitsstellen

Partner des Netzwerkes Kinderschutz, mit denen gemeinsame Fachtagungen, Fortbildungen und Arbeitsgespräche durchgeführt wurden, sind:

- Fachstelle Kinderschutz
- Kinderschutzzentrum Berlin
- Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin Brandenburg
- Volkshochschule Teltow-Fläming
- Netzwerk gesunde Kinder
- Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft des Landkreises Teltow-Fläming

3. Sachgebiet Jugend- und Familienförderung

➤ *Kindertagesbetreuung*

Der Landkreis schloss mit zwölf amtsfreien Städten, Gemeinden und dem Amt Dahme/Mark einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Gewährung der Kindertagesbetreuung ab. Eine Gemeinde stimmte dem öffentlich-rechtlichen Vertrag mündlich zu und eine Gemeinde handelt, als würde ein öffentlich-rechtlicher Vertrag bestehen, hat diesen aber nicht unterzeichnet.

Insgesamt standen im Landkreis (Stichtag 31.12.)

115 Kindertagesstätten (Kita) - davon 74 in kommunaler und 41 in freier Trägerschaft - und
111 Tagespflegestellen

für die Betreuung zur Verfügung. Diese Einrichtungen wurden genutzt von

1.567 Kindern im Alter von 0 bis unter 3 Jahre,
4.141 Kindern im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt,
3.728 Kindern im Grundschulalter in Kindertagesstätten und
418 Kindern (überwiegend im Krippenalter) in Kindertagespflegestellen.

257 Kinder, die ihren Wohnsitz im Landkreis haben, wurden außerhalb des Landkreises betreut, davon 147 Kinder in anderen Landkreisen und 110 in Berlin.

Zum 1. August wurde die „Vierte Verordnung zur Änderung der Kita-Personalverordnung (KitaPersV)“ novelliert. Weiterhin trat zum 1. Oktober das geänderte „Zweite Gesetz zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe - Kindertagesstättengesetz (KitaG)“ in Kraft. Darin wurden u. a. der Betreuungsschlüssel sowie die Höhe des Zuschusses zu den Kosten des notwendigen pädagogischen Personals, der durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu gewähren ist, geändert.

Damit ist - insbesondere für den Krippen- und den Kindergartenbereich - die Betreuungssituation von Kindern erheblich verbessert worden. Andererseits kommen mit der Novellierung des KitaG erhebliche Mehrbelastungen auf den Landkreis zu.

Nach Verabschiedung der Gesetzesnovellierung wurde das Gespräch mit den Kommunen gesucht, um eine einvernehmliche Regelung zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung im Landkreis zu erarbeiten,

die dem finanziellen Rahmen des Landkreises und der Kommunen gleichermaßen entspricht. Eine Entscheidung, ob es zu einer pauschalisierten Erstattung des Landkreises an die Kommunen kommt, und ob es zu einer Fortsetzung der Übertragung von Aufgaben im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages kommt, ist im II. Quartal 2011 zu erwarten.

Die „Grundsätze der Förderung in Kindertagespflege des Landkreises Teltow-Fläming“ und die „Richtlinie zur Vergütung der Kindertagespflege“ wurden überarbeitet und in der „Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege im Landkreis Teltow-Fläming“ zusammengefasst. Diese Richtlinie wurde mit Vertretern der Kommunen und im Arbeitskreis „Qualitätsentwicklung der Kindertagespflege des Landkreises Teltow-Fläming“ gemeinsam mit den Tagespflegepersonen thematisiert und Hinweise aufgegriffen. Eine weitere Beratung mit den Tagespflegepersonen fand am 11. September statt. Der Jugendhilfeausschuss gab in seiner Sitzung am 22. September für den Kreistag die Empfehlung, die „Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege im Landkreis Teltow-Fläming“ zu beschließen. Dieser Beschluss erfolgte am 13. Dezember. Damit wurde auch dem Beschluss des Kreistages vom 16. Februar 2009 Rechnung getragen, eine Evaluation der Richtlinie vom 16. Februar 2009 vorzunehmen.

➤ *Familienbildung*

Im Zuge der am 14. Januar 2009 vom Kreistag beschlossenen „Richtlinie zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie im Landkreis Teltow-Fläming“ wurde lediglich ein Antrag eines Trägers auf finanziellen Zuschuss gestellt und vom Landkreis gewährt.

Die Verlängerung der Richtlinie um ein weiteres Jahr wurde am 10. November durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen.

In Zusammenarbeit mit der Jugendhilfeplanerin wurde begonnen, ein Planungskonzept zur Förderung der Erziehung in der Familie (§ 16 SGB VIII) zu erstellen. Im IV. Quartal 2011 wird dieser Prozess abgeschlossen und eine geänderte Richtlinie zur Finanzierung der Familienbildung vorgelegt werden. Die Richtlinie wird dann die besondere Bedeutung widerspiegeln, die der Landkreis zukünftig der Förderung von jungen Familien beimessen wird. Damit folgt der Landkreis auch den Erfordernissen eines präventiven Kinderschutzes.

➤ *Kita-Förderung*

Gemeinsam mit der Jugendhilfeplanerin erfolgte die Realisierung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Umsetzung des Investitionsprogramms Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013 im Land Brandenburg vom 31. März 2008 in der Fassung der Änderung vom 22. Februar 2010“ (RL Kinderbetreuungsfinanzierung). Gemäß dieser Richtlinie werden Zuwendungen zu den Kosten für notwendige Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr gewährt.

Im Berichtszeitraum wurden acht Anträge von acht Trägern der Jugendhilfe für Baumaßnahmen und 20 Einzelanträge für Ausstattungsinvestitionen von Tagespflegestellen vorgelegt. Am 28. Juni beschloss der Kreistag die Votenliste für das Jahr 2011 im verfügbaren Orientierungsrahmen von 624.726,05 €. Eine positive Votierung für 2011 erhielten die Gemeinde Am Mellensee für die Erweiterung der Kita „Abenteuerland“ in Klausdorf und 20 Tagespflegestellen im Landkreis für Ausstattungsinvestitionen.

➤ *Jugendarbeit/Jugendkoordination/Soziale Arbeit an der Schule*

Der Berichtszeitraum wurde dazu genutzt, das 2009 beschlossene Modell zur Ermittlung des quantitativen Bedarfs zu aktualisieren, um auf dieser Grundlage den Bedarf an Personalstellen in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für das kommende Jahr zu ermitteln. Der Jugendhilfeausschuss beschloss am 10. November die Förderung von 33,5 Stellen für das Jahr 2011. Gemäß § 80 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen seiner Planungsverantwortung „... Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann.“ Diesem Grundsatz wurde der Träger der öffentlichen Jugendhilfe erstmalig gerecht, in dem dafür zusätzlich ein 0,5 Stellenanteil in die Berechnung der Personalstellen aufgenommen wurde. Die Aufnahme eines weiteren 0,5 Stellenanteil soll im Rahmen einer sozialräumlichen Entwicklung in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zukünftig dazu beitragen, im Wesentlichen die Netzwerkarbeit in den einzelnen Planungs- und Sozialräumen und landkreisweiten projektorientierten Angeboten zu koordinieren.

Vom Land, Landkreis und von den Kommunen wurden 32,750 VZE (Vollzeiteinheit) gefördert, davon wurden vom Land und Landkreis sechs VZE allein gefördert. Die Anforderung des Landes zu Kooperationsformen Jugendhilfe Schule von mindestens 25 % wurde erfüllt, im Landkreis sogar mit 32 %.

Auf der Grundlage der „Richtlinie des Amtes für Jugend und Soziales zur Förderung der Jugendarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“ (gültig ab 1. Januar 2009) in Verbindung mit der „Übergangsrichtlinie des Amtes für Jugend und Soziales zur Förderung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit im Landkreis Teltow-Fläming“ (gültig ab 1. Januar 2010) erfolgte die finanzielle Förderung von freien und kommunalen Trägern der Jugendhilfe und von Einzelpersonen.

Für die Förderung wurden Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.020.860,67 € getätigt. Davon u. a. für

- Personalkosten (Landesmittel 305.524,74 €/Kreismittel 559.348,65 €)	864.873,39 €
- Sach- und Betriebskosten für die sozialpädagogische Arbeit	155.987,28 €

Förderprogramme sind grundsätzlich alle zwei Jahre auf deren Wirksamkeit zu prüfen und ausgerichtet auf den Bedarf und der Qualitätsentwicklung im Landkreis zu überarbeiten. Im Ergebnis einer Überarbeitung wurden beide Richtlinien zu einer neuen „Richtlinie des Jugendamtes zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreises Teltow-Fläming“ zusammengefasst. In einer inhaltlichen Diskussion und unter der Beteiligung der Träger der Jugendhilfe wurden die Voraussetzungen zur Förderung von sozialpädagogischen Fachkräften im Rahmen der Landesförderung festgeschrieben, die Sach- und Betriebskosten konkretisiert und die Förderung von Jugendinitiativen neu aufgenommen. Die Beschlussfassung zu dieser Richtlinie erfolgte am 10. November im Jugendhilfeausschuss.

Im Landkreis gibt es 20 Freizeiteinrichtungen und 54 Jugendräume.

Freizeiteinrichtungen	2010	2009
Gesamt, davon	20	20
in kommunaler Trägerschaft	12	13
<i>in freier Trägerschaft</i>	8	7
Jugendräume (gesamt)	54	60

An 13 Standorten wird soziale Arbeit an der Schule - wie Oberschule, Gesamtschule, Oberstufenzentrum und Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen“ - geleistet.

Die Jugendförderer arbeiten im Netzwerk für Demokratie mit. Die aktive Beteiligung ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Synergien ergeben sich aus der guten Zusammenarbeit mit den Kommunen, der Polizei und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

➤ *Jugendberufshilfe*

Folgende Maßnahmen der Jugendberufshilfe konnten über die Richtlinie zur Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe aus Mitteln des Landes Brandenburg und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden:

- eine berufsvorbereitende Maßnahme für drei Jugendliche (Finanzierung über § 27 Abs. 3 SGB VIII und ESF-Mittel)
- geförderte Träger: Jugendhilfe, GFB - Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher mbH
- eine Maßnahme „sozialpädagogische Betreuung zur beruflichen Integration“ in der Jugendtischlerei Teltow-Fläming für 24 junge Menschen in Kooperation ARGE, Jugendhilfe, Träger Evangelisches Jugendwerk gGmbH

Die Gesamtförderung über den Europäischen Sozialfonds belief sich für die beiden o. g. Maßnahmen auf 177.190,12 €.

Ergänzend zu berufspädagogischen Maßnahmen wurde drei jungen Menschen sozialpädagogische Begleitung zur Verselbstständigung im eigenen Wohnraum gewährt.

Zum 31. August wurde die 12-monatige Maßnahme Jugendtischlerei Teltow-Fläming mit 24 Teilnehmern beendet. Eine Anschlussmaßnahme für weitere 12 Monate erfolgt für den Zeitraum ab 01.09.2010 bis 31.08.2011. Von insgesamt 47 im Projekt aufgenommenen Teilnehmern (einschließlich Zu- und Abgänge) haben 32 Teilnehmer das Ziel der Maßnahme erreicht. Das bedeutet, die Jugendlichen konnten die Berufsbildungsreife erreichen oder eine Ausbildung beginnen oder als Übergang in eine anschließende weitere berufliche Qualifizierung wechseln oder ein Arbeitsverhältnis aufnehmen oder die Teilnahme in der Jugendtischlerei verlängern.

15 junge Menschen beendeten vorzeitig die Maßnahme aus den verschiedensten Gründen, unter anderem Beginn des Schwangerschaftsurlaubs, fehlende Bereitschaft zur Mitarbeit bzw. massiver Drogenmissbrauch bei gleichzeitig fehlender Einsicht für eine Behandlungsnotwendigkeit.

Zum 1. März wurde die Jugendtischlerei in die neu errichtete Produktionsschule TF übergeleitet und dort als Teilprojekt 1 mit den bisherigen 24 Teilnehmern weitergeführt. Das Teilprojekt 2 (Jugendwerkstatt) ergänzt das Angebot um weitere 16 Plätze. In enger Zusammenarbeit zwischen dem Regionalbudget, der ARGE, dem Oberstufenzentrum und dem Jugendamt wurde dieses erweiterte Angebot für die Förderung benachteiligter junger Menschen unter 25 Jahren entwickelt und umgesetzt. Das Teilprojekt 2 läuft bis zum 28. Februar 2011. Die finanzielle Förderung des Teilprojektes 2 erfolgte zunächst bis 28.02.2011. Eine Anschlussfinanzierung ist gewährleistet.

4. Sachgebiet Unterhalt

➤ *Beratung, Unterstützung und Beistandschaften*

Bei Fragen zur Klärung der Vaterschaft oder der Regelung des Unterhaltes und seiner Durchsetzung ist kompetente Hilfe durch das Jugendamt besonders wichtig. Insbesondere dann, wenn Eltern bei ihrer Trennung oder Scheidung es nicht mehr schaffen, Fragen zum Unterhalt und Umgang selbst zum Wohle des Kindes zu vereinbaren, können die Fachkräfte des Jugendamtes neben der Beratung und Unterstützung auch die Vertretung des Kindes im Prozess übernehmen. Das Jugendamt als Dienstleistungsbehörde versteht sich hier als Anwalt junger Menschen und ihrer Familien. Diese Leistungen werden kostenlos angeboten. In Zeiten knapper finanzieller Mittel erlangen diese Dienstleistungsangebote immer mehr Aufmerksamkeit.

So wurde das Jugendamt im Berichtszeitraum insgesamt in 1.442 Beistandschaften und 1.120 Beratungs- und Unterstützungsfällen tätig. Im Vergleich dazu waren es im Vorjahr noch 1.463 Beistandschaften und 1.057 Beratungs- und Unterstützungsfälle. Die Entwicklung der Fallzahlen zeigt die gewünschte Tendenz zur Steigerung von Beratungs- und Unterstützungsfällen, in denen außergerichtlich einvernehmliche Lösungen zum Wohle des Kindes getroffen werden. Demgegenüber sollen Beistandschaften nur für die Durchsetzung gerichtlich notwendiger Verfahren oder durchgreifende Maßnahmen eingerichtet werden.

Neben den gesetzlichen Aufgaben hat der Berater, Unterstützer und Beistand auch eine wichtige „Türöffnerfunktion“, da er häufig der erste Ansprechpartner im Jugendamt ist und auf andere Angebote und Hilfsmöglichkeiten gezielt verweisen kann. Das lenkt den Blick zunehmend auf den Arbeitsbereich „Beratung, Unterstützung und Beistandschaft“ und die hier geleistete Arbeit zeigt sich immer mehr Außenstehenden.

Im Ausblick auf das Jahr 2011 wurden Ziele im Hinblick auf die weitere Qualitätsentwicklung bei der Beratung, Unterstützung und Beistandschaft formuliert. In diesem Zusammenhang sollen arbeitsorganisatorische und inhaltliche Verbesserungen durch die Vereinheitlichung von Verfahrensweisen, der Entwicklung von Rahmenbedingungen, Qualitätsstandards und einem Berichtswesen anlaufen.

Der Landkreis nimmt am Vergleichsring der KGSt Unterhaltsvorschuss, Vormundschaften und Beistandschaften teil. Im Vergleichsring wird ein einheitliches Kennzahlensystem entwickelt, welches die kommunalen Leistungen abbildet und damit vergleichbar macht. Darüber hinaus soll der interkommunale Erfahrungsaustausch gefördert werden.

5. Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen

Das Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen setzt sich seit März aus dem Sozialpädagogischen Dienst (SpD), einschließlich der Spezialdienste Jugendgerichtshilfe und Pflegekinderdienst sowie Wirtschaftliche Jugendhilfe zusammen.

➤ *Sozialpädagogischer Dienst*

Im Ergebnis eines 2009/2010 durchgeführten internen Stellenbemessungsverfahrens wurde der Stellenplan des SpDs im November um zwei weitere Stellen verstärkt. Im SpD arbeiten jetzt insgesamt 20 ausgebildete Sozialpädagogen/innen.

Der Sozialpädagogische Dienst bietet sozialpädagogische Beratung und Unterstützung bei Problemen innerhalb und außerhalb der Familie und vermittelt Hilfeangebote. Zudem berät er Eltern, Kinder und Jugendliche, wenn sie in der Familie nicht mehr miteinander zurechtkommen. Dies schließt eine aufsuchende Arbeit in den Familien ein, wenn die Situation dort zu eskalieren droht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen Hinweisen auf mögliche Gefährdungen des Kindeswohls nach und leiten die erforderlichen Hilfen ein. Bei einer Akutgefährdung von Kindern und Jugendlichen vermitteln die sozialpädagogischen Fachkräfte des SpD einen Platz in eine Inobhutnahmestelle.

Im Berichtszeitraum ist die Zahl der jungen Menschen und Familien, die eine erzieherische Hilfe gemäß § 27ff SGB VIII in Anspruch nahmen, gegenüber 2009 leicht gesunken (um 5 %), wobei der Anteil der familieneretzenden Hilfen (Vollzeitpflege, Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen,) gegenüber dem Vorjahr ebenfalls leicht sank (um 2 %).

Ebenso verringerte sich die Zahl der Inobhutnahmen gegenüber dem Vorjahr um 14 % auf insgesamt 129.

Die Zahl der Meldungen bei Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung betrug im Berichtszeitraum 159 und stieg damit gegenüber 2009 um 54 % an.

	2009	2010	Veränderung
Meldungen KWG	103	159	+ 54 %
Unmittelbare erfolgte			
Hausbesuche	67	120	
Inobhutnahmen	12	7	
Anrufung Familiengericht	2	8	
Unmittelbare Perspektive			
keine Kindeswohlgefährdung	31	26	
Beratung und Hilfe durch den SpD	19	26	
weitere Prüfung Kindeswohlgefährdung	12	62	
Gewährung Hilfe zur Erziehung	37	38	

➤ *Jugendgerichtshilfe*

In Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz wirkt in der Regel auch das Jugendamt mit (§ 52 Aches Buch Sozialgesetzbuch). Hierfür ist im Jugendamt des Landkreises die Jugendgerichtshilfe (JGH) als spezieller Fachdienst zuständig.

Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe bringen u.a. sozialpädagogische Gesichtspunkte in Strafverfahren vor den Jugendgerichten zur Geltung, indem sie (schriftlich und/oder mündlich) über die Beschuldigten berichten. Ebenfalls prüfen sie aber auch, ob Leistungen der Jugendhilfe eingeleitet werden sollten und ob es Alternativen zu einem förmlichen Strafverfahren gibt (Diversion). Sie nehmen Einfluss auf den weiteren Gang des Verfahrens und organisieren und überwachen gerichtlich angeordnete pädagogische Maßnahmen (§ 38 und § 50 Jugendgerichtsgesetz).

- Rangfolge der zehn häufigsten Straftaten im Jahr 2010:

1. Gefährliche Körperverletzung (81 Delikte)
2. Ladendiebstahl (57 Delikte)
3. Körperverletzung (52 Delikte)
4. Besonders schwerer Fall von Diebstahl (50 Delikte)
5. Sachbeschädigung (47 Delikte)
6. Erschleichen von Leistungen (42 Delikte)
7. Diebstahl (41 Delikte)
8. Beleidigung (17 Delikte)
9. Bedrohung (16 Delikte)
10. Diebstahl geringwertiger Sachen (15 Delikte)

- Schwerpunktbereiche (Wohnorte der Täter) der Jugendgerichtshilfe sind:

Luckenwalde
Zossen
Ludwigfelde
Blankenfelde/Mahlow

- Auswertung Alter

Lt. Statistik wurden die o.g. Delikte hauptsächlich von Jugendlichen und jungen Heranwachsenden im Alter von 15 bis 21 Jahren begangen.

➤ *Pflegekinderdienst*

Der Pflegekinderdienst arbeitet nach neuen Qualitätsstandards mit dem Ziel, verstärkt Pflegeeltern zu gewinnen, diese entsprechend aus- und fortzubilden und während der Dauer des Pflegeverhältnisses intensiv zu begleiten.

Dem Pflegekinderdienst des Landkreises obliegen als Spezialdienst des SpD zudem weitere Aufgaben:

- Auswahl geeigneter Pflegepersonen und Erlaubniserteilung
- Mitwirkung beim Vermittlungs- und Anbahnungsprozess
- Begleitung und Beratung der Pflegeeltern
- Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren
- Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

	Anzahl
Pflegeverhältnisse	107
<i>Struktur der Pflegeverhältnisse</i>	
Dauerpflege	94
Verwandtenpflege	14
Kurzzeitpflege	11
Begleitung und Beratung von Pflegeverhältnissen durch den Pflegekinderdienst	107
<i>Maßnahmen zur Gewinnung von Pflegeeltern sowie zur Qualifizierung von Pflegeeltern/Teilnehmeranzahl</i>	
Informationsgespräche mit interessierten Bewerbern	12
<i>Gewinnung von Pflegeeltern</i>	
Vorbereitungskurse	2/18 Teilnehmer
<i>Qualifizierungsmaßnahmen</i>	
Pflegeeltern	5/59 Teilnehmer
Stammtischgruppenleiter	1/4 Teilnehmer
Familiäre Bereitschaftsbetreuungen	1/4 Teilnehmer

➤ *Wirtschaftliche Jugendhilfe*

Die "Wirtschaftliche Jugendhilfe" finanziert Einzelfallmaßnahmen der Jugendhilfe. Sie stellt sicher, dass die dem Landkreis zustehenden sogenannten Ersatzleistungen und Kostenbeiträge eingehen.

➤ *Einführung eines Fach- und Finanzcontrollings*

Angesichts der angespannten Haushaltslage wurde mit der Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges begonnen, um vor allem in den kostenintensivsten Bereichen der Hilfen zur Erziehung, der Gemeinsamen Wohnformen für Mutter und Kind oder der Hilfe für junge Volljährige entsprechende Einsparpotenziale zu identifizieren, Lösungen zu suchen und Arbeitspakete zu schnüren.

In der ersten Arbeitsphase wurde daher damit begonnen, ein internes Berichtswesen aufzubauen, um mit einer breiten Informationsbasis die Grundlage für ein wirksames Fach- und Finanzcontrolling im Sachgebiet bzw. im Amt zu schaffen.

Ferner wurden die Weichen dafür gestellt, Arbeitsaufgaben, die bislang insbesondere den Fachkräften des Sozialpädagogischen Dienstes im Jugendamt oblagen, auf freie Träger der Jugendhilfe zu über-

tragen. Damit werden für die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im SpD Zeitressourcen geschaffen, die eine bessere Fachlichkeit in der Hilfeplanung und in der Wirksamkeitskontrolle von Hilfen ermöglichen.

So wurden in Form eines Interessenbekundungsverfahrens sowohl die Übertragung der Aufgabe der Beratung nach §§ 17, 18 (3) SGB VIII als auch die Einrichtung eines Krisennotdienstes für Kinder und Jugendliche, verbunden mit der Auslagerung des Kinder- und Jugendnotrufes im Landkreis, auf den Weg gebracht.

Auch hier wurden durch das Jugendamt die Empfehlungen des Organisationsgutachtens vom Februar 2009 aufgenommen und umgesetzt.

Die Zusammenarbeit und der Austausch mit den freien Trägern der Jugendhilfe im Landkreis ist zum Beispiel in der Ausarbeitung einer neuen Rahmenvereinbarung für die Erziehungs- und Familienberatungsstellen intensiviert worden. Dieser Prozess wird in den Folgejahren fortgesetzt, u.a. durch die Einbindung der ambulanten und stationären Träger in die Weiterentwicklung einer Angebotsstruktur von Hilfen zur Erziehung im Landkreis im Rahmen einer gemeinsamen Steuerungs- und Planungsgruppe. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und freien Trägern wird dadurch intensiviert.

Amt für Bildung und Kultur

Schulverwaltung

Wesentliche Aufgaben waren:

- Organisation und Finanzierung der Schülerbeförderung von rund 6.800 Fahrschülern des Landkreises (3.413.100 € Beförderungskosten)
- Bearbeitung der Schulkostenbeiträge an die Träger der weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Landkreis und an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte im Land Brandenburg (Aufwendungen in Höhe von 2.808.100 €)
- Vergabe von Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (Landesmittel in Höhe von 145.700 €)
- Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen (Zuschüsse in Höhe von 25.000 €)
- Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Grundschulen im Landkreis zur Förderung der Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen (Zuschüsse in Höhe von 22.900 €)

Kultur

Die Ausstellungstätigkeit in der Neuen Galerie in Wünsdorf und im Kreishaus wurde erfolgreich fortgesetzt. Es gab verschiedene Ausstellungen der Malerei, Grafik, Plastik, Fotografie und des Kunsthandwerks von Künstlern aus dem Landkreis, den angrenzenden Landkreisen und Berlin. Besonderes Ereignis war die Präsentation von Künstlerbüchern und Grafik von Rainer Ehrt anlässlich des Internationalen Bücherstadt-Festivals in Wünsdorf.

Anfang Mai besuchten zahlreiche Gäste die jährlich stattfindende Aktion „Offene Ateliers“, ein Kooperationsprojekt des Arbeitskreises der Kulturverwaltungen im Land Brandenburg. An diesem Wochenende gab es die Gelegenheit, Künstler in ihren Ateliers zu besuchen, ihnen bei der Arbeit über die Schulter zu schauen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Zur Förderung von Kunst und Kultur wurden zahlreiche Projekte finanziell unterstützt. So u.a. der Theatersommer des „theater 89“ in Altes Lager, das Brückenfest in Ludwigsfelde, das Fläming-Musik-Festival in Jüterbog, das Fest des Liedes und die Restaurierung von mittelalterlichen Holzskulpturen in Dahme.

Die bestehende Kulturförderrichtlinie wurde überarbeitet und findet ab 2011 in der neuen Form Anwendung.

Die Veranstaltungsreihe „Theater im Kreishaus“ wurde mit der szenischen Lesung „ALS OB SCHON MORGEN WÄR“, dargeboten vom theater 89, fortgesetzt.

Alle zwei Monate erschien der Veranstaltungskalender, der eine Zusammenstellung der kulturellen Ereignisse im Landkreis enthält. Das Heimatjahrbuch 2010 berichtete über historische und aktuelle Geschehnisse im Landkreis.

Volkshochschule

Die Volkshochschule ist die kommunale Weiterbildungseinrichtung des Landkreises und versteht sich als Partner der regionalen Entwicklung. Sie steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Wohnortnahe Lernorte machen die Angebote für alle erreichbar, soziale Preisgestaltung erleichtert den Zugang.

Die Volkshochschule war mit einem flächendeckenden, vielfältigen Bildungsangebot ein leistungsstarker Bildungspartner in der Region. Es wurden insgesamt 13.375 Unterrichtsstunden mit 4.333 Teilnehmern und Teilnehmerinnen in 486 Kursen durchgeführt. Damit zieht die Volkshochschule im Berichtszeitraum wieder eine positive Bilanz. Die Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten blieb konstant und konnte in einigen Bereichen noch gesteigert werden. Spitzenreiter in der Nachfrageskala sind die Sprachen, aber auch die Gesundheits- und kulturelle Bildung erfreuen sich großer Beliebtheit. Die berufliche Bildung verzeichnet einen leichten Zuwachs, vor allem durch die verstärkte Nachfrage nach firmenspezifischen Schulungen.

Auch der Zweite Bildungsweg zur Erlangung der Fachoberschulreife ist nach wie vor stark nachgefragt. Zum Schuljahresende 2009/2010 konnten 50 Absolventen nach zweijähriger Schulzeit mit guten Zeugnissen in die Arbeitswelt verabschiedet werden. Für das Schuljahr 2010/2011 meldeten sich 120 Schülerinnen und Schülern für die neunte und zehnte Klasse an, so dass das Angebot um eine dritte zehnte Klasse erweitert wurde. Seit März arbeitet eine Sozialarbeiterin im Zweiten Bildungsweg. Sie wird vom Träger „Neue Sozialarbeit gGmbH“ begleitet und vom Regionalbudget „Teltow-Fläming“ aus ESF-Mitteln gefördert.

Die Volkshochschule will das Leistungsspektrum und die Qualität der Bildungsangebote beibehalten und erweitern. Mit dem Zertifikat „Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung“ (LQW) konnte die Bildungsqualität erfolgreich nachgewiesen werden.

Kreismedienzentrum

Die Struktureinheit aus Fahrbibliothek, Kreisergänzungsbibliothek und Kreisbildstelle hat sich bewährt. Aus dem gesamten Medienpool, der eine synergetische Einheit bildet, können die vorhandenen Medien genutzt werden,

- um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek des Landkreises zu gewährleisten und
- um Schulen, Öffentliche Bibliotheken und andere Bildungseinrichtungen mit Medien zu versorgen.

Durch das Kreismedienzentrum wurden organisiert:

- 75 Veranstaltungen sowie gemeinsame lesefördernde Aktionen mit insgesamt 2.811 Kindern und Erwachsenen
- der Kreisentscheid zum 51. Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels im Kreishaus, gemeinsam mit der Volkshochschule und Kreismusikschule
- die Teilnahme am Kreiserntefest in Jänickendorf mit der Fahrbibliothek mit ca. 420 Besuchern
- ein Projekttag in der Grundschule Werbig anlässlich der 3. „Langen Nacht der Bibliotheken“
- die Teilnahme der Fahrbibliothek am Nikolausfest in der Grundschule in Stülpe
- eine Autorenlesung zur Vorweihnachtszeit für die (älteren) Leser der Fahrbibliothek
- 52 literarische Veranstaltungen und acht Bibliothekseinführungen mit insgesamt 1.450 Kindern aus Kindertagesstätten, Schulen und Horten
- 11 Autorenlesungen bzw. literarische Programme in einzelnen Schulklassen

Die Fahrbibliothek bediente insgesamt 147 Haltepunkte im Landkreis (Orte ohne Öffentliche Bibliotheken) im Vier-Wochen-Rhythmus. Dieses Angebot nutzten insgesamt 22.936 Besucher. Angefahren werden auch die Förderschulen sowie zwei Altenheime.

Den Medienpool der Kreisergänzungsbibliothek nutzten vorrangig die 15 Öffentlichen Bibliotheken im Landkreis. Vierteljährlich lädt die Kreisergänzungsbibliothek die Leiter der Öffentlichen Bibliotheken und die Landesfachstelle Potsdam zur Kreisarbeitsgemeinschaft, zum Erfahrungsaustausch, zu Fortbildungsveranstaltungen sowie zur Planung gemeinsamer kreislicher Veranstaltungen ein. In diesem Rahmen fand u. a. eine Veranstaltung zum Thema „Digitale Virtuelle Bibliotheken“ als zukunftsweisendes Projekt statt.

In der Kreisbildstelle stehen unterrichtsbezogene Lehrmittel in Form von audiovisuellen Medien mit öffentlichen Aufführrechten zum Ausleihen zur Verfügung. 51 Bildungseinrichtungen des Landkreises nutzen dieses Angebot rege. Darüber hinaus wurden Camcorder, Videokameras, Leinwände und Abspielgeräte verliehen.

Seitens der Kreisbildstelle wird ein Medienkatalog über Neuerscheinungen für Kindertagesstätten und Grundschulen erstellt, ständig aktualisiert und verteilt. Weiterhin ist eine Übersicht aller Medienbestände auf den Internetseiten www.bibliotheken-tf.de veröffentlicht.

Insgesamt 64.823 Medien wurde im Berichtszeitraum in der Kreismedienzentrum verliehen.

Kreismusikschule

Zum Stichtag 01.01.2011 wurden an der Kreismusikschule insgesamt 1.110 Schüler unterrichtet. 223 davon belegten ein zweites oder drittes Fach (ohne Ensembles).

18 fest angestellte und 22 freie Mitarbeiter unterrichten pro Woche 653 Stunden. Davon entfallen auf die Angestellten 385 Stunden. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Zählung die Zeiten für Leitung, Verwaltung und Zusammenhangstätigkeiten.

In über 150 Veranstaltungen spielten kleine und große Ensembles im gesamten Kreisgebiet auf Einladung von Firmen, Städten und Gemeinden bei Festen, zur Gesellenfreisprechung, bei Seniorenfeiern, Jubiläen oder Einweihungen.

Besondere Veranstaltungen waren:

- Teilnahme am Regional- und Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ mit ersten und zweiten Preisen (23. Januar in Rathenow, 27. März in Potsdam)
- Neujahrsempfang mit Ministerpräsident Platzeck in Petkus (7. Mai)
- Luckenwalder Turmfest (12. Juni) mit vier Ensembles und 45 Schülern
- Aufführung des Theaterstücks „Käpt'n Blaubär“ in Kooperation mit der Kita „Vier Jahreszeiten“ (zwei ausverkaufte Veranstaltungen im Luckenwalder Stadttheater am 19. und 21. Juni)
- Konzert der Bigband zum Tag des offenen Denkmals, Kulturquartier Jüterbog (12. September)
- Auftritte zum Tag der Deutschen Einheit (Bigband, Trommel-Fieber, Keyboard-Orchester) in Luckenwalde und Jüterbog
- Konzert des Gitarren-Orchesters auf Einladung des Rotary-Clubs Kloster Zinna in der St.-Sebastian-Kirche in Baruth/Mark (29. Oktober)
-
- Mitwirkung bei Veranstaltungen des Landkreises:
 - Neujahrsempfang des Landkreises (19. Februar)
 - Netzwerkfest im Kulturquartier Jüterbog (27. April) mit dem Bundestagsabgeordneten Steinmeier und dem Landesminister Baaske
 - Kreis- und Landeserntefest in Jänickendorf (11. September)
 - Übergabe des Denkmalpflegepreises, Großbeeren (12. September)
 - Auszeichnungsveranstaltung des Ordnungsamtes (4. November)
 - Volkstrauertag (14. November)
 - Tag des Ehrenamtes (7. Dezember)
 -

Museum des Teltow

Im Juni konnte nach längerer Vorbereitungszeit eine neue „Dauerausstellung“ eröffnet werden, die sich der Regionalgeschichte widmet und das Selbstverständnis und den Kern der Museumsarbeit symbolisiert.

Im Sonderausstellungsbereich gab es zwei Projekte mit großem Publikumsinteresse:

- „Bild und Ton“ - Fotoapparate und Radiogeräte aus der Zeit von 1946 bis 1989, zu der eine zusätzliche Begleitveranstaltung organisiert worden ist, sowie
- mehrere Veranstaltungen, u.a. in Zusammenarbeit mit der Oberschule Wünsdorf, im Rahmen der Wanderausstellung „Volk auf dem Weg. Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland“.

Darüber hinaus wurden mehrere regionalgeschichtliche Projekte, insbesondere das Buch „Heimatgeschichtliches aus dem Teltow“ in Zusammenarbeit mit Dr. Siegfried Wietstruk aus Rangsdorf, unterstützt. Gemeinsam mit der Grundschule Wünsdorf wurde ein Projekttag zum Thema „20 Jahre Brandenburg“ organisiert.

Die jährliche Erarbeitung des Heimatjahrbuches lag auch im Berichtszeitraum in Verantwortung des Museums des Teltow.

Das Museum stellte seine Sammlungsbestände vielfältig zur Verfügung, wirkte beratend und konnte somit u.a. Schulen und Vereine unterstützen. Ursprünglich vom Museum erarbeitete Ausstellungen wurden bzw. werden anderenorts gezeigt.

Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in den Gemeinden des Landkreises wurden konkret unterstützt. Der Museumsleiter hielt z. B. in Zossen und Rangsdorf, gut besuchte Vorträge. Die „normale“ museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen, vermitteln – wurde intensiv weitergeführt.

Wie bereits in den vergangenen Jahren stellte das Staatliche Schulamt Wünsdorf Informationen für diesen Bericht zur Verfügung:

Staatliches Schulamt Wünsdorf

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf als untere Schulbehörde ist für die Aufsicht der Schulen in den beiden Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald zuständig. Der Berichtszeitraum des 2. Schulhalbjahres 2009/10 sowie des 1. Schulhalbjahres 2010/11 war insbesondere durch folgende wesentliche Aspekte gekennzeichnet:

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es insgesamt 30 Grundschulen, zehn Oberschulen sowie sechs Gymnasien. Davon befinden sich zwei Grundschulen, zwei Oberschulen und ein Gymnasium in freier Trägerschaft.

Weiterhin stehen eine Grund- und Oberschule, eine Gesamtschule, vier Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ und zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ zur Verfügung. Außerdem gibt es ein Oberstufenzentrum (OSZ) mit Standorten in Luckenwalde und Ludwigsfelde und - nicht zu vergessen - der Zweite Bildungsweg im Rahmen der Volkshochschule (VHS).

Derzeit lernen 13.449 Schülerinnen und Schüler in 591 Klassen in den 49 staatlichen allgemein bildenden Schulen. Sie werden von 1.258 Lehrkräften unterrichtet.

Bereich Grundschulen

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden zum Schuljahr 2010 in den 28 staatlichen Grundschulen 1.233 Schülerinnen und Schüler in 55,5 Klassen aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 22,2. Damit wurde im Vergleich zum Vorjahr eine halbe Klasse (Flex) mehr gebildet.

Im Bereich des Schulträgers der Gemeinde Rangsdorf wurde die Grundschule in Groß Machnow eröffnet. Im Schuljahr 2010/2011 umfasst sie die Jahrgänge 1 bis 5 mit 248 Schülerinnen und Schülern in 10 Klassen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden zwei weitere Klassen eingerichtet und damit stieg die Schülerzahl um weitere 49 Schülerinnen und Schüler an.

Für insgesamt 152 Schülerinnen und Schüler erfolgte eine Zurückstellung vom Schulbesuch. Das sind 22 Zurückstellungen mehr als im vergangenen Einschulungsjahr bei einer geringeren Schülerzahl. Auf die Schülerzahl von ca. 1.230 Schülerinnen und Schüler stabilisiert sich das Niveau der Einschulungen, wie der nachfolgende Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge der staatlichen Grundschulen zeigt:

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
2005/06	6	1.437	62	23,2
2006/07	5	1.291	58	22,3
2007/08	4	1.263	55	23,0
2008/09	3	1.244	52	23,9
2009/10	2	1.246	55	22,7
2010/11	1	1.233	55,5	22,2

Die Anzahl der „Flexschulen“ ist unverändert bei 15 geblieben. Die personelle Ausstattung entspricht den festgelegten Richtlinien, d. h. an jeder Grundschule mit flexibler Schuleingangsphase ist eine sonderpädagogische Lehrkraft tätig.

Ganztagsangebote werden von neun Grundschulen in Form der „Verlässlichen Halbtagsgrundschule“ – kurz VHG genannt – sowie von einer Grundschule mit „offenen Angeboten“ unterbreitet. Damit besteht ein Versorgungsgrad von 33,4 % in der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich.

Die bestehenden verbindlichen Kooperationen der Grundschulen mit den Kindertagesstätten sowie die seit Jahren praktizierte gute Zusammenarbeit des Staatlichen Schulamtes mit dem Jugendamt waren auch in Vorbereitung des Schuljahres 2010/2011 wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung der „Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung“.

Die sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Staatlichen Schulamt konzentriert sich in diesem Schuljahr auf folgende Arbeitsschwerpunkte:

- „Kindeswohlgefährdung“
- die Arbeit in der Arbeitsgruppe zur Neugestaltung der Zusammenarbeit Jugendamt - Schulamt
- die Arbeit in der Arbeitsgruppe „Primäre Suchtprävention“.

Bereich weiterführende allgemein bildende Schulen

Im Ergebnis des Aufnahmeverfahrens in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen, einschließlich der Schulen in freier Trägerschaft (Sekundarstufe I), wurden insgesamt ca. 1.100 Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung sowie der tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Schulen entsprechend untergebracht.

Zum Schuljahresbeginn bestand folgende Verteilung von Schülerinnen und Schülern des siebenten Jahrgangs im Landkreis:

Schulform	Schülerzahl absolut	Schülerzahl in %	Anzahl Klassen
Oberschulen	531	48,54	25
Gesamtschulen	145	13,25	5
Gymnasien	418	38,21	16
gesamt	1.094		46

59 Schülerinnen und Schüler mussten aufgrund der fehlenden Voraussetzung für den Besuch eines Gymnasiums am Probeunterricht teilnehmen. Davon haben ca. 15 % den Probeunterricht bestanden und damit die Möglichkeit am Anmeldeverfahren für ein Gymnasium teilzunehmen, gewahrt.

Im Rahmen der Schwerpunktaufgaben Berufs- und Studienorientierung und Senkung der Quote Schüler ohne Abschluss wurden die verbindlichen Arbeitsvereinbarungen zwischen der Arbeitsagentur in Potsdam und den weiterführenden allgemein bildenden Schulen sowie die Inanspruchnahme bzw. Selbsterstellung von inhaltlich entsprechenden Projekten weiterhin erfolgreich fortgesetzt. Auch von den Gymnasien und den Förderschulen wurden die angebotenen Fördermöglichkeiten der Arbeitsagentur für berufs- und studienorientierende Projekte genutzt.

Die Projektangebote der „Initiative Oberschulen stärken – IOS“, die durchweg von allen Oberschulen genutzt werden, trugen wesentlich zur Schulentwicklung bei. Dieses wurde auch durch die erst kürzlich veröffentlichten Evaluationsergebnisse deutlich.

Die Zusammenarbeit mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises und den Schulen wurde weiter ausgebaut und fand ihren Niederschlag in den verschiedensten Initiativen.

Die im vergangenen Jahr eröffnete Berufsorientierungstournee „Heavy Metal“ fand ihre Fortsetzung in der Berufsorientierungstournee „HighTechnologies“ und ist bei der Eröffnung im Funkwerk Dabendorf auf große Resonanz gestoßen. In den Monaten von Januar bis Juni 2011 werden Lehrer und Berufsberater gemeinsam die Ausbildung und die Arbeit der Unternehmen anschaulich kennenlernen. Dies ist umso wichtiger, da das weitere Wachstum der Technologiebranche im Landkreis wesentlich von der Verfügbarkeit geeigneter Fachkräfte abhängen wird. Aus diesem Grund hat der bestehende Arbeitskreis „Schule-Wirtschaft Teltow-Fläming“ die Berufsorientierungstournee in der Technologiebranche entwickelt. An dieser Berufsorientierungstournee sind insbesondere folgende Betriebe beteiligt:

- Funkwerk Dabendorf GmbH
- Nanosolar GmbH in Luckenwalde
- Aristo Tech Implant Technologies GmbH in Luckenwalde
- MTU Maintenance Berlin-Brandenburg GmbH in Ludwigsfelde
- Mercedes Benz GmbH in Ludwigsfelde
- ZAL GmbH in Ludwigsfelde
- ThyssenKrupp Umformtechnik GmbH in Ludwigsfelde
- Luftfahrt- und Technologiepark Schönhagen.

Das Förderprogramm „Impuls für eine bessere IT-Ausstattung an Grund-, Förder- und Oberschulen – IBIS“ ist beendet. Folgende Schulträger haben von dieser Förderung für die medientechnische Ausstattung ihrer Schulen profitiert:

- Gemeinde Blankenfelde-Mahlow für die Grundschule „Wilhelm Busch“ und die Oberschule „Herbert Tschäpe“ mit je einem Whiteboard
- Gemeinde Großbeeren für die Grund- und Oberschule als Referenzschule mit neun Whiteboards
- Stadt Jüterbog für die Wiesenoberschule mit einem Whiteboard
- Stadt Ludwigsfelde für die Kleeblatt-Grundschule und Oberschule „Gottlieb Daimler“ mit je einem Whiteboard
- Gemeinde Niedergörsdorf für die Grundschule „Thomas Müntzer“ Blönsdorf mit einem Whiteboard
- Stadt Trebbin für die Grundschule Trebbin mit einem Whiteboard
- Stadt Zossen für die Grundschule „Erich Kästner“ Wünsdorf und die Oberschule Wünsdorf mit je einem Whiteboard
- Landkreis Teltow-Fläming für die Förderschule in Ludwigsfelde mit einem Whiteboard

Dieses Programm wurde von einigen Schulträgern aufgegriffen, um aus eigenen Haushaltsmitteln die Schulen mit Whiteboards auszustatten.

Insgesamt wurden für o.g. Schulen ca. 75.500 € Fördermittel bereit gestellt. Der Eigenanteil der Schulträger beläuft sich insgesamt auf ca. 8.800 €.

Bereich Förderschulen

Im Schuljahr 2009/10 lernten 658 Schülerinnen und Schüler in den Förderschulen des Landkreises. In den vier Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ wurden 535 Schülerinnen und Schüler in 46 Klassen beschult. Im ersten Halbjahr 2010/2011 besuchen 517 Lernende in 48 Klassen diese Schulen.

Die Schulen mit dem Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung" in Jüterbog und Groß Schulzendorf besuchten im Schuljahr 2009/2010 125 Schülerinnen und Schüler. Zurzeit werden 133 Jugendliche in diesen Schulen unterrichtet.

Bereich Zweiter Bildungsweg und Oberstufenzentrum (OSZ)

Der Zweite Bildungsweg an der Kreisvolkshochschule Teltow-Fläming wurde mit der Einrichtung von zwei Klassen der Jahrgangsstufen 9 und drei Klassen der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2010/11 fortgeführt. Insgesamt nehmen 103 Schülerinnen und Schüler in Luckenwalde die Möglichkeit wahr, in diesem Rahmen ihren Schulabschluss nachzuholen.

Am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming lernen im Schuljahr 2010/11 etwa 1.700 Schülerinnen und Schüler (davon ca. 500 in Vollzeit). Dies sind etwa 100 weniger als im Vorjahr.

Im Schuljahr 2010/2011 wurde am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming zum zweiten Mal eine Klasse der Jahrgangsstufe 11 (berufliches Gymnasium) eingerichtet. Dieses Angebot mit einer fachspezifischen Ausrichtung richtet sich vor allem an Schülerinnen und Schüler, die über den Weg der Oberschule die Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufen erworben haben. Das angestrebte Ziel, ein verbessertes Übergangsmanagement sicherzustellen, ist mit dem Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen dem Oberstufenzentrum und den Oberschulen erreicht worden.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass auf den verschiedenen Arbeitsebenen ein enges Zusammenwirken von Landkreis und Staatlichem Schulamt existiert. Dieses trifft auch für die Zusammenarbeit mit den einzelnen Schulträgern zu. Das Wahrnehmen der gemeinsamen Verantwortung für die Bildung der heranwachsenden Generation sollte auch weiterhin Maßstab dieser Zusammenarbeit sein.